Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Auflage: 57 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr, 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 5.11.1974, fertiggestellt.

7. November 1974 Jg.2 Nr.23 50 Pfennig

Schmidt fordert Konsumverzicht

Die Arbeiterklasse muß mit Forderungen antworten

Kanzler Schmidt hat die Bevölkerung aufgefordert, "für zwei bis drei Jahre sehr vernünftig zu sein und Konsumverzicht zu leisten". Wie diese "Vernunft" aussehen soll, machte er nur allzu deutlich. Zugunsten einer "Belebung der Investitionstätigkeit" sollen die Ausgaben im Bereich der öffentliche Haushalte sowie im privaten Bereich zurückgedrängt werden. Was die öffentlichen Haushalte betrifft, so ist die Sache mit einem Rekorddefizit von mindestens 50 Milliarden DM schon vorprogrammiert. Wenn hier noch gespart wird, dann muß man damit rechnen, daß Sozial- und Bildungsausgaben gekürzt werden. Bleibt der private Bereich. Seit 1973 geht der Verbrauch der lohnabhängigen Massen – zieht man die Preissteigerungen ab – real zurück. Kein Wunder, denn die effektiven Lohnerhöhungen erreichen im Durchschnitt nicht die Preiserhöhungen, auch wenn die Tarife stärker gestiegen sind. So ist z. B. im Bereich der Automobilindustrie der effektive Bruttolohn um etwas über 6 % gestiegen, während die Tariflöhne noch um 12 % gestiegen sind. Das heißt, die Differenz zwischen Effektivlohn und Tariflohn ist kleiner geworden, weil der Effektivlohn gedrückt wurde. Die Kaufkraft des Landes ist gesunken. Die Reallöhne sollen also nach Schmidt weiter sinken, damit die Profite mehr steigen. Denn bei steigenden Profiten würde mehr investiert, so heißt es, und das sei notwendig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die Öllander sollen schuld sein

Wegen der Milliarden, die in die Öllander fließen, könne die Einkommensentwicklung im bisherigen Tempo nicht weitergehen, sagte Schmidt. "Wir sind in den letzten Jahren sehr weit gekommen, nun müssen wir sehen, daß wir behalten, was wir haben," sagte Schmidt. Wer behält was und wer ist weit gekommen, das ist hier die Frage. Zöge man die Steuern, die auf die Ölprodukte erhoben werden und vom Staatshaushalt eingesackt werden ab, so würden die Preise für Heizöl und Benzin immer noch niedriger sein im Durchschnitt, als vor den Preiserhöhungen im Dezember und Verlauf dieses Jahres. Und diese Preiserhöhungen sind nicht nur den Öllandern zugute gekommen, sondern in großem Umfang den Ölkonzernen, die ihre Profite mit einem Schlag vielfach über 100 % gesteigert haben. Schon vor den Ölpreiserhöhungen aber war der Verbrauch der Lohnabhängigen wegen der real stagnierenden und für viele schon sinkenden Löhne zurückgegangen. Welchen Besitzstand gilt es also zu bewahren? Wie sollte es anders sein in einem kapitalistischen Land. Der Besitzstand der Kapitalisten soll nicht nur erhalten, ihre Profite sollen noch steigen, damit sie wieder investieren. Und das soll erreicht werden, indem die Massen keineswegs das behalten sollen, was sie kriegen, sondern weniger Lohn erhalten. Was jetzt versucht wird von der Regierung, ist der zweite Anlauf – wie schon im Dezember vergangenen Jahres – , den Lohnabhängigen die Einheit mit den Kapitalisten und ihrem Staat aufzuzwingen durch die Demagogie gegen die Öllander. Nur wird diesmal noch deutlicher, was diese Einheit bringt: Konsumverzicht, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit.

Regierung und Unternehmer drohen offen mit weiteren Entlassungen, wenn die Tarifabschlüsse nicht unter 9 % bleiben. So äußerte sich der Vorsitzende der Arbeitgeberverbände am vergangenen Sonntag vor "Führungskräften der Wirtschaft", während Schmidt in der Tagesschau den Konsumverzicht für höhere Investitionen forderte. Doch sehen wir uns die Tatsachen an. Die offizielle Statistik sagt, daß die Gewinne um 2 % gesunken seien. Nach den Superprofiten der letzten Jahre ein Grund zum Wehklagen für die Kapitalisten. Zugleich aber sind die Investitionen nicht um 2 %, sondern um 23,8 % zurückgegangen. (Nach Angaben des Kapitalistenverbandes BDI in: Süddeutsche Zeitung, 4.11.74)

Kann man dies aus den geringen Profiten erklären. Offensichtlich nicht, weil die Investitionen viel stärker zurückgegangen sind. Erklären kann man dies nur aus der Tatsache der Überproduktion, daß die Kapitalisten keinen Spielraum mehr für Produktionserweiterungen haben, weil sie ihre Waren nicht verkaufen können. Deshalb investieren sie nicht. Das kann sich nur ändern, wenn viele Firmen pleite gehen und dadurch das Warenangebot geringer wird. Dabei kommt es zu Entlassungen bei den Pleitefirmen. Dann können die übrig gebliebenen Konzerne wieder ihren Markt ausweiten und wieder investieren. Dieser Prozeß der Krise ist notwendig mit Arbeitslosigkeit verbunden und kann durch Lohnverzicht nicht aufgehalten werden. Es sei denn, die westdeutschen Arbeiter ließen ihre Löhne auf das Lohnniveau der ausgebeuteten Entwicklungsländer drücken. Dann würde aber sehr schnell in den anderen Ländern das Lohnniveau ebenso gesenkt, die Krise wäre nicht vorbei, sondern käme nur umso heftiger und mit noch schlechterer Ausgangslage für die Lohnabhängigen wieder.

Durch Lohnverzicht werden die Arbeitsplätze nicht sicherer

Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus eine notwendiges Resultat der Krise, das durch kein "Wohlverhalten" der Arbeiterklasse vermieden werden kann. Vielmehr reißt jedes Wohlverhalten im Sinne der Kapitalisten die Lohnabhängigen nur noch tiefer rein. Das ist es ja, was sie wollen, die Kapitalisten. Die Arbeitslosigkeit nutzen, um das Lebensniveau der Lohnabhängigenzu drücken, um die Löhne zu senken. Es ist daher notwendig, zugleich den Kampf um Lohn und um die Versorgung der Arbeitslosen zu führen. Für ein Arbeitslosengeld von mindestens 80 % des Nettolohns für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit. Den Kapitalisten und ihrer Regierung samt allen ihren Parteien in der Verteidigung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse die Stirn bieten, das ist der erste notwendige Schritt, damit die Arbeiterklasse nicht moralisch völlig zurückgeworfen wird, sondern die Kraft gewinnt, sich politisch gegen die Kapitalistenklasse zu erheben. Denn nichtsbeweist besser als die Krise, daß die politische Macht der Kapitalistenklasse und ihres Staates zerschlagen werden muß, um eine Gesellschaft der Arbeitenden aufzubauen. -b.b.-



Wer ist schuld an der Typhuswelle

Die Geschäftsführung vom Kaufhof in Heidelberg ließ die Polizei rufen, um gegen die öffentliche Aufdeckung ihrer Verantwortung für die Ausbreitung der Typhuswelle vorzugehen. Die Polizei jedoch notierte sich nur die Mitglieder des KBW, ohne ihren Stand zu beseitigen, weil das Interesse und der Auflauf der Passanten zu groß waren.

Siehe Seite 3

USA
5,5 Millionen Arbeitslose

Washington. Die Arbeitslosigkeit in den USA hat jetzt einen Prozentsatz von 6 % erreicht. Das sind 5,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Jetzt erwartet die US-Regierung ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 7 % für das kommende Jahr. Neue Entlassungen sind bereits angekündigt und zum Teil vorgenommen: Der Autokonzern Ford hat diese Woche 13 000 Arbeiter entlassen. Die Entlassungen wurden als "vorläufig" bezeichnet. General Motors will zum 11. November 6 000 Arbeiter rausschmeißen und Chrysler entläßt 5 000 Beschäftigte.

Stahlabschluss: allein nach dem Geschmack der Kapitalisten

Am 28. Oktober hat die große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und die Klöckner-Hütte Bremen das Verhandlungsergebnis angenommen. Es sieht eine Lohnerhöhung von 9 % vor, sowie eine Sonderzahlung von 600 DM, zahlbar in 2 Raten im November 1974 und im Mai 1975, zusätzlich 2 Tage Urlaub und eine "Altersverdienstabsicherung". Von einem solchen Abschluß haben die Stahlkapitalisten schon vor der Tarifrunde geschwärmt, so der Krupp-Vorsitzende Mommsen in der "Wirtschaftswoche" Nr. 42.

Dieser Abschluß wurde einhellig von den Arbeitgeberverbänden begrüßt, von der Regierung, wie von der bürgerlichen Presse, auch die IG-Metall-Führung spricht von einem "insgesamt zufriedenstellenden Ergebnis". Hans Mayr in der "Metall" Nr. 22 a: "Ergebnis entspricht den Bedürfnissen der Arbeitnehmer bei Eisen und Stahl". Kann so etwas möglich sein, daß ein Tarifabschluß gleichzeitig von den Kapitalisten begrüßt wird wie von den Gewerkschaften?

Die "Frankfurter Allgemeine" schreibt in einem Kommentar zum Stahlabschluß, er sei "eine tarifpolitische Pikanterie" und lobt die Vernünftigkeit dieses Abschlusses. Wo gab es so etwas schon einmal, daß die großbürgerliche FAZ über die Gewerkschaften voll des Lobes ist, diese Zeitung, die sonst immer, wenn es um den Lohn geht, gegen die Gewerkschaften hetzt? Wann hat jemals der Arbeitgeberverband nach einem Abschluß sich zufrieden geäußert? Weder bei den 5-Prozent-Abschlüssen Anfang der 60-er Jahre, noch bei den 12-Prozent-Abschlüssen Anfang der 70-er Jahre sind von den Kapitalisten solche Worte gefallen. Stets hat die Regierung gesagt, daß sie nun nicht mehr die Garantie für die Preise oder die Vollbeschäftigung übernehmen könne. In einer Situation also, wo die Preise weiterhin steigen und der erhoffte Knick vom August ausgeblieben ist, die Arbeitslosigkeit steigt und im kommenden Winter eine Million erreichen soll, da soll es einen Abschluß geben, der für die Arbeiter wie für die Kapitalisten gleich gut ist? Das kann nicht sein. Der Abschluß ist auch nicht widerstandslos in der IG Metall durchgegangen. Auf einer Funktionärsversammlung der Dortmunder Stahlbetriebe haben die versammelten Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauenskörperleiter einstimmig das Angebot der Kapitalisten abgelehnt und die große Tarifkommission aufgefordert, das gleiche zu tun. Am gleichen Nachmittag nahm die große Tarifkommission mit ungefähr 70 zu 30 das Ergebnis an; 11 der 13 Dortmunder Vertreter waren bei den Nein-Stimmen.

Es hagelte Proteste auf Betriebsversammlungen

Auf den Belegschaftsversammlungen der Hoesch Werke Union und Westfalen-Hütte hagelte es denn auch Proteste über den Abschluß. Auf der Westfalen-Hütte fielen Bemerkungen wie: "Dieser Abschluß ist ein Geschenk der IG Metall zum 25. Geburtstag des BDI. Stabilitätspolitischer Beitrag auf unsere Knochen." Zwei Beschlüsse wurden auf der Belegschaftsversammlung gefaßt:

1. daß der Bundeskanzler zu der nächsten Versammlung eingeladen wird, um zu erklären, wie er durch Kontrolle der Unternehmer verhindern will, daß sie durch Preistreiberei das Lebensniveau der Arbeiter verschlechtern.
2. wurde der Betriebsrat aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit der Unternehmensleitung aufzunehmen, um so eine Lohnerhöhung zu erreichen, die den Reallohn der Hoesch-Arbeiter sichert (nach einer Zuschrift der Hoesch-Zelle Dortmund).

Es ist also nicht so, daß der Abschluß von den Unternehmern wie von den Arbeitern begrüßt wird. Begrüßt wird er einhellig vom bürgerlichen Lager, einschließlich der bürgerlichen Führung der IG Metall. Diese hat durch die Zustimmung zu diesem Angebot der Kapitalisten gezeigt, wohin sie in den anderen Bereichen will: auf die 9 % des Stahlabschlusses ohne die Sonderzahlungen. Damit hat sie gute Vorarbeit geleistet, um die Orientierungsdaten ihrer Parteifreunde in der Bundesregierung zur Wirklichkeit werden zu lassen.

IG-Metall-Vorstand hat Mühe, sein Ergebnis zu "verkaufen"

Aber der Hauptvorstand der IG Metall tut sich doch schwer, wenn er dieses Ergebnis gut "verkaufen" will, um mit ihrem Wortschatz zu sprechen. Nicht ganz geheuer ist dem Hauptvorstand sicherlich, wie er von allen Sprechern der Bourgeoisie gelobt wird. "Die Einleitung der dringend erforderlichen Tendenzwende auf dem Weg zu einer stabilitätsgerechten Einkommensentwicklung!" (Süddeutsche Zeitung vom 29. Oktober) Mühsam versucht Hans Mayr

Fortsetzung S.2 oben

Aus dem Inhalt

Fortsetzung Stahlabschluss...

vom geschäftsführenden Hauptvorstand Unterschiede zwischen dem Abschluß und dem Angebot der Kapitalisten herauszufinden. "Ihre Strategie (der Kapitalisten) baute auf eine Einmalzahlung, einen sogenannten Stahlbonus, den sie mit der unbestritten günstigen Lage in der Stahlindustrie im Jahre 1974 begründeten." Dagegen stellt Hans Mayr fest, daß die IG Metall ihre Forderung auf nachhaltig günstige Umstände bei der Stahlnachfrage begründet ("Metall" Nr. 22 a) Wo liegt da der Unterschied? Die einen sagen, wegen der günstigen Lage in der Stahlindustrie, die anderen, wegen der nachhaltig günstigen Umstände in der Stahlnachfrage. Rausgekommen ist nicht eine einmalige Sonderzahlung; sie wurde in zwei Raten aufgeteilt.

Die Zeichen sind also gesetzt für den geplanten Verlauf der Tarifrunden in der Metallverarbeitung. Offiziell hat die Metall-Führung noch keinen Ton darüber verlauten lassen. In den betrieblichen Gewerkschaftskörperschaften standen die aufzustellenden Forderungen noch nicht auf der Tagesordnung.

Die öffentliche Meinung in Bezug auf die anstehenden Lohnverhandlungen wird zur Zeit völlig von der Bourgeoisie und ihren Parteigängern beherrscht. Das reicht bis tief hinein in die IG Metall. Die Beschlüsse und Stellungnahmen aus den Stahlbetrieben werden in der Gewerkschaftspresse nicht erwähnt. Gab es in den letzten Jahren vor den Tarifrunden immer einen Schlagabtausch zwischen der Gewerkschaftsspitze und den Arbeitgeberverbänden, so ist dieses Jahr Einigkeit zwischen beiden festzustellen. Die Meinungen der Bourgeoisie sind maßgebend, die sagen, die Lohnerhöhungen müssen als erstes die momentane wirtschaftliche Situation berücksichtigen. Die wirtschaftliche Lage wird nur von der Seite der Kapitalisten beleuchtet, wie ihre Gewinne schrumpfen, nicht aber werden die Preissteigerungen und die Auswirkungen auf die Arbeiterhaushalte und wie diese Probleme zu lösen sind, behandelt.

Der bürgerlichen Propaganda entgegentreten

Diesem konzertierten Versuch, die Arbeiter durch die öffentliche Meinung einzuschnüren und so einen Lohnleitlinienabschluß durchzusetzen, können die Arbeiter entgegentreten, wenn sie ihren Standpunkt in die Öffentlichkeit tragen, um so die notwendige Einheit in diesen Lohnauseinandersetzungen herzustellen. Gerade die gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungskörperschaften haben die Aufgabe, die Lage der Arbeiterklasse in die Öffentlichkeit zu tragen und ihre Meinung zu äußern über den Abschluß in der Stahlindustrie, und wie die Arbeiter verhindern können, daß die Preise ihnen die Haare vom Kopf fressen. Darüber, daß der Propaganda der Bourgeoisie der Standpunkt der Arbeiter gegenübergestellt wird, die Arbeiter von dem Druck der durch die Bourgeoisie bestimmten öffentlichen Meinung befreit werden, können Forderungen in den Betrieben aufgestellt werden, die in der Lage sind, die Einheit herzustellen.

Die Unsicherheit über die Existenz der Arbeiter im Kapitalismus nutzt die Bourgeoisie aus, um die Lohnforderungen mit dem Hinweis auf die drohende Arbeitslosigkeit zu drücken. Ihre Propagandamühlen laufen auf Hochtouren, um Lohnkämpfe zu verhindern und einen niedrigen Abschluß durchzusetzen. Einen ersten Erfolg hat sie in der Stahlindustrie gehabt. Diesen Erfolg können die Arbeiter der anderen Bereiche zunichte machen, wenn sie ihre Vertretungen auffordern, sich öffentlich zu diesem Abschluß zu äußern und ihn zu mißbilligen, so wie es die Arbeiter von der Westfalen-Hütte gemacht haben. – db –

Die Metallkapitalisten wollen tariflich vereinbarte 2 % Lohnerhöhung streichen!

Anfang des Jahres vereinbarte die IG Metall mit den Kapitalisten von Gesamtmetall, daß ab November die Löhne und Gehälter für rund drei Millionen um 2 % erhöht werden. Mit dieser Erhöhung im November sollte ein Abschluß schmackhaft gemacht werden, der von der Mehrheit der Metallarbeiter als zu niedrig angesehen wurde.

Jetzt erklärt Gesamtmetall, die Preise seien nicht zweistellig gestiegen, die 2 % seien daher ein "Vorgriff auf die kommende Tarifbewegung". Nachdem sich die Kapitalisten bei Stahl voll durchsetzten, wittern sie jetzt Morgenluft und wollen nachstoßen und Unruhe unter den Metallarbeitern erzeugen. Diesen unverschämten Angriff dürfen die Kollegen nicht ruhig hinnehmen.

Die gerechte Sache des palästinensischen Volkes

Immer breitere Unterstützung/Die Supermächte treffen ihre Kriegsvorbereitungen

105 Staaten haben am 14. Oktober für eine Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) – der Dachorganisation der palästinensischen Befreiungsorganisationen – zur Palästina-Debatte gestimmt. Zwanzig Staaten (darunter die Bundesrepublik) enthielten sich der Stimme, nur vier – Israel, die USA, Bolivien und die Dominikanische Republik – stimmten dagegen. Ein Vertreter der PLO nannte diese Abstimmung "eine historische Entscheidung". Das ist nicht übertrieben. Die Tatsache, daß die PLO selbst Stellung nehmen kann vor der UNO für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes bedeutet den Abschluß einer langen Phase der Mißachtung und Demütigung des palästinensischen Volkes.

Jahrzehntelang behandelte man die Palästinenser als "Flüchtlinge", galten sie als "Terroristen", wurde darüber hinweggesehen, daß durch die Gründung des Staates Israel und deren Folgen das Land Palästina, die Heimat der Palästinenser, von der Landkarte gestrichen wurde.



Zum Teil seit über 20 Jahren leben die Palästinenser in diesen Lagern

Der unermüdliche Kampf des palästinensischen Volkes für seine gerechte Sache und die brutale Aggressions- und Expansionspolitik Israels haben vielen Staaten der Welt die Augen geöffnet darüber, wer im Nahen Osten einen gerechten und wer einen ungerechten Standpunkt vertritt.

Die Garantie-Erklärung der arabischen Staaten

Diesem überwältigenden Mehrheitsvotum konnten sich dann auch die arabischen Staaten auf der Gipfelkonferenz nicht entziehen. Sie erklärten einstimmig die PLO zur alleinigen Vertreterin des palästinensischen Volkes. Sie verpflichteten sich, die PLO bei der Errichtung der nationalen Herrschaft des palästinensischen Volkes auf jedem befreiten Teil Palästinas zu unterstützen und erklärten gleichzeitig, ihrerseits jede Einmischung in die Angelegenheiten der Palästinenser zu unterlassen.

Damit hat das palästinensische Volk einen großen Erfolg errungen in seinem Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Lange haben die anderen arabischen Staaten den Palästinensern verweigert, selbständig ihre Sache in die Hand zu nehmen. Die arabischen Könige und Präsidenten gründeten Organisationen, die als arabische Honoratiorenvereine, wie es auch die PLO vor 1966 war, den Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Besatzer in kontrollierbare Bahnen lenken sollten. Sie verweigerten ihnen das Recht auf Selbstbestimmung, und lange konnte König Hussein von Jordanien seinen Alleinvertretungsanspruch für das palästinensische Volk gegen die PLO aufrechterhalten.

Mit der Verabschiedung ihrer Fünf-Punkte-Resolution zur Palästina-Frage haben die arabischen Staaten der PLO jetzt eine Garantieerklärung gegeben für die Errichtung eines palästinensischen Staates. Er ist das Ergebnis des selbständigen Kampfes des palästinensischen Volkes, in dem es trotz vieler Niederlagen nicht nachgelassen hat.

Israel und US-Diplomatie in der Sackgasse

Israel befindet sich gemeinsam mit Kissinger und seiner sogenannten Friedensdiplomatie in großen Schwierigkeiten. Daran wird auch die gegenwärtige achte (!) Nahostreise des US-Außenministers nichts ändern. "Wir sind allein und isoliert auf der Welt in fast allen Fragen", so charakterisiert der israelische Ministerpräsident Rabin (zit.nach Al Hurrya, 14.10.74) treffend Isreals gegenwärtige Lage. Die überwiegende Mehrheit der Staaten der Welt steht auf der Seite der PLO. Die Spaltung innerhalb der arabischen Staaten, die Kissinger bisher bei seinen diplomatischen Schachzügen gut einsetzen konnte, ist durch die Entscheidung von Rabat zumindest vorübergehend aufgehoben. Eine der wichtigsten Figuren, der jordanische König Hussein, ist dort als bereitwilliger Kollaborateur Kissingers und der US-Imperialisten zunächst ausgeschaltet worden. Das schafft eine sehr günstige Lage für das palästinensische Volk.

Israel ist jedoch sicher nicht bereit, gegenwärtig die Konsequenzen aus seiner schlechten Lage zu ziehen. Es wird eher bereit sein, auch auf die Gefahr hin, sich noch unbeliebter zu machen, zu erneuten militärischen Aggressionen Zuflucht zu nehmen.

Die Supermächte treffen Kriegsvorbereitungen

Die beiden Supermächte USA und UdSSR sind dabei, sich im Nahen Osten erneut massiv einzumischen. Der US-Präsident Ford hat nach amerikanischen Zeitungsberichten einem Plan des amerikanischen Kriegsministers Schlesinger zugestimmt, Israel in jeder gewünschten Menge Waffen, Munition und anderes militärisches Gerät zur Verfügung zu stellen und alle Vorkehrungen zu treffen, daß die Auslieferung auch unter Zeitdruck gewährleistet ist. Der israelische Unterdrückerstaat bekommt damit von den US-Imperialisten die Handlungsfreiheit, die er für seine Kriegstreiberpolitik benötigt.

Die andere Supermacht, die Sowjetunion, soll die Waffenlieferungen an Syrien über eine Luftbrücke wieder aufgenommen haben. Das geht aus denselben Zeitungsberichten hervor. Diese verstärkten Kriegsvorbereitungen werden von den Supermächten gemeinsam getroffen. Die Kriegsdrohung ist das letzte Mittel, zu dem sie greifen, wenn ihnen die Entwicklung aus der Hand gleitet. Denn mit der Anerkennung der PLO, der Dachorganisation des Palästinensischen Widerstands, als einzigem legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes ist die gerechte Sache der Völker der Welt gegen den Imperialismus –U.T.–

Schmidt in Moskau

Das Entspannungsgerede ist eine faule Sache

Vom 28. bis 30.10.1974 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen dem Kanzler der BRD, Helmut Schmidt und der Führung der UdSSR statt. Parallel dazu verhandelten westdeutsche Kapitalisten mit Vertretern der UdSSR. Gegenstand der Verhandlungen waren mehrere große wirtschaftliche Abkommen über Lieferungen von Stahlwerken, Lastkraftwagen, Stahlrohren und Atomkraftwerken gegen Rohstoffe, vor allem Erdgas und Strom sowie einige weitere Abkommen. Über die Geschäfte Röhren/Erdgas, Lastkraftwagen und Stahlwerk ist Einigkeit erzielt worden. Über das Geschäft mit den Atomreaktoren und über einige kleinere Abkommen konnte jedoch noch keine Einigkeit erzielt werden.

Was von Seiten der bürgerlichen Presse in Westdeutschland als "Unnachgiebigkeit der UdSSR" dargestellt wird, ist dabei nichts anderes als das Scheitern der BRD-Regierung, in den Verträgen und Abkommen endlich die Annektion von Westberlin zu erreichen und von der UdSSR bestätigt zu bekommen. Das Viermächtabkommen über Berlin von 1970 sieht erstmals vor, daß die BRD-Regierung Westberlin vertreten kann, jedoch nicht automatisch vertritt. Die BRD-Regierung besteht nun darauf, daß ihr in Zukunft in jedem Abkommen dieses Recht zugestanden wird. Als mächtigsten Hebel dazu setzt sie das Geschäft mit den Atomreaktoren ein: die Kraftwerk-Union Mühlheim soll mehrere Atomreaktoren bei Kaliningrad bauen. Die UdSSR will diese Reaktoren mit Stromlieferungen bezahlen. Die BRD besteht darauf, daß die Stromleitung über Westberlin in die BRD führen soll, was zur Folge hätte, daß Westberlin direkt mit dem westdeutschen Stromnetz verbunden wäre. Darüber konnten sich die Verhandlungsdelegationen noch nicht einigen.

Gleichgültig, ob dieses Geschäft in Zukunft zustande kommt oder nicht, ist eines auf jeden Fall schon bemerkenswert: die BRD-Regierung und die UdSSR-Führung verhandeln über ein Geschäft, das die Souveränität von zwei weiteren europäischen Staaten berührt: Polen und der DDR. Denn eine Stromleitung UdSSR–BRD müßte über deren Territorium führen. Mit diesen Staaten ist darüber aber weder von Seiten der BRD noch von Seiten der UdSSR offiziell verhandelt worden. Offiziell verhandelt wird jedoch schon über ihr Territorium. Im Namen der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa wird auf offenem Markt mit der Souveränität zweier kleiner europäischer Staaten Handel getrieben.

An diesen Tatsachen ist leicht erkennbar, daß das Entspannungsgerede der Ostpolitik eine faule Sache ist. Es geht nicht um Entspannung, sondern ums Geschäft. Natürlich verringern sich bei diesen Geschäften auch nicht die Gegensätze zwischen den Geschäftspartnern. Der Bundesregierung geht es darum, den Export zu fördern und an die Rohstoffquellen der Sowjetunion heranzukommen; Export gegen Rohstoffe und Energie, beides stärkt das westdeutsche Kapital, das um die Vorherrschaft in Europa angetreten ist. Der Regierung der Sowjetunion geht es um den forcierten wirtschaftlichen Aufbau, um ihre Supermachtposition zu stärken, die an allen Ecken der Welt mit der anderen imperialistischen Supermacht USA um die Hegemonie streitet. Und diese Auseinandersetzung muß notwendig im Kampf um die Vorherrschaft über Europa, das industrielle Kernland zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, führen. Stärkt das gegenwärtige Abkommen die Sowjetunion und die BRD, so darf man doch aber nicht aus den Augen verlieren, was das Ziel der jeweiligen Stärke ist und was die dominierenden Widersprüche auf der Welt heute sind. –Red./Motz–

Die Volksrepublik China müssen sie anerkennen

Am Samstag vor der Wahl verkaufte ich auf dem Wochenmarkt KVZ. Dabei kam es zu einem Gespräch mit Herrn Mende (CDU, ehemals FDP), der am CDU-Wahlkampfstand war. Er kam auf mich zu und sagte – auf die Gemüsestände zeigend – : Solch eine Versorgung gibt es in Moskau nicht, da ständen sie Schlange. Ich sprach ihn auf seinen Besuch in der Volksrepublik China kürzlich im Rahmen der Bundestagsdelegation an. Er sagte, da sei die Versorgung genau wie hier – auch mit solchen Gemüseständen. Ich fragte, wie es denn mit den Rechten und der Demokratie in China stehen. Darauf sagte er wörtlich: "In China ist radikaler Kommunismus. Jede Funktion ist demokratisch gewählt."

Erpressung im Koffer

Die Weltreise des amerikanischen Außenministers

Ziel dieser Reise war, noch während die Vollversammlung der UNO tagt, bereits jene Politik der offenen Erpressung der Staaten der Dritten Welt einzuleiten, die der US-Präsident Ford in seiner Rede vor der Vollversammlung angekündigt hat. Ford hatte erklärt, die USA würden nur noch an solche Staaten die Überschüsse aus der Nahrungsmittelproduktion der USA verkaufen, die entweder eigene Rohstoffe den USA zu günstigen Bedingungen überlassen würden oder die bereit seien, den Standpunkt und die Forderungen der USA nach Senkung der Ölpreise gegenüber den Ölförderländern zu vertreten und zu unterstützen.

Nach Auffassung der USA sind die Ölförderländer Schuld an der wirtschaftlichen Krise der kapitalistischen Staaten. Das aber ist eine üble Hetze und ungeheure Verleumdung. Denn was können die Ölländer dafür, wenn sich die Kapitalisten ihre Waren gegenseitig nicht mehr abkaufen?

Mit solchen üblen Verleumdungen versuchen die US-Imperialisten den gerechten Standpunkt der Völker zu bekämpfen. Denn es ist vollkommen richtig, wenn die Rohstoffländer die Kontrolle und Verfügung über ihre Naturreichtümer selber ausüben und die Preise festsetzen. Das dient der Entwicklung des Landes und fördert die Unabhängigkeit von den internationalen Konzernen und überhaupt von den Imperialisten. Allerdings erhöhen sich dadurch auch die Schwierigkeiten solcher Länder der Dritten Welt, die selber keinerlei Rohstoffe besitzen. Diese Schwierigkeiten können aber behoben werden, wenn die Völker der Dritten Welt sich einig sind und an ihrer Solidarität festhalten. Keinesfalls dürfen diese Länder sich als Spalter verwenden lassen. Genau das aber wollte Kissinger erreichen. So versuchte er die elende Lage und die große Hungersnot in Indien, Pakistan, Bangla Desh und auch Afghanistan für die Zwecke des US-Imperialismus zu nutzen. Er schlug den jeweiligen Regierungen vor, aus den Vorräten der USA Weizen zu liefern, wenn diese bereit wären, eine Senkung der Ölpreise zu fordern. Um diesen Handel schmackhaft zu machen, sollen Pakistan und Indien eine erste Ladung von 100 000 Tonnen Weizen erhalten, ohne daß sie sich festlegen.

Aber die Regierungen dieser Länder haben sich nicht erpressen lassen. Sie haben in ihren Antworten die nationale Souveränität und territoriale Integrität betont.

Die Regierung des Iran, die Kissinger anschließend besuchte, war ebensowenig bereit, eine Änderung der Ölpreise vorzunehmen und als Preisbrecher aufzutreten. Die Kissinger-Reise endete mit einer Niederlage der Politik des US-Imperialismus. Das wird sich demnächst deutlicher zeigen, auf der Welternährungskonferenz in Rom. Dort werden die US-Imperialisten keine Mehrheit finden für ihre Politik Nahrungsmittel gegen Senkung der Ölpreise. g.j.

Weil sich der Staat vor die Kapitalisten stellt breitet sich die Typhuswelle aus

Behörden halten die Namen der Kaufhäuser geheim, die als Infektionsquellen in Betracht kommen

Was angesichts der sich immer weiter ausbreitenden Typhus-Epidemie zuerst nur ein böser Verdacht war, bestätigt sich in erschreckender Weise durch eine Vielzahl von Informationen, die gegen den Widerstand der beteiligten Firmen und die Versuche der staatlichen Behörden, die Sache zu vertuschen, mühsam zusammengetragen werden mußten: nahezu alle Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Epidemie notwendig gewesen wären, sind nicht oder nur sehr ungenügend durchgeführt worden.

Der Kartoffelsalat der Firma Grenz aus Neuhofen bei Ludwigshafen, die täglich 2 Tonnen davon herstellt, wurde in einer Gesamtmenge von wahrscheinlich 14 Tonnen nicht nur an 2 große Kaufhäuser (Kaufhof in Heidelberg und Horten in Stuttgart), sondern über den Großhandel in vielen Einzelportionen an kleinere Händler verkauft. Was ein Verschweigen des Namens der Herstellerfirma bedeutet, zeigt folgendes Rechenexempel: bei einem angenommenen durchschnittlichen Verzehr von 200 Gramm pro Person könnten insgesamt 70 000 Menschen von dem Salat gegessen haben (wenn man von einer Gesamtmenge von 14 Tonnen ausgeht). Da der Name der Herstellerfirma bis vor kurzem nicht bekannt gegeben wurde und über die weitere Verteilerkette einschließlich aller Endverbraucher ebenfalls keine Informationen vorlagen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß noch nach der Schließung der Firma der Salat weiter verzehrt wurde. Die Behörden gehen wohl inzwischen auch davon aus, was die ständige Erweiterung des möglichen Ansteckungszeitraums zeigt. Zuerst sprach man vom 21. bis 28. September, dann wurde als letzter Termin der 3. Oktober genannt, und seit dem letzten Wochenende dürfte klar sein, daß auch dieses Datum nicht zu halten ist:

Die Schließung der Firma Grenz erfolgte vor ca. 14 Tagen, also um den 24. Oktober. Wenn bis dahin der Kartoffelsalat produziert und verkauft wurde, was anzunehmen ist, muß mindestens bis zum 14. November mit Ersterkrankungen gerechnet werden, da die längste Zeit von der Ansteckung bis zur Erkrankung – die Inkubationszeit – 21 Tage beträgt. Der Ansteckungszeitraum muß dann zwischen dem 21. September und dem 24. Oktober angesetzt werden, d. h. der Kartoffelsalat war über einen Monat lang Ansteckungsquelle.

Diese ganze Geheimniskrämerei, die den Profit der beteiligten Firmen schützen soll, hat also dazu geführt, daß die weitere Verbreitung der Ansteckungsquelle nicht verhindert wurde. So ist z. B. eine Beschäftigte des Kaufhofs Heidelberg noch in der ganzen BRD herumgereist, bis sie schließlich in Kiel an Typhus erkrankte. Inzwischen werden aus vielen Bundesländern weitere Erkrankungen gemeldet. Die beteiligten Firmen kennen keine Skrupel, wenn es um die Verteidigung ihres Profits geht. Die Firma Grenz hat inzwischen erklärt, sie "behalte sich vor, das Land Baden-Württemberg wegen Geschäftsschädigung zu verklagen" (FR 2.11.74). Der Kaufhof in Heidelberg beklagte Umsatzrückgänge und ließ die Polizei holen, als der KBW auf einem Informationsstand die Frage stellte, wer dafür verantwortlich sei, daß eine Beschäftigte des Kaufhofs noch 2 Tage lang mit 40 Grad Fieber weiterarbeitete und sich dann Typhus herausstellte. Begründung: Geschäftsschädigung. Nicht genug, daß ein mieser Kartoffelsalat hergestellt und dann gewinnbringend verkauft wird, nein, diese Kapitalisten erklären das ausdrücklich zu ihrem guten Recht, wobei ihnen natürlich die geltenden Gesetze und die Behörden des kapitalistischen Staates behilflich sind. Sowohl die Gesundheitsämter als auch das Sozialministerium von Baden-Württemberg unter Annemarie Griesinger weigern sich beharrlich, die genaue Verteilerkette des Kartoffelsalats bekannt zu geben. Die Geschäftsschädigung einiger Kapitalisten wiegt schwerer als die Gesundheitsschädigung von hunderten Menschen. Nur eine vollkommene Aufklärung der Bevölkerung über die Namen der an der Herstellung, Verteilung und dem Verkauf des Kartoffelsalats beteiligten Firmen hätte es ermöglicht, daß sich diejenigen Personen rechtzeitig bei den Gesundheitsämtern gemeldet hätten, die vom Salat gegessen haben. Nur so wäre eine systematische Erfassung aller Gefährdeten und aller Kontaktpersonen möglich gewesen, die eine weitere Ausbreitung der Erkrankung verhindert hätte. Nur so hätten vorsorgliche Impfungen in den Bereichen durchgeführt werden können, wo der Typhus aufgetreten ist.

In der Frage der Massenschutzimpfungen mit "Typhoral" spielt das Gesundheitsamt Heidelberg eine besonders zwielichtige Rolle. Gegen eine solche Impfung wird vorgebracht, sie sei zu gefährlich, weil durch die Impfung während einer Epidemie eventuell schon vorher angesteckte Personen doppelt belastet seien. Gleichzeitig wird aber befürwortet, daß sich einzelne Personen auf eigene Kosten ruhig impfen lassen könnten. Wenn diese Impfung wirklich gefährlich wäre, müßte das Gesundheitsamt auch vor solchen Einzelimpfungen warnen! Dazu kommt noch, daß die in Heidelberg stationierten Bundeswehrsoldaten einschließlich der Zivilbediensteten während der Epidemie geimpft worden sind. Hier gelten die Argumente, mit denen man der Bevölkerung blauen Dunst vormachen will, plötzlich nicht mehr – die Wehrkraft muß auch während einer Epidemie sichergestellt sein. Von dem ganzen Hin und Her, Impfung ja oder nein, bleibt schließlich nur, daß sie dann befürwortet wird, wenn deren Durchführung und die Kosten nicht beim Gesundheitsamt hängenbleiben. Dies würde angesichte der miserablen personellen Situation im öffentlichen Gesundheitsdienst allerdings auch eine Katastrophe bedeuten. Denn schon jetzt ist Oberregierungsmedizinaldirektor Dr. Hoferer vom Gesundheitsamt Heidelberg nicht einmal in der Lage, in seinem eigenen Gesundheitsamt die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den Typhus zu schaffen. So sind dort z. B. in den Toiletten Handtuchrollen fast immer aufgebraucht und total verdreckt, Papierhandtücher gibt es nicht. Personal und Publikum benützen zum Teil dieselbe Toilette.

In der Presse wiederholt Dr. Hoferer aber ständig sein Wunderrezept gegen den Typhus man solle sich gut und häufig die Finger waschen. Es dauerte nahezu 8 Tage von der Einsendung des Stuhls einer Kontaktperson, bis ein eventuell positives Ergebnis die Patienten erreicht hat. Es werden zwar Arbeits- bzw. Schulverbote für Kontaktpersonen ausgesprochen, aber wenn ein Arbeitgeber beim Gesundheitsamt anruft und sich über die Dauer des Verbots beschwert, ist es in Einzelfällen auch schon reduziert worden. Man hat ja so viel Verständnis für die Sorgen eines Kapitalisten. Wenn jemand aus der Bevölkerung Auskunft verlangt, wird er an den Hausarzt verwiesen und es wird wieder "Händewaschen" empfohlen. Die Namen der Firmen erfährt er nicht, darüber besteht 100 %ige Schweigepflicht. Die Bevölkerung macht an allen Ecken und Enden die Erfahrung, wem dieses Amt eigentlich nützt.

Angesichts solcher Zustände ist es kein Wunder, wenn die Informationsstände, Flugblätter und Wandzeitungen der Ortsgruppe Heidelberg des KBW bei der Bevölkerung auf große Aufmerksamkeit stoßen. **Die Forderung nach umfassender Information der Bevölkerung über die Namen aller beteiligten Firmen, sofortige ärztliche Untersuchung des gesamten Personals dieser Firmen und Schließung der Firmen bis zum Abschluß der Untersuchungen bei Bezahlung des Lohnausfalls durch die Kapitalisten fanden allgemein Zustimmung.** Es konnte gut klargemacht werden, daß alle Institutionen des Gesundheitswesens, also auch die staatlichen Gesundheitsämter unter Kontrolle einer selbstverwalteten Krankenkasse fallen müssen, deren Leitung von den sozialversicherten Lohnabhängigen gewählt werden muß. Gerade diese Typhusepidemie zeigt deutlich, daß sich durch eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens im Kapitalismus nichts ändern wird, weil es auch hier darauf ankommt, den Kapitalisten die Verfügungsgewalt streitig zu machen und diese wird ja durch eine Verstaatlichung offensichtlich in keiner Weise angegriffen.

–H.V., Heidelberg–

Spenden für die KVZ-Wochenzeitung vom 26.10. bis 4.11.1974

OG, GUV,SSG, Hamburg	13.000.00 DM
OAG Bielefeld	40.90 DM
Kommunistische Gruppe Mörfelden	120.00 DM
M., München	300.00 DM
Rote Zellen Kiel	1.710.00 DM
OAG Paderborn	20.00 DM
OAG Kiel	520.00 DM
OG Frankfurt	1.658.26 DM
Kommunistische Gruppe Neu Isenburg	130.00 DM
KSB Braunschweig	110.00 DM
OAG/Zelle Öffentlicher Dienst Kiel	140.00 DM
Stadtteilzelle OAG Kiel	200.00 DM
Zelle Metall OAG Kiel	130.00 DM
E.B., Bremerhaven	50.00 DM
SG Achim	250.00 DM
P.N., Frankfurt	50.00 DM
KSB Frankfurt	276.50 DM
OAG Oldenburg	500.00 DM
H.R., Münster	230.00 DM
SG Marburg	50.00 DM
Genossen aus dem Emsland	14.000.00 DM
KKB, KHI, SK/ML Bochum	661.09 DM
S.So. Heidelberg	50.00 DM
SG Weingarten	469.00 DM
P.M., Westberlin	100.00 DM
KG Essen	70.00 DM
KSB Braunschweig	130.00 DM
A.L., Hannover	500.00 DM
KHG Hannover	500.00 DM
KHG Hannover	300.00 DM
KHG Heidelberg	120.00 DM
KSB Münster	85.00 DM
OAG Bielefeld	170.00 DM
SG Weingarten	360.00 DM
OAG Bielefeld	58.00 DM
M.J., Westberlin	20.00 DM
J.Tr., Münster	20.00 DM
M.H., Bergisch Gladbach	50.00 DM
SG Wermelskirchen	28.40 DM
SG Kassel	200.00 DM
L. und W., Dortmund	38.00 DM
KHG Heidelberg	160.00 DM
SG Konstanz	87.50 DM
SG Konstanz	160.00 DM
KVZ-Leserkreis Pforzheim	270.00 DM
KSB Braunschweig	80.00 DM
SG Preetz	80.00 DM
OG Frankfurt	6.620.61 DM
G.Ka., Westberlin	20.00 DM
St.M., München	60.00 DM
E.St., München	99.00 DM
Wohngemeinschaft Mannheim	10.00 DM
KHG Heidelberg	160.00 DM
OG Köln	1.480.00 DM
OAG Dortmund	795.00 DM
SG Tübingen	400.00 DM
OG Freiburg	1.465.00 DM
H-G.R., Herford	100.00 DM
OAG München	848.00 DM
Zelle Öffentlicher Dienst OAG Stuttgart	50.00 DM
SG Konstanz	137.50 DM
OAG Delmenhorst	440.00 DM
GUV Bremen	3.345.00 DM
Sammlung auf Veranstaltung und GUV Westberlin	2.500.00 DM
OG Bremen	1.250.00 DM
SG Augsburg	100.00 DM
OG Göttingen	7.357.70 DM
OG Waiblingen	1.000.00 DM
P.Gö., Rüsselsheim	250.00 DM
OG Hildesheim	640.00 DM
SG Offenburg	80.00 DM
OG Wiesbaden	1.100.00 DM
OAG Karlsruhe	800.00 DM
G. und C.St., Hanau	300.00 DM
OG Heidelberg	2.500.00 DM
SG Mönchen Gldb.	460.00 DM
Schlunzer Kasse Kühl KG/ Caro Druck	260.00 DM
K.R., Westberlin	20.00 DM
S. und L.B., Frankfurt	10.00 DM
J.A., Frankfurt	20.00 DM
B.P., Dortmund	130.00 DM

BAFöG für Abgeordnetenkinder

Einen ungeheuerlichen Hammer erfuhr ich, als ich während der Semesterferien auf dem Schulamt Höxter arbeitete, bezüglich des BAFög-Stipendiums: Kinder von Abgeordneten bekommen im Prinzip den vollen BAFög-Satz von jetzt 500 DM! Den Grund erklärte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit am 3.1.1973 in folgendem gekürztem Behördendeutsch:

"Leistungen nach dem Diätengesetz, die ein Mitglied des Bundestages (...), ein ehemaliges Mitglied des Bundestages (...), erhalten, sind durch das Diätengesetz (...) steuerfrei und gehören daher (...) nicht zum Einkommen im Sinne des BAFög."

Die Höhe des BAFög richtet sich aber nach der Höhe des zu versteuernden Einkommens. Man sieht: Auch hier haben sich die Abgeordneten erstmal selber den Teller aufgefüllt.

Das stinkt doch zum Himmel: Während ich in den Semesterferien morgens um 6 Uhr rausmuß und zur Arbeit fahre, weil mein BAFög von damals zirka 380 DM vorne und hinten nicht zum Leben reicht, erfahre ich bei eben dieser Arbeitstätigkeit, daß die Söhnchen und Töchterchen von Abgeordneten das sicherlich nicht nötig haben, den steuerrechtlich verdienen ja ihre Väter bei ihrer Abgeordnetentätigkeit "nichts"!

–M.K., KHI Aachen–

Das Schaumbad der parlamentarischen Opposition

Wie sich die bürgerlichen Parteien vom Ruch der Korruption reinigen

In der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie herrscht die Kapitalistenklasse indirekt mit Hilfe der bürgerlichen Parteien.

Die bürgerlichen Parteien werden durch die Kapitalistenklasse ausgehalten und bestochen, teils aus den Taschen der Kapitalisten, teils, indem ihnen der Staatsapparat zur persönlichen Bereicherung zur Verfügung steht. Weil die bürgerlichen Parteien untereinander in Konkurrenz stehen, sorgen sie oft selber dafür, daß ihre Korruptionsaffären ans Licht kommen. Die Enthüllung der Korruption der Regierungspartei ist sogar eines der wichtigsten Mittel, um selber an die Regierung zu kommen.

So hat die SPD seinerzeit dazu beigetragen, daß die verschiedenen Bereicherungsaktionen und Korruptionsaffären von Franz Josef Strauß ans Licht gekommen sind. Und da gab es wahrlich genug, was das Licht der Öffentlichkeit scheute: die Fibag-Affäre, die HS 30-Affäre usw. Solange Strauß an der Regierung beteiligt war und die CDU/CSU die Regierung im Bund stellte, wurde er den Geruch der Korruption niemals los. Heute tritt er als einer an, der an der Spitze der CDU/CSU den bestehenden "Saustall" säubern will. Seit die CDU/CSU in der Opposition im Bund ist, hatte sie auch genügend Gelegenheit zu zeigen, daß die führenden SPD-Politiker nicht weniger korrupt sind als sie selbst: Wienands Beraterverträge wurden aufgedeckt, der Verdacht wurde aufgebracht und konnte nicht richtig widerlegt werden, daß es hessischen SPD-Politiker bei der Sanierung der Hessischen Landesbank vor allem auch um die Sanierung des eigenen Haushalts ging.

Wenn man die Sache über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, dann zeigt sich, daß die bürgerlich-parlamentarische Demokratie tatsächlich ein "Saustall" ist und daß sich die Politiker der bürgerlichen Parteien in diesem Saustall ungeheuer wohl fühlen, solange sie am Futtertrog sind. Ihr Bedürfnis nach Reinlichkeit zeigt sich erst, wenn sie nicht mehr am Futtertrog sind.

G.S.

Gespräch mit einem Jungbauern:

Kollektive Bewirtschaftung der einzige Weg für die Bauern

Kürzlich unterhielt ich mich mit einem Jungbauern. Schon nach kurzer Zeit kamen wir auf die Notlage der Klein- und Mittelbauern zu sprechen und er erklärte mir am konkreten Beispiel des eigenen Hofes, wie die Konzentration des bewirtschaftsfähigen Agrarlandes in den Händen einiger weniger Großbauern fortgeschritten sei. Sehr alte Familiehöfe hätten in der letzten Zeit Pleite gemacht, da sie mit den niedrigen Preisen der Großbauern nicht mithalten konnten. Daraufhin fragte ich ihn, wie er zur fünfprozentigen Agrarpreiserhöhung stünde. Er erklärte, daß auch diese nichts nütze, da das Korn in diesem Jahr schon an die Mühlen und Nahrungsmittelkonzerne abgeliefert sei und daher nur diese und natürlich die Großbauern, die selbst Lagerhallen hätten, profitieren würden.

Hinzu komme noch, daß der berechtigte Zorn der Konsumenten, das heißt der Zorn der Arbeiter und kleinen Angestellten über eine folgende Erhöhung der Kosten der Grundnahrungsmittel sich nicht gegen die von der Agrarpreiserhöhung profitierenden Lebensmittelkonzerne und Großbauern, sondern – wie immer – gegen die Klein- und Mittelbauern richten solle. Dies sei ein demagogisches Manöver der Bundesregierung, welches aber nicht sein Ziel erreichen werde, da die westdeutsche Bevölkerung sehr gut wisse, für wen diese Erhöhung lukrativer sei.

Er wies weiter darauf hin, daß zum Beispiel sein Vater und die benachbarten Bauern schon dazu gezwungen seien, landwirtschaftliche Maschinen gemeinsam zu finanzieren. Als ich ihn an dieser Stelle fragte, ob er sich vorstellen könne, daß sich der gesamte Besitz der Bauern in genossenschaftliches Eigentum verwandle, wo unter gemeinsamer Planung sämtliche Felder kollektiv bewirtschaftet würden, antwortete er, daß dieser Vorschlag auf die Dauer der einzige Weg sei, der die Klein- und Mittelbauern von ihrem Joch befreien könnte.

Auch dieses Gespräch hat gezeigt, daß die Masse der Kleinbauern nicht mit dem reaktionären Bauernverband und seinen Publikationsorganen identisch ist. Sie sind – durch ihre am Existenzminimum fluktuierende Lage – den Forderungen und Zielen der Kommunisten weitaus aufgeschlossener, als es von der bürgerlichen Presse immer dargestellt wird.

Daher müssen wir Kommunisten auch unsere Kräfte aufs Land konzentrieren und die Kleinbauern in der Partei des Proletariats organisieren. Denn nur unter der Führung der Arbeiterklasse können die Bauern sich von der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft und somit von ihrem unerträglichen Joch befreien.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

–H-M. G., Ahlen–

Schmidt's Preiszauberei

Am Dienstag sah man ihn im Fernsehen über die Preisentwicklung zaubern. Er sagte, die Preissteigerungsrate würde in den nächsten Monaten bis auf 6 % sinken, und er beschwor für den Januar – wild mit dem Zeigefinger gestikulierend – sogar die Möglichkeit, daß dann die Preissteigerungsrate unter 6 % sinke. Und dieses "Sinken" beschwor er so eindrucksvoll, daß man glauben möchte, die Preise sinken wieder.

Aber wenn die Preissteigerungsrate sinkt, dann sinken die Preise noch lange nicht. Ja das heißt noch nicht einmal, daß die Preise weniger steigen. Denn die Preissteigerungsrate wird jeweils auf den gleichen Monat im Vorjahr berechnet. In den Monaten September bis Januar vor einem Jahr aber stiegen die Preise ganz besonders schnell. Das heißt, selbst bei einer vorübergehenden Preissteigerungsrate von 0 % würden die Preise noch von Monat zu Monat steigen. Wenn jetzt die Preissteigerungsrate auf 6 % geht, dann bedeutet das, daß die Preise um 6 % zusätzlich zu den Preissteigerungen des letzten Jahres steigen. Oder anders gesprochen, sie steigen so schnell wie letztes Jahr, aber auf einem Niveau, das noch um 6 % höher liegt. Auf besonders rasanten Preissteigerungen im Vorjahr aufbauend, kann man also leicht die Zauberei von den sinkenden Preissteigerungsraten aus dem Ärmel ziehen.

Doch dabei läßt es Schmidt nicht bewenden. Er guckt beschwörend in die Runde und fragt, gleichsam an jeden gewandt: Nennen Sie mir ein Land, in dem die Preise niedriger sind und weniger steigen.

Dazu ist zuerst mal zu sagen, daß es uns wenig nutzt, wenn es in anderen Ländern noch dreckiger geht.

Und zweitens ist da sofort zu antworten: Jawohl, Herr Schmidt, ich nenne Ihnen nicht nur ein Land, in dem die Preise sogar richtig sinken und der Lebensstandard laufend verbessert wird. Das sind die Volksrepublik China und hier in Europa die Volksrepublik Albanien. Diese Länder sind zwar insgesamt ärmer, aber ihr bescheidener und wachsender Reichtum kommt dort dem ganzen Volke zugute, während hier der ungeheure Reichtum von den Kapitalisten angeeignet wird, um nur immer mehr und mehr auszubeuten.

1600 Drucker demonstrieren gegen Werksstillegung

Stuttgart. Zum 31. Dezember 1974 wollen die Angehörigen der Bosch-Kapitalisten-Dynastie den technischen Betrieb der ihnen gehörenden "Deutschen Verlagsanstalt" (DVA) stillegen. Nach "Union-Druckerei", "Herget" und "Stähle & Friedel" wäre die DVA nun die vierte große Stuttgarter Druckerei, die dichtgemacht wird. 370 Kollegen des technischen Betriebs und 75 Verlagsangestellte wollen sie auf die Straße werfen, zusammen also 445 Arbeiter und Angestellte. Diese Kollegen würden die Zahl der Stuttgarter Arbeitslosen aus dem Druckerei-Gewerbe mit einem Schlag auf rund 1 000 erhöhen.

Gegen diese Willkürmaßnahme der Bosch-Erben führte die Belegschaft am Freitag, den 25. Oktober, einen Warnstreik durch, den sie mit einer Protestkundgebung auf dem Betriebsgelände verband. Gleichzeitig legten die Kollegen der großen Stuttgarter Druckereien aus Solidarität mit den DVA-lern für zweieinhalb Stunden die Arbeit nieder. Die IG Druck und Papier stellte sich im Nachhinein hinter diese spontanen Streiks. Für Dienstag, den 29. Oktober, rief die IG Druck und Papier die Kollegen des Stuttgarter graphischen Gewerbes zu einer Protestkundgebung und anschließender Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt auf. Außer den DVA-Kollegen folgten Kollegen aus allen größeren Stuttgarter Druckbetrieben dem Demonstrationsaufruf ihrer Gewerkschaft. Insgesamt 10 Transparente, auf denen sich Kollegen aus anderen Betrieben mit dem Kampf der DVA-ler solidarisch erklärten, wurden mitgetragen.





Stuttgart. Am 25. Oktober protestierten über 300 Arbeiter und Angestellte der Deutschen Verlagsanstalt mehrere Stunden auf dem Hof gegen die geplante Schließung des technischen Betriebs (siehe Bild). Zur gleichen Zeit wurde ein Gesuch um Überprüfung des Beschlusses der Geschäftsleitung überbracht. Das Gesuch war von 14 höheren Angestellten unterzeichnet und veröffentlicht worden. In 10 Stuttgarter Druckbetrieben fanden kurze Solidaritätsstreiks statt. Am Dienstag, 29. Oktober, demonstrierten 2 000 Kollegen aus verschiedenen Betrieben in der Stuttgarter Innenstadt gegen die Stillegung. Aus zahlreichen Betrieben kamen Solidaritätserklärungen.

Auf der Betriebsversammlung am 21. Oktober eröffnete Geschäftsführer Weygandt den DVA-Kollegen: Der technische Betrieb wird zugemacht. Bis unmittelbar davor hatte die Geschäftsleitung die Belegschaft in Sicherheit gewiegt. Noch in diesem Herbst wurden neue Lehrlinge eingestellt und Facharbeiter angeworben mit dem Slogan: "Die DVA – ein sicherer Arbeitsplatz!"

Die DVA gehört zu über 80 % den Angehörigen des Stuttgarter Kapitalisten-Clans Bosch. Dieser hat Weygandt offensichtlich den Auftrag erteilt, die DVA unbedingt zu liquidieren. Warum? Weil sie den Bosch-Erben **zu wenig** Profit abwirft. Wie ein leitender Angestellter öffentlich erklärte, befand sich der technische Betrieb keineswegs in den roten Zahlen. Bis dahin hatten die Bosch-Erben bei vielen, besonders bei älteren Kollegen in dem Ansehen gestanden, sozialere und humanere Kapitalisten zu sein als andere. Einzelne Kollegen hatten auch jetzt die Hoffnung auf das "soziale Gewissen" der Boschs noch nicht aufgegeben. Als sie mit Frau Bosch sprachen und um einen Gesprächstermin mit ihrem Mann baten, bekamen sie zu hören: Wenn ein solches Gespräch überhaupt zustande komme, müsse man ihren Mann (Robert Bosch II.) sehr vorsichtig und rücksichtsvoll behandeln, da er wieder studiere und wegen starker Inanspruchnahme durch das Studium sehr empfindlich sei (nach Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober).

Und das sagen Leute, die durch einen Federstrich die Existenz Hunderter vernichten. Wenn ihr Kapital in einem Bereich nicht mehr genug Profit abwirft, nehmen sie es dort heraus und investieren es anderswo. Die Arbeiter – sie sollen dann zusehen, wo sie bleiben.

Die Geschäftsleitung legte nun einen Sozialplan vor, dem man richtigerweise den Namen: "Plan zur Verhöhnung der Arbeiter" geben sollte.

- Gelten soll er nur für diejenigen, die bis 31. Dezember noch bei der DVA arbeiten.
- Der Grundbetrag der Abfindung soll die Höhe von nur einem Bruttomonatsverdienst haben, darüberhinaus Alters- und Dienstzuschläge.
- Um eine neue Lehrstelle für die Lehrlinge wolle sich die DVA "bemühen".

Angesichts dieses "Sozialplans" war klar: Die Belegschaft wird kämpfen müssen. Die Frage war nur: Auf welches Ziel muß der Kampf ausgerichtet sein? Sollte man um die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfen, oder sollte man sich mit der Stillegung grundsätzlich abfinden und nur um einen günstigen Sozialplan kämpfen?

Wenn die DVA zumacht, gibt es in Stuttgart an die 1 000 arbeitslose Drucker und Setzer. Dabei hat die Krise im graphischen Gewerbe ihren Höhepunkt noch nicht überschritten. Bei der Stuttgarter Großdruckerei Belser geht schon seit Wochen das Gerücht von der Stillegung um. Der Eigentümer von Belser ist schon völlig in der Hand der Banken. Nichts darf er mehr ohne die Unterschrift eines Bank-Bevollmächtigten tun.

Diese Situation bedeutet für Viele: Arbeitslosigkeit für lange Zeit. Auch eine hohe Abfindung wird eines Tages aufgebraucht sein, und dann? Dann wird man eben doch vom Stempelgeld "leben" müssen. Außerdem drücken viele Arbeitslose automatisch den Lohn derer, die noch Arbeit haben. **Die Erhaltung der Arbeitsplätze ist das richtige Kampfziel!**

Keine Stillegung! Dieses Ziel drückt sich auch in der Parole der DVA-ler aus: "Wir wollen **weiter**arbeiten!" Sowohl auf der Protestkundgebung im Betriebshof als auch auf der Demonstration führten die DVA-ler ihre handgemalten Schilder: "Wir wollen **weiter**arbeiten!" mit. Der Anblick ihres Blocks auf der Demonstration wurde völlig von den Schildern mit dieser Parole bestimmt. Diese Parole muß von der Gewerkschaft entschieden aufgenommen werden: Für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei DVA! Der Betriebsrat darf nicht von vorneherein die Segel streichen und nur noch für einen Sozialplan kämpfen.

Den Kampf gegen die Stillegung selbst führen bedeutet, über den bloßen Protest hinauszugehen und andere Saiten aufzuziehen. Er ist nur zu gewinnen, wenn die Belegschaft wirkliche Druckmittel in die Waagschale wirft. Anderenorts gibt es Beispiele. So haben die Arbeiter von Maurer in Malterdingen bei Freiburg vor zwei Jahren den in Konkurs gegangenen Betrieb besetzt. Sie erreichten eine Übernahme des Betriebs durch den Klöckner-Konzern. Das, obwohl die Bedingungen für sie insofern schlechter waren, als Maurer tatsächlich bankrott war.

Bisher ist es nur eine Minderheit der DVA-Kollegen, die entschlossen ist, den Kampf mit allen Konsequenzen zu führen. Wenn es diesen Kollegen gelingt, die übrigen hinter sich zu versammeln und gestützt auf eine einige Belegschaft die Initiative zu ergreifen, dann kann dem Kampf eine Wende zugunsten der Arbeiter gegeben werden. Dann wird die Solidarität anderer Belegschaften auch nicht ausbleiben; soviel ist jetzt schon klar. H.E.,

Ortsaufbaugruppe Stuttgart

Interview mit DVA-Kollegin

KVZ: *Wie kam es in der DVA soweit, daß Entlassungen vorgenommen werden mußten?*

Kollegin: Die Begründung der Geschäftsleitung lautete, daß nicht genügend Aufträge da seien und die Eigenproduktion nicht ganz ausgelastet ist, der Betrieb ist somit in den roten Zahlen.

KVZ: *Wie reagierte die Belegschaft*

Kollegin: Die Belegschaft war im ersten Moment vollkommen geschockt. Ein paar leitende Angestellte haben eine Petition gegen die Stillegung eingereicht, daraufhin sind 5 rausgeflogen. Auf der nächsten Betriebsversammlung wurde gefordert: Rücktritt von Weygandt (Geschäftsführer). Weygandt meinte daraufhin ironisch: Ihr könnt den Betrieb ja geschenkt haben. Daraufhin stand ein Kollege auf und meinte, es gäbe ja schon einige Beispiele, wo die Betriebe von Arbeitern übernommen wurden.

KVZ: *Wie verhielten sich Betriebsrat und Gewerkschaftsführung?*

Kollegin: Dazu muß man wissen, daß die DVA ein Tendenzbetrieb ist, das heißt ein Betrieb ist, der meinungsbildende Sachen herausgibt, was zur Folge hat, daß der Betriebsrat nur sehr kurzfristig über die Entlassungen informiert zu werden braucht. Die Geschäftsleitung hat einen Sozialplan vorgelegt, der beinhaltet ein Brutto-Monatsgehalt für Arbeitnehmer ab 40 und eine anteilmäßige Abfindung nach Betriebszugehörigkeit. Betriebsrat und Gewerkschaften erstellten einen neuen Sozialplan, der beinhaltete drei Brutto-Monatsgehälter, Abfindung gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit und Alter, soll am 31. Oktober schon in Kraft treten. Außerdem forderte die Gewerkschaft noch eine Abfindung für die Lehrlinge, im ersten Lehrjahr 2 000, im zweiten 4 000, im dritten 6 000 DM. Die Gewerkschaft organisierte eine Protestdemonstration, an der etwa 1 500 bis 2 000 Kollegen teilnahmen. Außerdem wurden Warnstreiks in einigen anderen Betrieben abgehalten. 14 andere Betriebe erklärten sich solidarisch mit den Kollegen der DVA. Auf einer Mitgliederversammlung der Vertrauensleute der DVA gab die Gewerkschaft ihre Zusage für eine Unterstützung bei einem Streik. Das wurde einige Tage später wieder revidiert mit der Begründung: Das ist nun eure Sache, das müßt ihr machen!

KVZ: *Was sind die Forderungen der Kollegen?*

Kollegin: Rücktritt von Weygandt, Aufhebung der Stillegung und Erhaltung der Arbeitsplätze.

KVZ: *Was ist Deine Meinung dazu?*

Kollegin: Die Arbeiter müssen den Betrieb selber übernehmen, doch wäre dies im Kapitalismus auf längere Sicht nicht möglich. Deshalb meine ich, daß man das in breiterem Maßstab organisieren müßte, das heißt die Arbeiter müßten prinzipiell die Kontrolle über die Produktion haben.

Durch "Stunk von oben" ausdünnen

Am Vorabend von Zeitungsfusionen in München: Mehrarbeit, Entlassungen, große Ungewißheit

München. Schlag auf Schlag folgen Angriffe gegen die Beschäftigten beim Münchner Zeitungsverlag, der den "Münchner Merkur" und die Boulevardzeitung "tz" herausgibt, in letzter Zeit aufeinander. Schlag auf Schlag: Drohungen, Beschneidung freiwilliger Zulagen, Streichung von Redaktionsspesen, Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen durch Mehrarbeit, Verzögerung der Einführung der Fünf-Tage-Woche, Kündigungen. Unmut und Empörung der Belegschaft steigern sich zum offenen Protest.

Daß sich die Auseinandersetzung beim "Merkur" verschärft, liegt an der kapitalistischen Wirtschaftskrise und daran, daß die Verleger in München auf dem Zeitungsmarkt fusionieren wollen. Wenn Setzer, Drucker, Redakteure und die anderen Beschäftigten in der Münchner Druckindustrie den Angriff auf ihren Reallohn und ihren Arbeitsplatz abwehren wollen, müssen sie sich auf einen Streik vorbereiten.

In München kursieren derzeit viele Gerüchte über die Pläne der Druckkapitalisten. Die einen sagen, "tz" und "Abendzeitung" würden zusammengelegt, andere meinen, die "Süddeutsche" würde den "Merkur" schlucken.

Die schockierendste Version ist folgende: Die "Abendzeitung" wird an den Kölner Verlag Neven DuMont verkauft, "tz" und "Merkur" an Springer, der seine "Bild München" einstellt. Womit das Buchgewerbe-

ziert. Zwei Beispiele: In der Chemigraphie wird in zwei Schichten gearbeitet. Klischees, die erst am folgenden Tag mittags gebraucht werden, müssen von der Spätschicht nachts noch "unbedingt" fertiggestellt werden. Die Weißkittel drängen darauf. Die Spätschicht "derrennt" sich vor Überarbeit. Ihre Kollegen aus der Frühschicht haben aufgrund dessen in den ersten Stunden "zu wenig" zu tun. Dann kommen die Weißkittel wieder und bemerken zynisch: "Hier

die schwächsten Stellen dafür aus. In Außenredaktionen, wo die Kollegen weit vom Schuß sitzen, dort versucht sie einen Durchbruch zu erzielen. Wenn sie mit ihren Entlassungen in diesen Fällen durchkommt, schaut es für die anderen schlecht aus. Dann sind sie dran. Glücklicherweise stellt sich der Betriebsrat äußerst solidarisch hinter die Gekündigten und verweigert nicht nur seine Zustimmung zu den Kündigungen, sondern gibt ihnen auch jede Unterstützung.

Durch "Stunk von oben" ausdünnen

Am Vorabend von Zeitungsfusionen in München: Mehrarbeit, Entlassungen, große Ungewißheit

München. Schlag auf Schlag folgen Angriffe gegen die Beschäftigten beim Münchner Zeitungsverlag, der den "Münchner Merkur" und die Boulevardzeitung "tz" herausgibt, in letzter Zeit aufeinander. Schlag auf Schlag:

Drohungen, Beschneidung freiwilliger Zulagen, Streichung von Redaktionsspesen, Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen durch Mehrarbeit, Verzögerung der Einführung der Fünf-Tage-Woche, Kündigungen. Unmut und Empörung der Belegschaft steigern sich zum offenen Protest.

Daß sich die Auseinandersetzung beim "Merkur" verschärft, liegt an der kapitalistischen Wirtschaftskrise und daran, daß die Verleger in München auf dem Zeitungsmarkt fusionieren wollen. Wenn Setzer, Drucker, Redakteure und die anderen Beschäftigten in der Münchner Druckindustrie den Angriff auf ihren Reallohn und ihren Arbeitsplatz abwehren wollen, müssen sie sich auf einen Streik vorbereiten.

In München kursieren derzeit viele Gerüchte über die Pläne der Druckkapitalisten. Die einen sagen, "tz" und "Abendzeitung" würden zusammengelegt, andere meinen, die "Süddeutsche" würde den "Merkur" schlucken.

Die schockierendste Version ist folgende: Die "Abendzeitung" wird an den Kölner Verlag Neven DuMont verkauft, "tz" und "Merkur" an Springer, der seine "Bild München" einstellt. Womit das Buchgewerbehaus, wo "Bild" in München im Lohndruck hergestellt wird, dichtmachen könnte.

Tatsache ist auf jeden Fall: Zwischen dem Münchner Zeitungsverlag und dem Süddeutschen Verlag besteht bereits ein Vertriebsverbund, was zahlreiche Trägerinnen den Arbeitsplatz kostete. Die Tiefdruckfirma "Süddruck" machte dicht: 607 Arbeiter finden keine Anstellung mehr.

Konkurse erst nach der Wahl

Aus CSU-Kreisen verlautete bereits einige Tage vor der Landtagswahl am 27. Oktober, daß kurz nach der Wahl zwei größere Mittelbetriebe der Münchner Druckindustrie Konkurs anmelden würden. Nur auf Drängen "politisch rechtsstehender Kreise" sei die Anmeldung des Konkurses auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben worden.

Daraus kann man schließen, daß es sich dabei zumindest um einen Zeitungsbetrieb handeln müßte, da nur dabei ein politisches Interesse denkbar ist, das auf Verzögerung der Pleitemeldung drängt.

Ungeachtet der mannigfaltigen Lösungsmöglichkeiten, für die sich die Verleger entscheiden können, müssen sie in ihrer "Innenpolitik" darauf achten, daß sie in möglichst kurzer Zeit noch möglichst viel Profit machen. Deshalb wird in allen Verlagshäusern, besonders aber in den Zeitungsverlagen, auf Teufel komm raus gespart. Gespart auf dem Rücken der Belegschaften, versteht sich.

Arbeitsmangel trotz Überstunden?

Um diese Maßnahmen zu veranschaulichen, soll uns der Münchner Zeitungsverlag herhalten, wo's besonders schlimm ist. Seit Monaten werden für Leute, die kündigen, was meist der deutlichen Verschlechterung des sogenannten Betriebsklimas geschah, fast keine neuen Arbeiter, Angestellten oder Redakteure mehr eingestellt. Überall wird Stunk von oben provoziert. Zwei Beispiele: In der Chemigraphie wird in zwei Schichten gearbeitet. Klischees, die erst am folgenden Tag mittags gebraucht werden, müssen von der Spätschicht nachts noch "unbedingt" fertiggestellt werden. Die Weißkittel drängen darauf. Die Spätschicht "derrennt" sich vor Überarbeit. Ihre Kollegen aus der Frühschicht haben aufgrund dessen in den ersten Stunden "zu wenig" zu tun. Dann kommen die Weißkittel wieder und bemerken zynisch: "Hier herrscht wohl Arbeitsmangel? Dem muß abgeholfen werden." Dann heißt es, man käme auch mit weniger Kollegen aus, obwohl gleichzeitig in derselben Abteilung noch Überstunden geschoben werden.

Durch zahlreiche Rundschreiben an die lieben Mitarbeiter versucht die Geschäftsleitung Panik zu machen. Wir sollen alle gemeinsam versuchen, Anzeigenschwund, gestiegene Papierpreise und unsere eigenen Lohnsteigerungen durch mitverantwortliche Mehrarbeit auszugleichen. Damit durch unsere Mehrarbeit weitere Kollegen für den Verlag aus lieben Mitarbeitern zu überflüssigen Kostenfaktoren werden, die in unser aller Interesse "ausgedünnt" werden können.

Bei Druckern und Setzern lassen sich zwar noch viele, vor allem ältere Kollegen, einschüchtern und arbeiten jetzt wie die Stiere. Immer mehr aber lassen sich nicht mehr ins Boxhorn jagen. **Sie folgen einem Aufruf des Vertrauensleutekörpers, nicht im Tarifvertrag vorgesehene Überstunden zu verweigern, das Arbeitstempo nicht zu erhöhen.**

Redakteure reihen sich ein

Neu ist, daß sich auch die Redakteure entschieden gegen die sogenannten Sparmaßnahmen wehren, die genauso auf ihrem Rücken, wie auf dem der Arbeiter durchgeführt werden. Auf einer Teilbetriebsversammlung der Redaktionen von "Merkur" und "tz" erschienen sie zahlreich und erhoben Protest gegen die Verschlechterung ihrer Lage.

Nicht zuletzt aufgrund des geschlossenen Widerstandes der Redakteure, die sonst meist abseits standen, wenn es um die Interessen der Belegschaft ging, mußte die Kündigung eines Layouters, die außerdem einen Formfehler hatte, vom Verlag wieder zurückgenommen werden. Das ist eine weitere Verbesserung der Kampfbedingungen beim Münchner Zeitungsverlag.

Inzwischen sind die Kündigungen von mindestens sechs Redakteuren geplant. Die Geschäftsleitung sucht sich die schwächsten Stellen dafür aus. In Außenredaktionen, wo die Kollegen weit vom Schuß sitzen, dort versucht sie einen Durchbruch zu erzielen.

Wenn sie mit ihren Entlassungen in diesen Fällen durchkommt, schaut es für die anderen schlecht aus. Dann sind sie dran. Glücklicherweise stellt sich der Betriebsrat äußerst solidarisch hinter die Gekündigten und verweigert nicht nur seine Zustimmung zu den Kündigungen, sondern gibt ihnen auch jede Unterstützung.

Was ist zu tun?

Der Arbeiter ist nicht nur ein Anhängsel der Maschinen. Der Dreh- und Angelpunkt dafür, daß er aus einem Anhängsel der Maschinen zu ihrem Herren wird, liegt darin, daß er sich mit seinen Kollegen zusammenschließt. Betriebsversammlungen sind dafür nur teilweise zu nutzen.

Doch auf der letzten Vertrauensleutesitzung machten viele schon einen Anfang: Aus den meisten Abteilungen kamen außer den Vertrauensleuten mehrere andere Kollegen mit, um die Klage gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Verunsicherung der Arbeitsplätze zu führen. Sie berieten auch darüber, was man dagegen unternehmen kann. Klar ist, daß die zum Letzten entschlossenen Druckkapitalisten nur eine Sprache verstehen werden. Klar ist auch, daß die Arbeiter und Angestellten angesichts der drastischen Veränderungen in der Zeitungslandschaft Münchens bald gezwungen sein werden, diese Sprache zu sprechen: die Sprache des Streiks.

Jede Fusion bringt Rationalisierungen mit sich. Jede Rationalisierung sucht Arbeitsplätze einzusparen. Jede Einsparung von Arbeitsplätzen verschärft das Elend der Arbeiter. Jede Verschärfung des Elends der Arbeiterklasse ruft Streikkämpfe der Arbeiter auf den Plan. Streik ist die Schule des Kampfes der Arbeiter zur Befreiung aus einem Anhängsel der Maschinen in den Herren einer Produktion nach den Bedürfnissen des Volkes.

Keine Sparmaßnahmen, die am Geldbeutel der Beschäftigten zehren!
Keine Mehrarbeit!
Keine Entlassungen!
Wiederbesetzung aller Planstellen!
Fünf-Tage-Woche in allen Abteilungen!
Weg mit dem Tendenzschutz-Paragraphen!
Die Gewerkschaft muß in München sofort Streikmaßnahmen für die Druckindustrie treffen!

– ter –

Busbau : Weniger Aufträge - Mehr Profit

Benz Mannheim: Rationalisierung im Omnibus-Bau

Mannheim. Die allgemeine Krise in der Automobilindustrie macht sich offensichtlich nun auch in der Omnibusproduktion der Daimler-Benz AG bemerkbar. Rückläufige Auftragseingänge, für den neuen Typ 0-303 soll noch kein größerer Produktionsauftrag eingegangen sein, und sinkende Produktionszahlen, Mai 13 Einheiten (Busse), im Oktober-November 9,5 Einheiten (Busse) pro Tag kennzeichnen die Lage.
Doch auch in dieser Situation wollen die Benz-Kapitalisten ihre bisherige Profitrate nicht nur halten, sondern möglichst noch steigern. Dies geschieht einerseits durch unverschämte Preissteigerungen und andererseits durch verstärkte Rationalisierung und gleichzeitigen Lohnabbau.

So kostete zum Vergleich ein Omnibus des "alten" auslaufenden Typs 0-302 ca. 180 000 DM. Ein Omnibus des "neuen" Typs 0-303 dagegen in der Standardausführung kostet bereits 260 000 DM und in der Luxusausführung sogar 320 000 DM. Begründet werden diese radikalen Preiserhöhungen mit "explosionsartigen Kostensteigerungen" (Zitat). Da man diese Kostensteigerungen nicht voll auf den Preis (!) abwälzen könne, sei es notwendig, intensive Einsparungen vorzunehmen – so Professor Dr. Zahn, Vorsitzender des Vorstandes. Diese Einsparungen werden natürlich mit allen Mitteln und Tricks aus den Knochen der Arbeiter rausgeholt. Die Geschäftsleitung hat auf der letzten Betriebsversammlung angekündigt, im Omnibusbau "einschneidende Maßnahmen" durchzuführen.

Das war keine leere Drohung. Denn es werden nun schon seit Monaten Kollegen, hauptsächlich von den Rohmontagebändern, in andere Abteilungen, überwiegend Kabelsatzfertigung, umgesetzt. Begründung für diese Maßnahmen sind Auftragsmangel und Umstellung auf den neuen Typ 0-303. Den Kollegen wird versprochen, wenn's wieder voll läuft, kommt ihr alle in den Busbau wieder zurück. Dies hat auch der Betriebsrat gesagt, als er auf der Betriebsversammlung im Sommer gefragt wurde. Aber inzwischen ist die Belegschaft an den Rohmontagebändern um ca. 50 % abgebaut. Im Verhältnis dazu ist die Produktion nur um ca. 27 % zurückgegangen, nämlich von 13 Einheiten (Busse) pro Tag auf 9,5 Einheiten pro Tag. Ergebnis für die Benz-Kapitalisten: Die Produktivität wurde trotz Produktionsrückgang um zirka 23 % gesteigert. Man sieht, eine

Benz-Kapitalisten: Die Produktivität wurde trotz Produktionsrückgang um zirka 23 % gesteigert. Man sieht, eine

einfache Rechnung.

Wie wird ein solches Ergebnis erreicht? Teilweise Akkordfreigabe beispielsweise, wie bei den Spachtlern und Putzern, bei denen aus sechs Kollegen langsam fünf, vier und noch weniger werden. Ebenfalls der Wegfall von bestimmten Arbeitsgängen beim neuen Typ. Das alles gehört auch zu den Methoden, um zu rationalisieren. Arbeiten, die früher von vier oder fünf Kollegen ausgeführt wurden, müssen nun von zwei oder drei Kollegen geleistet werden, wobei gewöhnlich ein Kollege noch andere Arbeiten "nebenher" auszuführen hat. Angst um den Arbeitsplatz, Mißtrauen untereinander und Verunsicherung durch Umsetzungen, beides durch Gerüchte wohldosiert ausgestreut, sorgen dafür für den nötigen Leistungsdruck.

Man sieht also: Auch für die Kapitalisten haben Krisenerscheinungen etwas Gutes, denn sie helfen trotz rückläufiger Produktion den Profit auf Kosten der an den Rohmontagebändern verbliebenen Kollegen nicht nur zu halten, sondern noch zu steigern. Und die Rationalisierung wird dabei trickreich voll auf den Knochen der Arbeiter durchgeführt.
Im Zuge dieser Rationalisierung hat die Geschäftsleitung noch weitere "einschneidende Maßnahmen" geplant, um den "lohnintensiven" Omnibusbau für die Kapitalisten noch rentabler zu machen. So sollen an den Montagebändern die Arbeitsplätze neu bewertet werden. Daß die Geschäftsleitung dabei nicht eine Besserstellung der Kollegen, sondern "notwendige, intensive Einsparungen" im Sinn hat, liegt klar auf der Hand. Ebenso sicher ist, daß diese "Einsparungen", die den Kollegen abgepreßt werden, sich als Profit in den Taschen der Kapitalisten niederschlagen.

Der Fehdehandschuh ist geworfen. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter das Duell aufnehmen. Dazu brauchen wir Einheit. Denn die Umsetzungen können ebenso wie der geplante Lohnabbau nur durch ein einheitliches Vorgehen von seiten der Arbeiter verhindert werden. Nicht Stillhalten und Abwarten wird uns weiterhelfen. Deshalb müssen Abteilungsversammlungen her, auf denen wir uns verständigen und einheitlich Schritte gegen die "einschneidenden Maßnahmen" der Kapitalisten beschließen können.

–Daimler-Benz-Betriebszelle Mannheim–

schließen können.
–Daimler-Benz-Betriebszelle Mannheim–

Festgeldforderung beschlossen

Vertrauensleutekörper der Sollinger Hütte beschließt Befragung der Kollegen über die Höhe einer linearen Forderung

In der letzten Zeit habe ich mich oft mit den Kollegen aus meiner Abteilung über die anstehende Tarifrunde unterhalten. Ich habe dabei die Meinung vertreten, daß wir bei der Lohnforderung die Höhe daran messen müssen, was wir brauchen und daß lineare Lohnforderungen richtig sind, weil für alle Kollegen die Preissteigerungen gleich sind und nur eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich die weitere Spaltung zwischen den einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen verhindern kann.

Neulich traten einige Kollegen an mich heran und sagten, daß sie der Meinung wären, daß eine Forderung von 1,20 DM auf jede Lohngruppe pro Stunde richtig wäre. Weiter sagten sie, daß die Preise sowieso steigen, ob nun die Arbeiter hohe oder niedrige Forderungen stellen, und man deshalb nur davon ausgehen kann, was man braucht.
Im letzten Jahr haben einige Kollegen schon eine lineare Forderung vertreten, aber damals ist es dem Gewerkschaftsvertreter gelungen, den Vertrauensleutekörper auf einen prozentualen Beschluß festzulegen. Am 25. Oktober fand eine Vertrauensleutesitzung statt. Der einzige Tagesordnungspunkt waren die Metalltarifverhandlungen.
Der stellvertretende Sekretär der Verwaltungsstelle Göttingen, Rolf Schulze, war auch erschienen. Er hielt am Anfang eine kurze Rede, die damit endete, daß er behauptete, die meisten Betriebe der Verwaltungsstelle würden eine Prozentforderung beschließen. Lineare Forderungen würden auch zu einer Spaltung zwischen Hilfs- und Facharbeitern führen, da dann nach einem Abschluß die Facharbeiter sagen würden, sie hätten ja doch nur 4 oder 5 Prozent auf ihre Lohngruppe bekommen, und sich Facharbeiter deshalb von vorneherein gar nicht für lineare Forderungen einsetzen würden.
Bei diesen Worten erhob sich Protest unter den Vertrauensleuten. Einer sagte, daß man dieses Mal die Sache mit den prozentualen Forderungen auf keinen Fall mehr mitmachen wolle und daß man jetzt endlich eine lineare Forderung aufstellen müsse. In der folgenden Diskussion haben sich alle Kollegen für eine lineare Forderung ausgesprochen. Auf die Argumente Schulzes wurde gar nicht weiter eingegangen.
Die Vertrauensleuteversammlung faßte dann einen **einstimmigen** Beschluß, daß auf der Sollinger Hütte eine lineare Forderung aufgestellt werden soll. Es erhob sich dann die Frage nach der Höhe der Forderung. Ein Betriebsratskollege machte den Vorschlag, eine Forderung in Höhe von 12 % auf den Ecklohn (etwa 1 DM) aufzustellen und dann bei mindestens 10 % (etwa 75 bis 80 Pfennig) abzuschließen.
Über diesen Vorschlag wurde nicht diskutiert. Stattdessen sagte ein anderer Kollege, daß man die Kollegen im Betrieb befragen muß, welche Höhe eine lineare Forderung zur Lohntarifrunde haben muß. Dem stimmten die anderen Vertrauensleute in der Diskussion zu und begründeten das damit, daß sie von den Kollegen gewählt worden seien, um deren Interessen zu vertreten. Deshalb könnten sie nichts beschließen, ohne die Kollegen gefragt zu haben.

Schulze versuchte noch einmal, die lineare Forderung zu verhindern und sagte, die Sollinger Hütte habe in der Tarifkommission mit ihrer linearen Forderung sowieso keine Chance, da alle anderen Betriebe Prozentforderungen aufstellen würden, das sei bisher immer so gewesen.
Der Vertrauensleutekörper faßte den **einstimmigen** Beschluß, die Kollegen zu befragen. Die Ergebnisse sollen auf der nächsten Vertrauensleutesitzung zusammengetragen werden, um dann einen Beschluß über die Höhe einer linearen Forderung zu fassen.
Es wird aber nicht ausreichen, daß wir eine gute Forderung aufstellen. Zugleich müssen wir uns darüber klar werden, wie wir unsere Forderung auch durchsetzen können. Freiwillig werden die Kapitalisten nie auf unsere Forderungen eingehen, sondern nur dadurch, daß wir sie zwingen. Deshalb müssen wir Kampfmaßnahmen vorbereiten. Es wäre gut, wenn auf der Vertrauensleuteversammlung beschlossen wird, daß jeder Vertrauensmann in seiner Abteilung mit seinen Kollegen über die notwendigen Kampfmaßnahmen redet und daß dann ein Beschluß darüber gefaßt wird.

– S.B., Uslar –

Ford:

Schon wieder Kurzarbeit

Köln. Knapp einen Monat nach der letzten Kurzarbeit wird im Hauptwerk in Niehl schon wieder die Arbeit ruhen.
Waren es im Oktober "nur" 7 Tage – vom 1. bis 7.10. – , so trifft es diesmal zirka 13 000 Kollegen schon für 10 Tage, vom 4. bis 15.11. Diesmal ist angeblich im Chassis- und Getriebe-Bereich keine Arbeit da.
Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im September wurde mit großem Tam-Tam der Widerstand des Betriebsrates gegen die Kurzarbeit im Oktober angekündigt. Diesem Widerstand haben sich die Kapitalisten inzwischen "gebeugt". Damals hatte der Betriebsrat gegen die Begründung, die Kurzarbeit sei nötig wegen des Streiks in England, Einspruch erhoben. Die Kapitalisten zogen es daraufhin zunächst vor, diese Kurzarbeit so nicht anzumelden. Der Preis, den der Betriebsrat für diesen als Werbung eingesetzten "Sieg" bezahlt hat: Zustimmung zur Kurzarbeit im Oktober, November und wahrscheinlich auch im Dezember.

–H.O., Köln–

Auch Angestellte werden verstärkt ausgepreßt

Nach einer Mitteilung der Ford-Vertrauenskörperleitung wird jetzt auch im Angestelltenbereich massiv mehr Leistung aus den Kollegen herausgepreßt: Nach der Methode Zuckerbrot und Peitsche werden Kollegen entweder unter diskretem Hinweis auf ihr Zeugnis oder unter Anspielung auf die "schwierige wirtschaftliche Situation" dazu gebracht, Überstunden zu fahren. Der Pferdefuß dabei ist, daß diese Arbeitszeit weder als Überstunde angerechnet wird noch bezahlt wird.
Die sauberen Herren Abteilungsleiter haben sich etwas Besonderes ausgedacht: Die Überstunden sollen "abgefeiert werden, wenn sich die Lage wieder normalisiert hat". Das heißt, wenn also die Personalknappheit beseitigt ist.

In dieser Situation, wo für die Angestellten Arbeit im Überfluß da ist, passiert aber gleichzeitig folgendes:
1. Im Angestelltenbereich sind in Niehl von Januar bis August 1974 über 200 Kollegen ausgeschieden, ohne ersetzt zu werden.
2. Auch Angestellten-Abteilungen sind von der November-Kurzarbeit betroffen.

–O.N., Köln–

Lohndrückerei mit abgefeimten Methoden

Schlepperfabrik John Deere Mannheim:

Mannheim. Bei John Deere wird zur Zeit auf Hochtouren geschafft, durchschnittlich 9 bis 10 Stunden pro Tag. Die John-Deere-Kapitalisten kommen mit den Aufträgen kaum noch nach. Seit einigen Monaten treiben sie es allerdings besonders dick: Sie nutzen die allgemein wirtschaftlich unsichere Lage aus, um mit allerlei Tricks die Löhne zu senken.
Da kamen z.B. vor einigen Wochen die Zeitnehmer in die Härterei und nahmen eine ganze Woche lang Überprüfungen am großen Ofen vor. Dem Betriebsrat sagten die Herren, es würde bei der Abnahme gar nicht um die Zeiten gehen, sondern um die Faktoren (Festlegung der Lohngruppe) für die einzelnen Stücke. Die Arbeit wäre ja sehr schwer, da müßte man die Faktoren doch heraufsetzen. Einige Wochen später waren eine Menge Minuten weniger als sonst auf der Lohnabrechnung – zu deutsch gesagt: das Ganze war ein dickes Betrugsmanöver, um in Ruhe die Zeiten stoppen zu können und die Vorgabezeiten zu kürzen und so die Löhne zu senken.
Einen anderen Trick machen sie in der Gießerei: Da werden zur Zeit am laufenden Band Kollegen wegen "häufiger Fehlzeiten", also Krankheit, gekündigt. Und wenn dann die neuen kommen, haben sie plötzlich niedrigere Lohngruppen oder schlechtere Vorgabezeiten. Meistens sind das Türken in der Gießerei, denn die "kapieren sowieso nicht, was los ist", wie das die Abteilungsleiter zynisch ausdrücken.
Und wenn einer motzt wegen dieser Sauereien oder nicht "schnell genug" schafft, dann haben die Meister zur Zeit ein Standard-Sprüchlein, und das lautet: Paß bloß auf! Draußen vorm Tor warten schon 50 andere auf deinen Arbeitsplatz.
Viele Kollegen trauen sich deswegen, wenn sie krank sind, nicht einmal mehr, von der Arbeit wegzubleiben, und schaffen trotz Krankheit weiter. So haben es die John-Deere-Kapitalisten mit ihren Drohungen und Kündigungen wegen Krankheit geschafft, den Krankenstand, der vor einem halben Jahr noch 9,2 % betrug, auf 3,6 % zu senken.
Wie das dann aussieht, hat uns eine Kollegin erzählt, die in einem Röntgeninstitut arbeitet: Immer wieder kommen da Kollegen, die wirklich ernsthaft krank sind, aber die sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, sich krankschreiben zu lassen, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Vor allem bei Ausländern ist das so. Von einem Fall hat sie erzählt, einem türkischen Arbeiter, der einen Magendurchbruch und natürlich unglaubliche Schmerzen hatte. Diesen Kollegen mußten sie fast gewaltsam ins Krankenhaus transportieren. Denn der beteuerte die ganze Zeit nur: "Chef schmeißt mich raus, wenn ich krank bin", und wollte absolut nicht ins Krankenhaus.

John-Deere-Zelle Mannheim

Salzgitter AG – Peine

Die Forderung des Vertrauensleutekörpers hieß: 200 DM mindestens. Die Tarifkommission stellte für die Stahl-Tarifrunde dieses Werks aber eine 14 %-Forderung wie die Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen auf.



Schwere Arbeitshetze am Band bei Opel

Erneut Massenentlassungen bei Opel

3000 Arbeiter sollen auf die Straße gesetzt werden

Rüsselsheim. Nachdem erst im Sommer dieses Jahres Massenentlassungen vorgenommen wurden, sollen nun bis Ende November bzw. Dezember wiederum 3 000 Arbeiter und Angestellte aus den Opelwerken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern auf die Straße geworfen werden.

Die Abfindungssumme, mit der diese üble Aktion übertüncht werden soll, beträgt je nach Alter 5 500 bis 7 000 DM, wobei Angestellte, die monatlich über 2 000 DM netto verdienen, 6 000 bis 8 000 DM erhalten. Das Weihnachtsgeld für 1974 soll auch für die Entlassenen ausgezahlt werden.
Neben diesen 3 000 Arbeitern sollen zusätzlich noch 1 500 Arbeiter, die über 60 Jahre alt sind, den kaum erfolgreichen Weg zum Arbeitsamt gehen. Von der Arbeitslosigkeit sind in Rüsselsheim in erster Linie die älteren Arbeiter betroffen.

Kurz vor den im August getätigten Massenentlassungen gaben sich die Opel-Kapitalisten optimistisch. Sie erklärten, daß Entlassungen nicht notwendig seien. Drei Tage vor Bekanntwerden der anstehenden Entlassungen äußerte die Opel-Pressestelle: "An eine Ablöseaktion wie bei VW denke man derzeit nicht." (nach Mainspitze, 2./3.11.)
Bevor die Entlassungen anstanden, rechtfertigten die Opel-Kapitalisten die Kurzarbeit, die nun schon einige Wochen durchgeführt wurde, mit dem Hinweis, daß dies eine notwendige Maßnahme sei, Entlassungen zu verhindern.

–KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim–

Die Empfehlung des ÖTV-Hauptvorstands: 6 Prozent und 50 DM Sockel

Der Spaltung begegnen!

Im öffentlichen Dienst ist es wieder so weit. Die Beschäftigten müssen sich auf den Lohnkampf vorbereiten gegen den öffentlichen Arbeitgeber, während der Hauptvorstand der ÖTV wilde Kapriolen schlägt und den Aufbau einer geschlossenen Kampffront stört. Die Beschäftigten mühen sich, ihre Millionenzahl um ein einheitliches Ziel zu scharen. Der Hauptvorstand sucht sich freie Hand zu schaffen.

Ende August war in einer öffentlichen Verlautbarung des Hauptvorstandes noch von "breiter Diskussion" die Rede. Im Oktoberheft des ÖTV-Magazins schreibt Kluncker, es sei viel zu früh, über Forderungen zu orakeln. Für den 26. November wird plötzlich die große Tarifkommission zusammengerufen, um eine Forderung zu "erstellen". Am 5. November läßt der Hauptvorstand die Katze aus dem Sack. 6 Prozent, 50 DM Sockelbetrag, 300 DM Urlaubsgeld, für jedes Kind soll sich das Urlaubsgeld um je 50 DM erhöhen. Das ist seine Empfehlung an die große Tarifkommission.

Diese Empfehlung wird unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst keinen Freudenschrei auslösen, sondern Proteste. Diese Forderung ist unerträglich für alle Beschäftigten, nicht bloß zu niedrig, sondern in jeder Hinsicht spalterisch. Es handelt sich um eine Morgengabe an die Schmidt/Genscher-Regierung, und zwar auf Kosten der Lohnabhängigen.

Es kann jetzt schon gesagt werden, daß die SPD/FDP-Regierung dem Liebeswerben des ÖTV-Hauptvorstandes die kalte Schulter weisen wird. Einerseits, damit der Eindruck vermieden wird, es handle sich um ein abgekartetes Spiel von SPD-Parteifreunden, andererseits, weil die Dienstfertigkeit des ÖTV-Hauptvorstandes zum Griff in die Taschen der Lohnabhängigen geradezu auffordert. Die Regierung ist eine bürgerliche Regierung. Dieser Staat ist ein bürgerlicher Staat. Eine Möglichkeit, die Lohnabhängigen auszuplündern, werden sie auslassen. Selbst um diese jämmerliche Forderung wird es Streit geben. Der Hauptvorstand hat mit seiner Empfehlung den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die Flanke aufgerissen.

Man sieht: Auflaufen werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn sie dem Hauptvorstand das Ruder überlassen. Dementsprechend haben viele Belegschaften keineswegs abgewartet, sondern Forderungen beschlossen, "orakelt", wie Heinz Kluncker das beurteilt. Die von den Belegschaften bislang aufgestellten Forderungen sind durchweg in Festgeldbeträgen und den Vorstellungen des Hauptvorstandes entgegengesetzt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind die letzten Jahre aus Schaden klug und ziemlich selbständig geworden.

Bloß muß man jetzt darauf achten, daß die Aufmerksamkeit der Belegschaften sich nicht auf die bloße Ablehnung der spalterischen Forderungen des Hauptvorstandes konzentriert. So daß dann im wesentlichen Protestbriefe geschrieben werden, daß es so nicht geht. Während der Ärger schwelt, hat der Hauptvorstand dann Gelegenheit, über die Forderungen der Beschäftigten zu verbreiten, was ihm paßt. Man darf sich jetzt nicht ablenken lassen, sondern muß alle Anstrengungen fortsetzen, die Forderung zu finden, die geeignet ist, die Beschäftigten fest zusammenzuschließen. Denn es wird die öffentliche Hand nicht zahlen wollen, und wenn man blanken Lohnabbau verhindern will, muß eine feste Front aufgebaut werden.

Und hier gibt es Probleme. Die richtige Forderung herauszufinden, das geht bloß in Beratungen aller Beschäftigten, und die brauchen Zeit, die der Hauptvorstand nicht lassen will. Am besten geht es noch, wenn man nicht nur die Forderung berät, sondern auch gleich Maßnahmen, die geeignet sind, sie durchzusetzen. Zum Beispiel Kundgebungen, Straßendemonstrationen. Oder auch Leserbriefaktionen an die Zeitungen, wo klargestellt wird, daß es den Beschäftigten im öffentlichen Dienst keineswegs glänzend geht und die Empörung über Zustände im öffentlichen Dienst sich an eine andere Adresse richten soll als ausgerechnet an die Beschäftigten, die auch darunter leiden. Oder meint wer, daß es den Trambahnfahrer freut, wenn die Bahn völlig überfüllt ist? Oder eine Krankenschwester, die nicht die Zeit findet, ihre Patienten ordnungsgemäß zu versorgen?

Diese Sache muß man vom Betrieb, vom Amt, von der Dienststelle her anpacken. Rasch muß die Diskussion in Beschlüsse zusammengefaßt werden, und diese Beschlüsse dürfen nicht nur der Kreisverwaltung, sondern müssen auch der großen Tarifkommission zugeleitet werden. Gleichzeitig soll in diesen Beschlüssen enthalten sein, daß die große Tarifkommission vielleicht im einzelnen anders entscheiden mag, aber jedenfalls so entscheiden muß, daß kein Kollege unter 200 DM abschneidet. Manche werden sagen: Diese Forderung ist sogar als Minimalforderung noch niedrig. Das ist zweifellos richtig. Man kann sich aber angesichts des spalterischen Vorschlags des Hauptvorstandes nicht in den Schmollwinkel zurückziehen und den Kampf um die offizielle Forderung aufgeben. Man muß den Kampf um die offizielle Forderung aufnehmen gegen die Linie der Spaltung. Dazu braucht man eine Forderung, auf die sich alle konzentrieren können, für die alle eintreten können, weil sie das mindeste ist, was alle brauchen.

– M.F. –



Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben in diesem Jahr schon einmal ihre Kampfbereitschaft bewiesen.

Wie der Hauptvorstand der ÖTV seinen Kniefall vor der Schmidt/Genscher-Regierung vorbereitet

"Über Art und Höhe der Forderungen werden die zuständigen Gremien der Gewerkschaft ÖTV zu einem von ihnen noch zu bestimmenden Zeitpunkt beraten. Vor einer endgültigen Beschlußfassung wird zudem den betroffenen Mitgliedern Gelegenheit gegeben, in einer breit angelegten Diskussion ihre Wünsche und Forderungen zur Geltung zu bringen. Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand." Pressestelle der ÖTV in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. August 1974.

"Noch liegen keine Daten vor, die uns eine zuverlässige Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1974 und der möglichen Tendenzen für das Jahr 1975 gestatten. Es ist deshalb viel zu früh, bereits jetzt über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der kommenden Tarifrunde zu orakeln." Kluncker im ÖTV-Magazin Oktober 1974.

"Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV wird am 26. November zu ihrer nächsten Sitzung zusammenkommen. Auf dieser Sitzung wird aller Voraussicht nach die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife beschlossen werden. Des weiteren wird die Tarifkommission auch die Forderungen für die künftigen Tarifverhandlungen erstellen. Diese frühzeitige Erstellung der Forderungen war bisher nicht eingeplant. Durch besondere Umstände wird jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach so verfahren werden müssen. Es bleibt daher keine große Zeitspanne mehr, um die Diskussion über Art, Umfang und Zusammensetzung der Forderungen für diese Tarifaktion führen zu können." ÖTV-Aushang vom 5. November, Städtisches Krankenhaus Mannheim

6 Prozent, 50 DM Sockelbetrag, 300 DM Urlaubsgeld, für jedes Kind soll sich das Urlaubsgeld um je 50 DM erhöhen. Empfehlungen des ÖTV-Hauptvorstandes vom 5. November laut Rundfunknachrichten.

Die ÖTV-Tarifrunde richtig vorbereiten!

Bremen. Die ÖTV-Betriebsgruppe am Finanzamt Bremen hat die Forderung nach 11 % und 180 DM mindestens beschlossen.

Die ÖTV-Vertrauensleute der Bremer Universitätsverwaltung haben zur Durchsetzung der Forderungen folgende Schritte beschlossen:

1. Der Kreisvorstand wird aufgefordert, ein Flugblatt herauszugeben, in der der Hetze gegen die Lohnforderungen im öffentlichen Dienst entgegengetreten wird.
2. Die Vertrauensleute werden aufgefordert, in ihren Bereichen Wandzeitungen und Informationsstände zur Tarifrunde zu fertigen.
3. Der Kreisvorstand Bremen wird aufgefordert, noch vor der Sitzung der großen Tarifkommission eine Versammlung aller ÖTV-Vertrauensleute einzuberufen, um eine Forderung zu beschließen.
4. Der Kreisvorstand Bremen wird aufgefordert, eine Veranstaltung zur Tarifrunde durchzuführen zu dem Thema "Machen Lohnerhöhungen den Staat bankrott?". Vertreter der großen Tarifkommission sollen eingeladen werden.
5. Die Beschlüsse der Vertrauensleute an der Universität Bremen sollen allen anderen Betriebsgruppen im öffentlichen Dienst weitergeleitet werden.

Hamburg. Im Allgemeinen Krankenhaus Eilbek verschickte der Vertrauensobmann der ÖTV statt einer Einladung die Bekanntmachung, daß die für den 31.10. vorgesehene Mitgliederversammlung auf den 14.11. verschoben werden mußte. Als Begründung wurde angegeben, daß bis dahin die ÖTV Material vorlegen wolle, auf dessen Grundlage die Forderung besser diskutiert werden kann. Mit einer ähnlichen Begründung wurde im Krankenhaus St. Georg eine Mitgliederversammlung auf die Zeit nach dem 8.11. angesetzt.

Am 8. November spricht Kluncker vor Hamburger Vertrauensleuten und will Richtlinien für die Tarifrunde vorlegen.

Vertrauensleute lehnen Empfehlung des Hauptvorstands ab

Mannheim. Der Vertrauensleutekörper der Stadtsparkasse Mannheim beschloß am 5. November für die Tarifrunde folgende Forderung:
250 DM
2 Tage mehr Urlaub
Urlaub nach Altersgruppen
rückwirkend 300 DM Urlaubsgeld und ab 1. Januar 350 DM Urlaubsgeld
für alle Auszubildenden 650 DM und das gleiche Urlaubsgeld
die Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen auf 26 DM.
Die Vertrauensleute wandten sich in einem Telegramm an den Hauptvorstand gegen den Vorschlag des Hauptvorstandes von 6 Prozent und 50 DM.

Oldenburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Oldenburg hat am 1.11. über die Tarifrunde beraten und Beschlüsse gefaßt, die im wesentlichen mit den Forderungen der Uni Bremen übereinstimmen:

- 260 DM
- Urlaubsgeld von 300 DM rückwirkend ab 1.1.1974
- Urlaubszeitforderung: bis zum 30. Lebensjahr 24 Tage, bis zum 40. Lebensjahr 28 und nach dem 40. Lebensjahr 30 Urlaubstage
- keinerlei Schlichtungsordnung
- Streikrecht für Beamte.

Die Forderungen sollen noch in den einzelnen Arbeitsbereichen diskutiert werden, bevor sie endgültig verabschiedet werden Zur Herstellung einer breiten Front fordert die Mitgliederversammlung die Kreisverwaltung der ÖTV auf, eine Mitgliederversammlung aller von der Lohnrunde betroffenen Abteilungen einzuberufen.

Dortmund. Die ÖTV-Abteilung Gemeinden beschloß auf einer Mitgliederversammlung, daß eine Festgeldforderung gestellt werden soll. 150 Kollegen waren anwesend.

Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Singen der ÖTV am 16. Oktober

Trotz Einladung nur einen Tag vorher und nicht einmal an alle Mitglieder waren gut 70 Leute da, zum überwiegenden Teil Arbeiter und niedere Angestellte, von den hohen Beamten nur einer oder zwei. Insgesamt Mitglieder in Singen: 400 bis 500.
Mit großer Einhelligkeit wurde als Forderung beschlossen: Unbedingt Festgeldbetrag und Urlaubsgeld. 200 DM mindestens und 400 DM Urlaubsgeld. Gut ist, daß wir eine zweite Mitgliederversammlung im Dezember vereinbarten, zu diesem Thema. Auf der Kreisdelegiertenversammlung am 26. Oktober wurde eine Forderung von 170 DM und 9 % und 200 DM Urlaubsgeld.

300 Mark Festgeld

Konstanz. Am 24.10.1974 fand eine Mitgliederversammlung des ÖTV-Ortsvereins Konstanz statt. Es waren 60 Kollegen anwesend. Nach ausführlicher Diskussion wurden folgende Forderungen verabschiedet:

- Monatlich **300 DM mehr für alle.**
- Alle Lehrlinge im Öffentlichen Dienst sollen einen **Existenzlohn von 600 DM** erhalten.
- Für alle wird ein **Urlaubsgeld von 300 DM** gefordert.
- Die Lohngruppen, die in der letzten Tarifrunde nur 161 DM statt **der vollen 170 DM erhalten haben, müssen zum Ausgleich ab 1.1.1975 zusätzlich** zu den **300 DM** für alle noch **10 DM** bekommen.
- Der neue Tarif soll **unverzüglich** nach Abschluß der Verhandlungen **ausgezahlt werden.**

Klavierfabrik Steinway:

Der Streik geht weiter

Hamburg. Am Mittwoch, dem 30. Oktober traten die Kollegen der Hamburger Klavierfabrik Steinway in den unbefristeten Streik. Vorausgegangen war eine gewerkschaftliche Urabstimmung. 94,5 % der Belegschaft hatten sich gegen das letzte Kapitalistenangebot von 8,4 % und damit für den unbefristeten Streik entschieden. Der Streik der Steinway-Belegschaft für mehr Lohn ist die richtige Antwort auf die Verschleppungstaktik der Holzkapitalisten.

Der Lohntarifvertrag lief am 30. September aus. Verhandlungen am grünen Tisch führten bis jetzt zu keinem Ergebnis. Das wochenlange Feilschen um Beträge und höhere Prozente brachte auch in der fünften Woche keinen Erfolg. Zunächst versuchten die Holzkapitalisten, den Lohntarifvertrag um ein Vierteljahr zu verlängern und dies mit einer Abschlagszahlung von 300 Mark den Kollegen schmackhaft zu machen. Als die Kapitalisten bei der Belegschaft hiermit Schiffbruch erlitten, setzten sie den Kuhhandel mit anderen Mitteln fort. 6,3 %, dann 7,8 %, zuletzt 8,4 %.
Die Kapitalisten versuchen offensichtlich mit Gewalt, einen niedrigen Abschluß "deutlich unter 10 %" (Wirtschaftsinstitute über Lohnforderungen) herbeizuführen. Dabei schrecken sie vor Erpressungsversuchen nicht zurück. Der Präsident dieser weltbekannten Konzertflügel- und Klavierfabrik, Henry Steinway, flog angeblich eigens aus New York herbei und drohte, die Produktion nach Amerika zu verlegen (Bild-Zeitung, 1.11.74).

Die Steinway-Arbeiter nehmen diese Drohungen nicht allzu ernst. Erstens beliefert das Hamburger Werk mit seinem hohen Exportanteil (über 50 %) den europäischen, australischen und asiatischen Erdteil. Dieser Markt müßte dann ausschließlich von den amerikanischen Werken bedient werden. Zweitens wäre eine Produktionsverlagerung in die USA mit erheblichen Qualitätsminderungen verbunden. Die Schließung der Hamburger Fabrik würde also in jedem Fall hohe Profitverluste bedeuten.
Ebenfalls in "Bild" vom 1.11.74 wurde verbreitet, der bisherige Durchschnittslohn liege bei 2 000 Mark. Nach dem jetzt ausgelaufenen Tarifvertrag beträgt der Facharbeiterlohn 8,29 Mark. Alle weiteren Verdienste sind Firmenzuschläge, die nicht tarifvertraglich abgesichert sind oder in Akkordarbeit bezahlt werden.
Beim Wort Steinway denken die Kollegen nicht an Beethoven oder Mozart, für sie bedeutet Steinway harte Arbeit bei hohen Akkorden, Maschinenlärm und schlechten Belüftungsanlagen –Zelle Steinway, Hamburg–



Die Einheit der Arbeiterklasse kann nur hergestellt werden, wenn die Spaltung zwischen den Geschlechtern innerhalb der Arbeiterklasse aufgehoben wird. Daß die Kapitalisten alles daran setzen, diese Spaltung aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, konnte man jüngst wieder an einer Statistik des Statistischen Landesamtes Bremen ablesen. Danach verdienten im Jahre 1972 Männer im "produzierenden Gewerbe" Bremens brutto 48 % im Durchschnitt mehr in der Stunde als ihre Kolleginnen.
Selbst ein ungelernter Arbeiter verdiente noch 10 % mehr als eine vollausgebildete Facharbeiterin (12 zu 6,52). Diese Zahlen strafen die plumpe Behauptung, die Ungleichheit läge an der geringeren Qualifikation der Frauen Lügen. Im Vergleich zu 1966 ist der Abstand zwischen den Durchschnittslöhnen zwischen Frauen und Männern sogar noch um 5 % gewachsen.

Die willkürlichen Lohngruppenfestsetzungen der Kapitalisten treffen die Frauen insbesondere. Daß die von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung betriebene Lohnpolitik hier den Absichten der Kapitalisten entgegen gekommen ist, kann man sich leicht ausrechnen. Solange die Gewerkschaftsführung sich weigert, die ganze Arbeiterklasse unter Forderungen in den Kampf zu führen, die einen einheitlichen Kampf wirklich möglich machen, wird die objektive Spaltung eher zunehmen. Der Aufspreizung der Lohndifferenzen kann nur mit einheitlichen Festgeldforderungen Einhalt geboten werden.

Kindergeld für alle!

Gegen die ungerechte und diskriminierende Kindergeldsonderregelung für Ausländer in der Bundesrepublik haben sich in vielen Städten Komitees gebildet. Von der Tätigkeit eines solchen Komitees berichtet die folgende Korrespondenz aus Trier:

Am Samstag, dem 2. November fand in der Innenstadt Triers eine Standagitation gegen die Kürzung des Kindergeldes für Ausländer statt, die verbunden war mit kurzen Kundgebungen und einer Unterschriftensammlung. Unter den Forderungen:
Keine Verminderung des Kindergeldes für Ausländer!
Keine Diskriminierung der ausländischen Arbeiter!
Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!
hatten sich zwei Wochen vorher zahlreiche deutsche und ausländische Kollegen zusammengeschlossen.
In verschiedenen Sprachen wurden vor vielen Betrieben im Raum Trier Flugblätter verteilt. Höhepunkt der bisherigen Aktivitäten des Komitees war die Kundgebung am Samstag, auf der jeweils ein spanischer, türkischer, portugiesischer und jugoslawischer Kollegen sprachen. Der Hauptbeitrag wandte sich direkt an die deutsche Bevölkerung. Der Verlauf der Aktion und die Gespräche mit den Menschen zeigte, welche Widersprüche und Vorurteile unter den Meinungen der Massen gerade in dieser Frage noch vorhanden sind; doch konnten durch Überzeugung viele anfänglich ablehnend eingestellte Menschen für eine Unterschrift gewonnen werden. Insgesamt war die Zustimmung der Bevölkerung aber sehr groß, was man auch an den in kurzer Zeit gesammelten paar Hundert Unterschriften sieht.

–k.h., Sympathisantengruppe Trier–

Am Sonntag, dem 17.11. wollen die Kindergeldkomitees, die sich in zahlreichen Städten der BRD gebildet haben, in Frankfurt eine zentrale Demonstration durchführen.

Appell an den DGB

Mit einer Aufforderung, die für den 17. November in Frankfurt geplante Kindergelddemonstration zu unterstützen, hat sich das Internationale Kindergeld-Komitee Mannheim in einem offenen Brief an den DGB-Kreisvorstand Mannheim und den DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf gewandt. Darin heißt es u. a.:

Als Gewerkschaftsmitglieder und Betroffene sahen wir es als unsere Pflicht an, gegen die Spaltung der deutschen und ausländischen Arbeiter und gegen die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter durch das Kindergeldgesetz zu kämpfen. Wir, die hier versammelten ausländischen und deutschen Arbeiter erwarten von Euch, den verantwortlichen Kollegen im DGB, daß ihr gemäß dem Grundsatzprogramm des DGB, in dem gefordert wird: "inländische und ausländische Arbeiter im Arbeits- und Sozialrecht gleichzustellen", Eure bisherige Tatenlosigkeit aufgebt und den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Kindergeldgesetz organisiert.

Neckermann macht's möglich

Letzte Woche kam eine junge Frau zu mir in die Sprechstunde, die gerade entbunden hatte. Wir unterhielten uns über ihre momentane Situation und was sie in der nächsten Zeit machen will. Sie will aufhören zu arbeiten, damit sie heiraten und besser auf das Kind aufpassen kann. Direkt nachdem der Mutterschutz abgelaufen ist, will sie kündigen. Auf dem Personalbüro bei Neckermann, wo sie arbeitet, sagte ihr der Chef aber folgendes: Sie könne natürlich kündigen, wann und wie sie wolle, wenn sie aber vor Ablauf eines Vierteljahres nach Ende des Mutterschutzes kündige, müsse sie das ganze Mutterschutzgeld, das sie in den 14 Wochen bekommen hat, zurückzahlen. Damit schüchterte er sie so ein, daß sie wirklich vorhatte, erst in einem Vierteljahr zu kündigen. Denn das Geld hätte sie nicht zurückbezahlen können und gepfändet wollte sie auch nicht werden.

Aus dem Gesetz zum Mutterschutz geht aber einwandfrei hervor, daß es vom "Arbeitgeber" aus unzulässig ist, solche Bedingungen zu stellen. Und das wissen der Herr Neckermann und seine Personalchefs natürlich ganz genau. Sie probieren aber dennoch, jede Mark, die ihnen durch solche Gesetze verlorengeht, auf andere Art und Weise wieder hereinzuholen – und wenn sie den Kollegen ganz offen ins Gesicht lügen. Und gerade bei den Frauen, die eh schon am wenigsten verdienen, bei den Verkäuferinnen, die den ganzen Tag über hart arbeiten und fast nie über 600 oder 700 DM hinauskommen, bei diesen Frauen probiert es Herr, Neckermann getreu seinem Motto "Neckermann macht's möglich".

Weil das Gesetz zum Mutterschutz aber so gemacht ist, daß es den Herren wie Neckermann und anderen Burschen freie Hand läßt, wie sie damit umgehen, ist es richtig, eine ganz klare und unmißverständliche Forderung aufzustellen, die in dem Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten steht:
Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft; Fortzahlung des vollen Lohns. Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln. Der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden. Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten. Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf 6 Stunden. Zusätzlicher bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder.

–r.g., Mannheim–

Frische Luft nur auf WC

Ich arbeite als Maschinenschreiberin in einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft. Meine elf Kolleginnen, von denen einige schon seit über 10 Jahren für die Firma arbeiten, und ich sitzen in einem Großraumbüro an modernen Schreibtischen, zwischen sauberer und "pflegeleichter" Hydrokultur, und erinnern uns oft und gerne an die gute alte Zeit im alten Bürohaus. Dort saßen wir zu zweit oder zu dritt in kleinen Zimmern, die mit nicht ganz neuem Mobiliar ausgestattet waren, wo wir aber nach Belieben Fenster öffnen, Heizkörper auf- und zudrehen und unsere Arbeitsplätze mit Bildern und Blumen schmücken konnten.

Vor etwa drei Jahren zogen wir in das neue Bürohaus ein. Die Chefs haben Einzelzimmer, das übrige Personal sitzt in sogenannten Funktionsräumen, also Großraumbüros. So wurden wir, der Schreibdienst, zusammen mit einer anderen Abteilung in einen Raum, der sich über die gesamte Etage erstreckt, verfrachtet. Man stelle sich den Lärm allein unserer elekttrischen Schreibmaschinen, zwei Bandschreibern und einer Rechenmaschine vor! Auf den massiven Protest der Nicht-Schreiber wurde dann einfach eine Wand zwischen uns und die anderen eingesetzt. Nun hatten die ihre Ruhe, aber wir müssen nicht nur den Krach, sondern auch noch unmögliche Temperaturen aushalten! An manchen Tagen ist es nicht auszuhalten, und dann gehen wir abwechselnd auf die Toilette, um frische Luft zu schnappen – denn dort gibt es die einzigen Fenster, die man öffnen kann!

– ib, Frankfurt –

»Modernes Erziehungsgesetz«?

Noch mehr staatliche Bevormundung durch das neue Jugendhilfegesetz!

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Bundesregierung den Referentenentwurf für ein Jugendhilfegesetz (JHG) vorgelegt. Dieses JHG soll das alte Jugendwohlfahrtsgesetz ablösen, das nach offizieller Version "dem heutigen Verständnis von Jugendhilfe nicht mehr gerecht werden kann" (Begründung zum Referentenentwurf).
Demgegenüber will das JHG ein "modernes Erziehungsgesetz" sein und gibt sich auch dementsprechend fortschrittlich: "Erziehungsansprüche der jungen Menschen sollen durch Hilfen begründet, gesichert und durchgesetzt werden"; an anderer Stelle steht geschrieben, die Funktion der Jugendhilfe sei es, "den jungen Menschen zu befähigen, Abhängigkeiten zu erkennen, sie kritisch zu beurteilen und sich von ihnen zu befreien. . ."

Das hört sich an wie aus einem pädagogischen Lehrbuch abgeschrieben. In Wirklichkeit stellen solche Formulierungen in dem Gesetzentwurf den Versuch dar, das Bedürfnis der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Eltern nach Veränderung im Erziehungsbereich aufzugreifen und ihm scheinbar zu entsprechen. Dieses Bedürfnis hat sich in den vergangenen Jahren auch im außerschulischen Bereich immer mehr geäußert und fand seinen Niederschlag zum Beispiel in der Jugendzentrumsbewegung in allen Teilen Westdeutschlands, in den Kampagnen von Jugendlichen in Heimen gegen die dort herrschenden menschenunwürdigen Zustände, in der Bewegung unter Lehrlingen, in den Initiativen für Kindertagesstätten. Was allen diesen Menschen gemeinsam war, ist der Wille, die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. So leben beispielsweise im Georg-von-Rauch Haus in Westberlin rund 50 Arbeiterjugendliche seit nunmehr drei Jahren in Selbstorganisation zusammen, von denen viele vorher auf "Trebe" gewesen waren, das heißt ohne Unterkunft, aus Einrichtungen weggelaufen, von den Behörden herumgeschubst und beaufsichtigt.

Das Jugendhilfegesetz ist die zusammengefaßte Antwort des bürgerlichen Staates auf diese Entwicklung. Nach ihm werden eine schärfere Kontrolle und gezieltere Eingriffe der staatlichen Bürokratie als bislang im Bereich der außerschulischen Erziehung möglich sein. Das zeigt sich an zahlreichen Einzelvorschriften: Mit finanziellen Mitteln gefördert werden soll in Zukunft nur noch, wer die "Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit" bietet. Nach den Rebellionen der letzten Jahre soll die Jugendhilfe erneut auf die Position der "streitbaren Demokratie" verpflichtet werden. – Praktisch noch bedeutsamer ist, daß diejenigen Vereinigungen, welche gefördert werden wollen, eine "angemessene Eigenleistung" erbringen müssen. Das heißt in schlichten Worten: Geld bekommt nur, wer bereits über stattliche Summen verfügen kann. Es liegt auf der Hand, daß das gerade nicht auf Eigeninitiativen von Jugendlichen, wohl aber auf die angestammten Verbände wie Caritas, Arbeiterwohlfahrt usw. zugeschnitten ist. Davon werden vor allem die Kirchen profitieren.

Wo dies alles zur Ausschaltung mißliebiger Organisationen nicht ausreicht, wird nach dem neuen Gesetz der Begriff der "Fachlichkeit" herhalten müssen. Danach ist Jugendhilfe nur "auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesicherter Methoden . . . zu leisten". Wie so etwas unmittelbar zur politischen Disziplinierung dienen kann, mußte vor einiger Zeit der Bund Deutscher Pfadfinder erfahren. Dieser hatte auf den 10. Weltjuge ndfestspielen in Ostberlin eine Resolution unterzeichnet, in der das kapitalistische System der BRD kritisiert wurde. Daraufhin wurde vom Bundesjugendministerium mit dem Entzug jeglicher Förderungsmittel gedroht, weil gezweifelt werden müsse, "ob ein Jugendverband, der eine solche Erklärung veröffentlicht hat, noch von der notwendigen Fachlichkeit getragen sei".

An konkreter Hilfe für die vielen Tausende durch dieses kapitalistische System geschädigten Kinder und Jugendlichen wird sich dagegen nichts ändern. Darüber kann auch das fortschrittliche Wortgerassel im JHG nicht hinwegtäuschen: "Sozialtherapeutische Jugendheime", "Erziehungskurse", "Hilfen in Wohngemeinschaften", "Erstellung von Diagnosen und Gesämtplänen für jeden einzelnen Jugendlichen", all das sind Vorhaben, die ernsthaft noch nirgendwo erprobt und für die demnach auch keinerlei Vorkehrungen getroffen sind. Das JHG gibt denn auch mit keinem Wort an, wie man sich die Verwirklichung solch hochstehender Pläne denkt. So kann man davon ausgehen, daß diese "Neuerungen" in Wirklichkeit bloße Umbenennungen ein und derselben Sache darstellen werden. (Vor einigen Jahren etwa hat man auf diese Weise die Zuchthäuser "abgeschafft", indem man auch sie fortan Gefängnisse nannte.)

Ein großer Teil der Sozialarbeiter in den Ämtern und Einrichtungen der Jugendhilfe, die mit diesem Gesetz werden arbeiten müssen, hat das JHG bereits als das erkannt, was es ist: nämlich ein schön und kunstvoll verpacktes zusätzliches Instrument staatlicher Bevormundung und Gängelei. Wie wenig sich der bürgerliche Staat noch auf die uneingeschränkte Zustimmung der innerhalb seines Apparates arbeitenden Menschen verlassen kann, wurde vor kurzem deutlich: Der 5. Deutsche Jugendhilfetag, zu dem rund 3 000 Sozialarbeiter aus ganz Westdeutschland erwartet wurden und in dessen Mittelpunkt die breite Erörterung (und Absegnung) des JHG stehen sollte, wurde mit fadenscheinigen Begründungen abgesagt.

Es ist daher umso notwendiger, alle anderen Hebel – insbesondere die gewerkschaftlichen Fachgruppen – zu benützen, um das Jugendhilfegesetz zu kritisieren und gegen seine Verabschiedung und Anwendung Stellung zu nehmen. Auch wenn es nicht gelingt, die voraussichtlich in dieser Legislaturperiode noch anstehende Verabschiedung des Jugendhilfegesetzes zu verhindern, ist es unbedingt notwendig, gegen das Gesetz aufzutreten. Es wird damit eine Frontlinie aufgebaut, an der unvermeidlich sich Auseinandersetzungen entzünden werden.

Die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen stehen im Widerspruch zur staatlichen Jugendbürokratie. Und es ist gut, wenn daraus nicht vereinzelte ohnmächtige Rebellionen aufflackern, sondern der Widerstand gegen die gesamte Jugendpolitik der bürgerlichen Klasse zusammengefaßt wird. Das aber ist keine Sache allein der Jugendlichen mehr, sondern es ist eine Sache der Arbeiter insgesamt, was aus dem Nachwuchs ihrer Klasse wird. Darum ist es richtig, wenn die Gewerkschaften mit dieser Frage befaßt werden.

–ol (GUV Kiel), Sektion Klassenjustiz / W.M.–

Nochmals zu den Landtagswahlen:

Was zeigt die Untersuchung der Wahlergebnisse ?

Der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitees hat in der Kommunistischen Volkszeitung Nr.22 bereits zu den hessischen Landtagswahlen Stellung genommen. Diese Stellungnahme wurde verfaßt, bevor die Wahlergebnisse im einzelnen ausgewertet werden konnten. Auf Grund der Einzelergebnisse kann diese Stellungnahme ergänzt werden.

Konzentration der Stimmen auf CDU und SPD

In der Krise von 1966/67 hat die NPD in zahlreichen Landtagswahlen große Stimmengewinne verbuchen können. Kaum gegründet, ist sie 1966 bei den hessischen Landtagswahlen in den Landtag gekommen. Bei den hessischen Landtagswahlen von 1970 hat die NPD 94 531 Stimmen gewonnen. Das reichte zwar nicht mehr zum Einzug in den Landtag, bedeutete aber immer noch einen Stimmenanteil von 3 %. In den Landtagswahlen von 1974 hat die NPD weitere 61 916 Stimmen verloren und mit 32 615 Stimmen nur noch einen Stimmenanteil von 1 % erreicht. Die CDU/CSU hat also die NPD geschluckt und den Einfluß dieser Partei gebrochen.

Entsprechend ist auf der anderen Seite der Einfluß der DKP zurückgegangen. Hatte diese in den Landtagswahlen von 1970 36 712 Stimmen und einen Stimmenanteil von 1,2 % erhalten, so hat sie 1974 nur noch 28 626 Stimmen erhalten und einen Stimmenanteil von 0,9 %.
Die NPD und die DKP haben also an Einfluß verloren, zugunsten der beiden großen bürgerlichen Parteien, an deren Flügeln sie sich jeweils angesiedelt hatten.

Die FDP wird zwischen der CDU und der SPD zerrieben

In den Landtagswahlen von 1970 hatte die FDP 316 270 Stimmen erhalten. Das bedeutete einen Stimmenanteil von 10,1 %. 1974 hat die FDP nur noch 238 265 Stimmen erhalten. Sie hat also 2,7 % verloren und ihr Stimmenanteil beträgt heute nur noch 7,4 %. Die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien verläuft heute also vor allem zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien, der CDU und der SPD, und zwischen diesen beiden bürgerlichen Parteien gibt es immer weniger Platz für eine weitere bürgerliche Partei.

In der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Regierung und parlamentarischer Opposition entwickelt sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Opposition

Wenn sich die Lage für die werktätigen Massen verschlechtert, aber erst ein kleiner Teil der Arbeiterklasse beginnt, mit den herrschenden Verhältnissen radikal zu brechen, selbständig politisch Stellung zu nehmen und sich als selbständige politische Partei gegenüber allen bürgerlichen Parteien zu organisieren, dann verschieben sich innerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform die Kräfteverhältnisse zwischen den bürgerlichen Parteien gewöhnlich zu Gunsten der parlamentarischen Opposition. Diese tritt als Anklägerin auf, während die Regierungspartei die Lage beschönigt. Ist die Lage schlecht, dann hat es der Ankläger leichter als der Verteidiger. Natürlich klagt die CDU nicht den Kapitalismus und die Herrschaft der Kapitalistenklasse an. In deren Verteidigung sind sich die bürgerlichen Parteien einig. Die Opposition nennt jedoch einige Dinge beim Namen und dadurch kann sie Wähler gewinnen, die über diese Dinge bereits empört sind, ohne mit dem Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie bereits brechen zu wollen.

Bei dieser Entwicklung zugunsten der parlamentarischen Opposition, gegenwärtig zugunsten der CDU/CSU, handelt es sich natürlich nicht um ein Naturgesetz: Sobald die Arbeiterklasse beginnt, sich im Klassenkampf um ihren Vortrupp, die Kommunistische Partei, zu sammeln, wird dieses Gesetz durchbrochen und an die Stelle der Polarisierung zwischen den bürgerlichen Parteien in den parlamentarischen Wahlen bei gleichzeitiger Kumpanei zwischen den Wahlen tritt die Polarisierung der Klassen, der Kapitalistenklasse auf der einen Seite und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite, auch in den parlamentarischen Wahlen.

In der Praxis rücken SPD und CDU/CSU zusammen und gehen gemeinsam nach rechts. In den Wahlen stellen sie sich als Alternativen dar.

Unmittelbar nach den Wahlen sind die Parteien weiter zusammengerückt. Haben große Teile der Arbeiterklasse die SPD in Hessen noch einmal gewählt, um einen Sieg von Dregger zu verhindern, so geht die SPD-Spitze nach den Wahlen noch klarer nach rechts. Den Absichten, die die Wähler durch ihre Stimmen ausdrücken wollen, entspricht in der Praxis der bürgerlichen Parteien nichts:
Wollen die Arbeiter, die die SPD wählen, die Reaktion der Kapitalistenklasse bekämpfen, so ist die SPD in der Praxis gerade ein Hebel dieser Reaktion. Wollen die Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, die die CDU/CSU wählen, gegen die Verfilzung der SPD mit dem bürgerlichen Staatsapparat und mit der Kapitalistenklasse protestieren, so gehen sie Demgaogen in die Falle, die einen Austausch der Figuren wollen, aber keinerlei Veränderung der Verhältnisse.

Einstweilen können die CDU/CSU und die SPD die Polarisierung zwischen den Klassen im Wahlkampf noch auffangen.

Die Verschlechterung der Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft ruft zahlreiche Widerstandsaktionen der Arbeiter und des Volkes hervor. Die Kämpfe gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nehmen zu. Noch aber richten sich diese Kämpfe gegen die einzelnen Kapitalisten oder im Tarifkampf gegen die Kapitalistenverbände einzelner Branchen. Noch tritt die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse nicht geschlossen entgegen mit Forderungen, die Klasseninteresse gegen Klasseninteresse stellen: mit Forderungen nach gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit, nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Bezahlung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit, nach Aufhebung aller Einschränkungen der Rechte des Betriebsrates usw.
Entsprechend nehmen an den Kämpfen gegen politische Maßnahmen des bürgerlichen Staates, zum Beispiel gegen die Erhöhung von Gas- und Strompreisen oder gegen die Vernichtung der Umwelt zwar zahlreiche Arbeiter teil, die Arbeiterklasse übernimmt in diesen Kämpfen jedoch noch nicht die Führung und verbindet sie noch nicht mit dem wirtschaftlichen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf. Weil die gegenwärtigen Verhältnisse noch nicht in großem Umfang zu einer politischen Konfrontation der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse geführt haben und die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen noch nicht als selbständige politische Partei sich allen bürgerlichen Parteien gegenüberstellt, obwohl die zahlreichen Widerstandsaktionen bereits unabhängig und gegen die bürgerlichen Parteien geführt werden, gelingt es der CDU/CSU und der SPD in den Wahlen noch ziemlich gut, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten und entsprechend ihren Parteiinteressen an die Urnen zu bringen.

Trotz der Krise der Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft bleibt so die politische Ordnung, die diese Verhältnisse stützt und verteidigt, nach außen weitgehend stabil. Innerlich ist sie aber schon ziemlich morsch, denn die bürgerlichen Parteien finden bei den Massen und vor allem bei der Arbeiterklasse über die Stimmabgabe hinaus keine aktive Unterstützung. Im Gegenteil, sie stoßen auf Widerwillen und Verachtung. Ihre Wahlveranstaltungen blieben meist leer und auf diesen Wahlveranstaltungen ernteten sie nicht Beifall, sondern Kritik. Die Wahlen funktionieren jedoch noch in ihrem Sinne.

Dabei bindet die SPD einen großen Teil des Proletariats der großen Industrie an die bestehende politische Ordnung, die CDU einen Teil des neuen Proletariats, das gerade aus der Vernichtung der Bauernklasse hervorgeht, einen Teil des Kleinbürgertums und der Lohnabhängigen außerhalb der kapitalistischen Produktion.

Die Partei der Arbeiterklasse aufbauen!

In allen praktischen Kämpfen erfahren die Kommunisten die große Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und des Volkes, und daß es möglich ist, diese Kämpfe zu organisieren. Dabei machen sie Fortschritte. In den Wahlen zeigt sich jedoch, wie groß der Einfluß der bürgerlichen Parteien noch ist, und wie wenig es erst gelungen ist, die Arbeiterklasse politisch zu organisieren.
Wir Kommunisten gewinnen einen wachsenden politischen Einfluß auf die Arbeiterklasse und das Volk. Dies hat sich auch im hessischen Wahlkampf gezeigt: Die Auflage der KVZ konnte in Hessen im Verlauf des Wahlkampfes auf rund 8 000 verkaufte Exemplare gesteigert werden. Von den Broschüren, die der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) zum hessischen Landtag herausgegeben hat, sind in Hessen über 30 000 Exemplare verkauft worden. Die Auffassungen der Kommunisten stoßen also auf wachsendes Interesse.
Dieses Interesse ist besonders groß bei den Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes, die noch SPD wählen und unter dem Einfluß des Sozialdemokratismus stehen. Auf der anderen Seite ist es uns noch nicht gelungen, diesen wachsenden Einfluß so zu nutzen und auszubauen, daß er sich in einem vollständigen politischen Bruch mit den bürgerlichen Parteien ausdrücken und sich in einem größeren Stimmenanteil des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in den Parlamentswahlen niederschlagen würde. Das liegt auch daran, daß der KBW erst wenig Erfahrung darin hat, die führende Teilnahme an praktischen Kämpfen mit der Aufforderung zur Stimmabgabe für den KBW zu verbinden. Wir haben teilweise die Aufforderung zur Stimmabgabe für den KBW vernachlässigt und die Bedeutung dieser Stimmabgabe für die Förderung der praktischen Kämpfe nicht genügend herausgearbeitet. Dennoch haben wir keinen Grund, angesichts der Wahlergebnisse zu resignieren.

Wo der Kommunistische Bund Westdeutschland als Organisator von Kämpfen aufgetreten ist, hat sich das auch in den Wahlen niedergeschlagen.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) wurde vor anderthalb Jahren gegründet. Zum Zeitpunkt seiner Gründung hatte er keine einzige Ortsgruppe in Hessen. Im Laufe des letzten Jahres haben wir in Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden Ortsgruppen aufgebaut, in Wetzlar eine Ortsaufbaugruppe. An anderen Orten haben wir Sympathisantengruppen aufgebaut, mit dem Ziel, Ortsgruppen zu bilden. Wir haben in 19 von 55 Wahlkreisen kandidiert und in diesen Wahlkreisen durchschnittlich 0,3 % der Stimmen erhalten. In Frankfurt und in Darmstadt hat der KBW 0,4 % der Stimmen erhalten. Im Wahlkreis 36, Frankfurt-Nordend, hat der Kandidat des KBW, der Sekretär der Ortsgruppe Frankfurt, Gerd Koenen, 248 Stimmen, das sind 0,7 % der Stimmen erhalten, im Wahlkreis 49, Darmstadt I, hat die Sekretärin der Darmstädter Ortsgruppe 208 Stimmen, das sind 0,5 % der Stimmen erhalten.
Wir sind nirgendwo in den Stimmen über die Reihen hinausgekommen, die wir unter den Wahlberechtigten auch schon für bestimmte Tätigkeiten und Kämpfe organisieren konnten. In den Wahlkreisen und Städten, wo unsere Tätigkeit jedoch bereits einigermaßen entfaltet ist, sind dies nicht wenige Arbeiter, Angestellte und andere Kräfte des Volkes.

Die Kommunisten können bereits heute den Einfluß der DKP brechen.

In drei Wahlkreisen haben die Stimmen für den Marxismus-Leninismus die Stimmen für die DKP übertroffen. In Darmstadt I haben die Kandidaten des KBW (208 Stimmen) und der Gruppe Rote Fahne, die unter dem Namen KPD kandidiert hat (172 Stimmen), die Stimmen für die DKP übertroffen (344); in Darmstadt insgesamt haben der KBW (329 Stimmen) und die Gruppe Rote Fahne (305 Stimmen) zusammen mehr Stimmen erhalten als die DKP (618). In Frankfurt-Nordend ist dies ebenfalls so: 255 Stimmen für den KBW, 179 Stimmen für die Gruppe Rote Fahne; die DKP hat 380 Stimmen erhalten. Im Odenwaldkreis hat der Kandidat der Gruppe Rote Fahne, der Student Christoph Walther, 328 Stimmen erhalten, während die DKP nur 250 Stimmen erhalten hat. Der KBW hat in diesem Wahlkreis nicht kandidiert.
In praktischen Kämpfen ist es dem Kommunistischen Bund Westdeutschland schon oft gelungen, den Einfluß der Revisionisten zu brechen; Aufgrund der richtigen Politik der Aktionseinheit mußte die DKP entweder an bestimmten Kämpfen teilnehmen, die sich gegen ihren Willen auf einer revolutionären Linie entwickelten, oder sie mußte diese Kämpfe offen sabotieren. So oder so wurde ihr Einfluß geschwächt. Das kann bei einer revisionistischen Partei auch gar nicht anders sein, sobald sich die Kämpfe entwickeln und Kommunisten aufgrund einer richtigen Politik der Aktionseinheit eine führende Rolle in diesen Kämpfen übernehmen. Die hessischen Landtagswahlen zeigen, daß die Revisionisten sogar bereits in
daß die Revisionisten sogar bereits in
parlamentarischen Wahlen durch die Kommunisten besiegt werden können.
Das Schicksal der Revisionisten ist voraussehbar und wird durch die Ergebnisse der hessischen Landtagswahlen bestätigt: Ihre Organisation und ihr Einfluß wird im Kampf zwischen dem Sozialdemokratismus und dem Kommunismus zerrieben werden.
Die DKP hat in ganz Hessen 8 086 Stimmen verloren. In den 16 Wahlkreisen, wo der KBW und die Gruppe Rote Fahne (KPD) kandidiert haben, hat sie allein 5 008 Stimmen verloren, während der KBW und die Gruppe Rote Fahne (KPD) zusammen dort 4971 Stimmen erhalten haben. In den drei Wahlkreisen, wo nur der KBW kandidiert hat und die Gruppe Rote Fahne (KPD) nicht kandidiert hat, hat die DKP 751 Stimmen verloren und der KBW 414 Stimmen erhalten. In den sechs Wahlkreisen, wo nur die Gruppe Rote Fahne (KPD) und nicht der KBW kandidiert hat, hat die DKP 1 012 Stimmen verloren und die Gruppe Rote Fahne (KPD) 1501 Stimmen gewonnen. Sieht man bei diesen sechs Wahlkreisen vom Wahlkreis 12 ab, Marburg Biedenkopf-Ost, der durch einen Gewinn der DKP von 691 Stimmen eine völlige Ausnahme darstellt, dann hat die DKP in fünf dieser sechs Wahlkreise 1 703 Stimmen verloren und die Gruppe Rote Fahne 1319 Stimmen gewonnen.
Die DKP hat also über die Hälfte ihrer Stimmenverluste in 55 Wahlkreisen in den 16 Wahlkreisen gehabt, in denen der KBW und die Gruppe Rote Fahne kandidiert haben, und weitere 2 454 Stimmen Verlust in acht Wahlkreisen, in denen entweder der KBW oder die Gruppe Rote Fahne kandidiert haben. Die größten Verluste hat die DKP also dort gehabt, wo Kommunisten kandidiert haben. Dennoch wäre es nicht richtig anzunehmen, die DKP hätte diese Stimmen einfach an den KBW oder an die Gruppe Rote Fahne (KPD) verloren. Richtig ist, daß sie einen großen Teil ihrer Stimmen an die SPD verloren hat und einen kleineren Teil an den Kommunismus. Das kann man daran erkennen, daß die DKP in Offenbach z.B. 1,1 % verloren hat, während der KBW und die Gruppe Rote Fahne zusammen nur 0,7 % gewonnen haben. Im Main-Kinzig-Kreis Nordwest, wo weder der KBW noch die Gruppe Rote Fahne kandidiert haben, hat die DKP ebenfalls 271 Stimmen verloren und ist um 0,6 % von 2,4 % auf 1,8 % zurückgegangen. Offensichtlich haben

Forts. S.9

Wer CDU wählt, rückt noch lange nicht nach rechts!

Über die Wahlerfolge von CDU/CSU in Hessen und Bayern geraten derzeit viele sich für fortschrittlich haltende Menschen in Panik. Sie fürchten einen angeblichen Rechtsruck im Volk. Was es damit auf sich hat, soll an einigen Beispielen gezeigt werden, auf die ich in Bremen gestoßen bin. Zunächst zur Panik unter den "fortschrittlichen" Intellektuellen: Die SPD-Lehrergruppe an der Gesamtschule West in Bremen kündigte dem Kollegen Hermann Kuhn, der wegen Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration des KBW nach der Referendarzeit nicht in den Schuldienst eingestellt werden soll, schriftlich ihre Solidarität auf. Ihr Argument: Die Wahlen hätten gezeigt, daß die kommunistischen Splittergruppen "objektiv eine reaktionäre Rolle" spielten. Deswegen könnten sie seinen Kampf gegen Nichteinstellung in den Schuldienst nicht mehr unterstützen. In Wahrheit sind es diese sich auf ihre "Fortschrittlichkeit" so viel zu gute haltenden Lehrer, die mit einem Rechtsruck auf die sich verschärfenden Klassenwidersprüche reagieren. – Daß gleichzeitig die Wahlerfolge der CDU keineswegs Ausdruck eines Rechtsrucks im Volk sind, das können die folgenden beiden Begebenheiten belegen.
Am 1.11.1974 fand in Bremen ein Schülerstreik und eine Demonstration gegen die Suspendierung und beabsichtigte Entlassung der kommunistischen Lehrerin Karin Maier statt. Daran beteiligten sich auch einige Eltern, die sich z. T. extra dafür Urlaub genommen hatten. Einer der Väter erklärte mir, daß er bei der Bürgerschaftswahl im nächsten Herbst wohl CDU wählen müsse. Er habe zwar mit der CDU nichts im Sinn, aber der SPD, die mit der gesamten staatlichen Bürokratie verfilzt und korrumpiert sei, müsse ein ordentlicher Denkzettel verpaßt werden: "Auf unsere Bedürfnisse nehmen die überhaupt keine Rücksicht." Das sagte er, während er eben dafür demonstrierte, daß eine kommunistische Lehrerin, deren Anschauungen er kannte, im Schuldienst bleibe.
Daß nicht die politischen Ziele der CDU, sondern die negativen Erfahrungen mit der SPD der CDU als Oppositionspartei gegenwärtig die Stimmen bringen, wurde auch deutlich auf einer Protestversammlung der Eltern der Gesamtschule Ost in Bremen. Die Eltern forderten von der SPD und der Bildungsbehörde Rechenschaft darüber, warum ihnen erst mit den Gesamtschulversuchen so große Versprechungen gemacht worden wären, während jetzt die tatsächliche Lage an der Gesamtschule Ost durch Lehrermangel gekennzeichnet sei. Unüberhörbar waren die Rufe: "Bei der nächsten Wahl gibt's die Quittung!" Der SPD-Sprecher Franke antwortete darauf: "Dann schauen Sie sich doch die Bürgerschaftsprotokolle an. Dann werden Sie sehen, daß gerade wir es waren, die gegen den Widerstand der anderen Partei diesen Modellversuch durchsetzen mußten." Den Eltern, die hier gegenüber der SPD auf Einlösung ihrer Gesamtschulversprechen beharrten, dürfte die Haltung der CDU zu den Gesamtschulen bekannt gewesen sein. Dennoch verstummten die Rufe nach Franckes Einwand nicht. Solange die arbeitenden Massen keine selbständige Position eingenommen haben, bleibt ihnen bei wachsender Unzufriedenheit nur, es der jeweils regierenden Partei heimzuzahlen.

–M.K., Bremen–

Leserbrief

Ihr schreibt, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) in Bayern 6 700 Stimmen bekommen hat, was formell richtig ist. Da Ihr aber direkt einen Vergleich mit Hessen herstellt, hat es den Anschein, als ob 6 700 Menschen die Gruppe Rote Fahne gewählt hätten, was falsch ist. Denn im Gegensatz zu Hessen hat jeder Wähler in Bayern zwei Stimmen, was einen direkten Vergleich unmöglich macht. Richtig ist, daß die Gruppe Rote Fahne in Hessen von 4 100 und in Bayern von 3 400 Menschen gewählt worden ist!

–M.M.–

Fortsetzung ...Wahlergebnisse

sich viele DKP-Wähler gesagt, da wähl ich doch gleich lieber SPD, während sich ein anderer Teil grundsätzlich von Reformismus und Revisionismus losgesagt hat und sich auf die Seite des Kommunismus gestellt hat.

Das Verhältnis der Stimmen für den KBW und der Stimmen für die Gruppe Rote Fahne, die unter dem Namen KPD kandidiert hat

Hier kann man feststellen: In den Wahlkreisen, in denen KBW und Gruppe Rote Fahne kandidiert haben, sind im allgemeinen mehr Stimmen für den Kommunismus abgegeben worden, als dort, wo eine Organisation allein kandidiert hat. Die höchsten Stimmenanteile für den Kommunismus wurden in Frankfurt-Nordend (1,4 %), in Frankfurt-Westend (1,1 %) und in Darmstadt I (0,9 %) erreicht. Das sind gleichzeitig die Wahlkreise, in denen die Kandidaten des KBW mehr Stimmen erhalten haben als die Kandidaten der Gruppe Rote Fahne. Dort, wo nur die Gruppe Rote Fahne kandidiert hat, hat sie einen höheren Stimmenanteil erhalten als der KBW dort, wo nur er kandidiert hat: Die Gruppe Rote Fahne hat z.B. im Odenwaldkreis 0,7 % und im Wahlkreis Dieburg 0,5 % der Stimmen erhalten, der KBW in Wiesbaden I und II nur jeweils 0,4 % und im Wetteraukreis 0,2 %. In den Wahlkreisen, wo der KBW und die Gruppe Rote Fahne kandidiert haben, der Stimmenanteil für den Kommunismus aber sehr gering ist, hat die Gruppe Rote Fahne einen höheren Stimmenanteil als der KBW, z.B. in Kassel, Wetzlar, Gießen, Frankfurt-Hoechst. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die Gruppe Rote Fahne einen größeren Anteil der Stimmen erhalten hat.

Wetzlar, Gießen, Frankfurt-Hoechst. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die Gruppe Rote Fahne einen größe-

ren Anteil der Stimmen erhalten hat, die von Wählern kommen, die sich bereits allgemein zum Kommunismus bekennen, während der KBW nur Stimmen erhalten hat von Wählern, die direkt seine Linie im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei und für die Eroberung der politischen Macht und den Sieg des Sozialismus für richtig halten aufgrund praktischer Erfahrungen.
Was folgt daraus weiter? Daraus folgt weiter, daß der Kommunismus nur dann aus der Ecke unter 0,5 % wird herauskommen können, wenn die Kommunisten nicht auf die allgemeine Hinwendung der Massen zum Kommunismus setzen, sondern wenn sie mit einer richtigen Linie die Kämpfe der Massen anleiten. Es ist also überhaupt kein Zufall, daß der Kommunismus gerade in den drei Wahlkreisen den höchsten Stimmenanteil erhalten hat, wo der KBW in seiner Arbeit relativ fortgeschritten ist und deshalb einen höheren Stimmenanteil hatte als die Gruppe Rote Fahne: Nur auf der Linie des KBW kommen die Kommunisten an die Arbeiter und Angestellten, an die Teile des Volkes heran, die sich mit den Zielen der Kommunisten erst dann vollständig identifizieren, wenn die Kommunisten einen Weg zur Verwirklichung dieser Ziele aufzeigen. Daß die Kommunisten aber gerade an die Teile der Arbeiterklasse und des Volkes herankommen, ist die Voraussetzung dafür, daß sich ihr Einfluß von klein zu groß entwickeln kann und daß der Kommunismus den Reformismus und Revisionismus in den Reihen der Arbeiterklasse erfolgreich bekämpfen und schließlich besiegen kann. Insofern zeigen die hessischen Wahlergebnisse, was die Stimmen des KBW und der Gruppe Rote Fahne betrifft, daß in geringem Umfang bereits ein allgemeines Bekenntnis zum Kommunismus abgelegt wird, daß es aber nur gelingt, vorwärtszukommen und diesen geringen Umkreis zu überschreiten, wenn die Kommunisten praktische Kämpfe auf einer richtigen Linie anleiten. Insofern zeigt dieser Wahlkampf auch, daß es nach wie vor nicht ausreicht, sich den Namen der Partei der Arbeiterklasse einfach überzustülpen, sondern daß es darauf ankommt, eine Organisation aufzubauen, die den Namen KPD verdient. Deshalb kann es auch keinerlei "friedliche Koexistenz" zwischen dem KBW und der Gruppe Rote Fahne geben, sondern nur den Kampf um die Einheit der Kommunisten auf Grundlage von Klarheit in den entscheidenden Fragen der politischen Linie; diese Fragen sind: Politik in den Gewerkschaften, Politik der Aktionseinheit, Kampf um Demokratie auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als Voraussetzung der sozialen Revolution.

In das Industrieproletariat hat die CDU keine wesentlichen Einbrüche erzielt.

Obwohl die CDU in den großen Städten die größten Zugewinne gemacht hat, hat die SPD in diesen Städten, in denen das Industrieproletariat konzentriert ist, unterdurchschnittlich verloren. In den Wahlkreisen der großen Städte, in denen sich die Arbeiterklasse konzentriert, hat die SPD sogar besonders geringe Verluste hinnehmen müssen.
Die Gewinne der CDU gingen in den großen Städten vor allem zu Lasten der FDP, die niemals irgendwelchen nennenswerten Einfluß in der Arbeiterklasse der großen Industrie gehabt hat. In Frankfurt, Darmstadt, Kassel hat die SPD unterdurchschnittlich Stimmen verloren, obwohl sich in diesen Städten, vor allem in Frankfurt und Darmstadt, ein großer Teil der Stimmen der Kommunisten konzentrieren. Dies zeigt, die Arbeiter der großen Industrie gehen an die Parlamentswahlen insofern klassenmäßig heran, als sie in der Tradition der Arbeiterbewegung nach wie vor der SPD die Stimme geben. Nur in ganz geringen Ausnahmen gibt es Übergänge aus dem großen Industrieproletariat der großen Städte zur CDU. Wenn hier Übergänge stattfinden, dann sind es Übergänge zum Kommunismus, die allerdings prozentual noch nicht ins Gewicht fallen.

Das Industrieproletariat der großen Städte ist der Nährboden der kommunistischen Weltanschauung und die führende Kraft der Revolution.

den der kommunistischen Weltanschauung und die führende Kraft der Revolution.

Die Wahlen in Hessen zeigen deutlich, daß die Kommunisten zwar bereits einzelne Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes führen können, daß die kommunistische Organisation jedoch als Kraft, mit der sich größere Teile der Arbeiterklasse umfassend identifizieren und für die sie auch in parlamentarischen Wahlen eintreten, noch nicht sehr verankert ist.

Die Verankerung steht erst am Anfang. Gerade für diese Verankerung als politische Organisation mit umfassendem Programm sind die Parlamentswahlen ein Gradmesser, nicht jedoch für den Einfluß der Kommunisten in dieser oder jener Frage. Dieser Einfluß ist viel größer, als in den Stimmen zum Ausdruck kommt. Er schlägt sich in den Verkaufszahlen der KVZ nieder und in der Anzahl der verkauften Broschüren.
Der Stimmenanteil ist auch kein Gradmesser dafür, welchen Teil der Arbeiterklasse und des Volkes die Kommunisten in einen bestimmten Kampf einbeziehen und führen können bei einer richtigen Politik der Aktionseinheit. Ausgehend von unserem Einfluß und der Fähigkeit, auf Grundlage einer richtigen politischen Linie Kämpfe zu führen, müssen wir die Kommunistische Organisation besser in der Arbeiterklasse verankern und die Organisation selbst stärken. Ziel muß sein, und dies ist möglich, den größten Teil der Arbeiter und Angestellten, der Schüler, Studenten und Intellektuellen, die uns gewählt haben, direkt in die Reihen des KBW und seiner Massenorganisationen einzubeziehen, damit sie aktiv und organisiert zu der Verankerung des Kommunismus in der Arbeiterklasse beitragen.

Einige Ortsgruppen haben ihre Reihen bereits im Laufe des Wahlkampfes beträchtlich erweitert. **Zielstrebige Aufnahme weiterer Genossen**, vor allem Genossen aus der Arbeiterklasse, **zielstrebige Verankerung in den großen Betrieben** und **Entfaltung der Politik** auf der richtigen Linie der Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten, der politischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und der Einheit des Volkes im Kampf für Demokratie gegen den bürgerlichen Staat, dies sind die entscheidenden Aufgaben im Aufbau der Kommunistischen Partei als Schritt auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Zwecke der sozialen Revolution. **Dabei schließen wir** uns mit allen zusammen, die den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse auf der richtigen Linie anstreben.

–J.S.–

Salmonellen im Krankenhaus

Auch im Krankenhaus sind die hygienischen Verhältnisse schlecht

Wiesbaden. In der letzten KVZ las ich den Bericht über die zahlreichen TBC-Erkrankungen an einer Frankfurter Schule und über die Fahrlässigkeit der Schulleitung und des Stadtgesundheitsamtes bei der Bekämpfung dieser Infektionserkrankungen. Bei uns an den Städtischen Kliniken in Wiesbaden herrschen ähnliche Zustände:
Vor kurzem sollten die Krankentransporter innerhalb der Kliniken einen Patienten von der Infektionsstation in das Röntgenhaus tranportieren. Der Patient hatte keinen Mundschutz (TBC wird aber gerade mit dem Speichel übertragen). Erst im Röntgenhaus, in dem immer eine ganze Reihe von Patienten zusammen auf dem Flur warten müssen, stellte sich heraus, daß der Patient eine offene TBC hatte. Das einzige, was man danach tat, war, den Patienten sofort wieder auf die Infektionsabteilung zu bringen. Den Krankentransportern wurde keinerlei Untersuchung in Aussicht gestellt.
In der letzten Woche erfuhr ein Arbeiter in der Hauswirtschaft, daß er einen Sack mit Wäsche von einer Operation an einem an TBC erkrankten Patienten transportiert hatte. Diese Wäsche kam zu der übrigen schmutzigen Wäsche. Der Lieferwagen, in dem der TBC verseuchte Sack gefahren wurde, konnte von dem Fahrer nur notdürftig desinfiziert werden. Später wurde in dem Lieferwagen das Essen für die Patienten transportiert.

Die Kollegen im Krankenhaus in Wiesbaden sagen: "Bei diesen miserablen Sicherheitsbestimmungen und diesen verheerenden hygienischen Zuständen kann uns sowas jeden Tag passieren."

Am 2. November waren jetzt 223 Kollegen an Salmonellen erkrankt. 11 davon arbeiten allein in der Großküche. Obwohl jetzt in der Lokalzeitung zur Beruhigung der Wiesbadener Bevölkerung stand, die Küche würde über das Wochenende geschlossen, wurde gleich am nächsten Tag weiter gekocht. Gurken, die schon zur Ausgabe bereit standen, wurden wieder zurückgezogen; eine allgemeine Unsicherheit machte sich im Krankenhaus breit. Denn noch nicht einmal die Kontaktpersonen sind alle auf Salmonellen untersucht worden. Als jetzt einige von ihnen zum Personalarzt gehen wollten, um sich untersuchen zu lassen, erfuhren sie: der Personalarzt käme erst in zwei Tagen wieder.
So sieht die "Gesundheitsversorgung" im Krankenhaus gegenwärtig aus!

–G.S.–

»War ja nur ein Türke...«

Wie schon in der letzten KVZ berichtet, wurde am 23. Oktober ein türkischer Arbeiter mit einem schweren Schädelbruch in die Chirurgie eingeliefert. Die sofortige Operation, die bei solchen Verletzungen notwendig ist, wurde aufgeschoben, weil der zuständige Arzt, Professor Penzholz, erst eine Bandscheibenoperation bei einer Privatpatientin durchführen wollte. Begründung: Die Patientin habe sich darauf eingestellt. Inzwischen ist der türkische Arbeiter gestorben. Die Verantwortlichen werden natürlich sagen, daß der Patient aufgrund seiner schweren Verletzungen wahrscheinlich auch nach einer sofortigen Operation gestorben wäre.
Tatsache ist aber, daß die erforderliche Maßnahme erst viel zu spät durchgeführt wurde und dadurch die Überlebenschance des Patienten verringert wurde. Nachdem die Zelle Uni-Klinik diesen Vorfall im "Kommentar" (Betriebszeitung) veröffentlicht hatte, wollte Professor Penzholz klagen. Professor Penzholz sah jedoch von einer Klage ab, da dadurch der Fall noch weiter an die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Das zeigt deutlich, daß diese Herren Angst haben, über ihre Arbeit öffentlich Rechenschaft abzulegen.

–N.N., Heidelberg–

„tag-aktives Tier"

„tag-aktives Tier"

Wie sich ein Professor die Nachtarbeit vorstellt

In der letzten Woche bekamen wir ein anschauliches Beispiel dafür vorgeführt, an wessen Bedürfnissen die Wissenschaft, die wir Studenten täglich eingetrichtert bekommen, ausgerichtet ist.

Der Professor erklärte in der Physiologievorlesung, daß der Mensch ein "tag-aktives Tier" ist. Das heißt, daß der Grundumsatz an Energie am Tage erheblich höher ist als in der Nacht, und zwar ganz egal, ob der Mensch in der Nacht schläft und am Tage wach ist oder umgekehrt.

Auf die Frage hin, ob es Komplikationen mit sich bringt, wenn so ein normalerweise "tag-aktiver" Mensch gezwungen ist, nachts zu arbeiten, obwohl seine "innere Uhr" das nicht vorsieht, wußte der Professor keine Antwort. Er wußte nicht einmal, daß es Krankenschwestern gibt, die jahrelang Nachtdienst machen. Die inzwischen mindestens 3,8 Millionen Schichtarbeiter erwähnte er in einem Nebensatz.
Es fiel ihm zu diesem Problem aber sofort ein, wenn man nach Amerika fliegt und sich die Ortszeit um einige Stunden gegenüber der Zeit verschiebt, auf die der Körper eingestellt ist.

Nun fragt man sich: Wen betreffen solche Beschwerden? Doch nur die Professoren selbst, die Politiker, Manager und höheren Angestellten, die alle Nas' lang zu einer Konferenz durch die Welt reisen. Bis zu den Problemen aber, die eine weit größere Zahl von Menschen, die Nacht- und Schichtarbeiter, angehen, reichte der Horizont des Professors nicht. Und das ist kein Einzelfall.

–VK Physiologie der Med.Fak. Uni Köln–

Bericht in der Schublade

Amnesty International Bericht nicht für die Öffentlichkeit

Der Hungerstreik der 44 politischen Gefangenen gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD hat die Justizbehörden bisher nicht veranlassen können, den gerechten Forderungen nach Abschaffung der foltermäßigen Sonderbehandlung nachzukommen. Die Behörde stellt sich stur, streitet alles ab oder behauptet, die Isolation der Gefangenen sei aus Sicherheitsgründen unerläßlich. Die Behörden setzen bewußt das Leben der Gefangenen aufs Spiel.
Zu dem Gefangenen Augustin bemerkte ein niedersächsischer Justizbeamter zynisch: "Der fanatisch Hungernde ist eben entschlossen, sich zugrunde zu richten."

Mit verschiedenen Aktionen haben Mitglieder des Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD versucht, die Öffentlichkeit erneut auf die Lage der politischen Gefangenen hinzuweisen. So besetzten sie am 30.10.1974 die Zentrale der Deutschen Sektion von Amnesty International, einer Organisation, die sich für politische Gefangene einsetzt, um diese Organisation zu zwingen, öffentlich für die politischen Gefangenen in der BRD einzutreten. Es war den Komitee-Mitgliedern zurecht unverständlich, weshalb Amnesty International die Ergebnisse eines eigenen Untersuchungsberichts zur Sonderhaft in der BRD, in der diese als Verletzung des Artikel 5 der Menschenrechtskommission (Folter) bezeichnet wird, in ihren Schubladen behalten hatte.
Mit massivem Polizeieinsatz unter Führung des mobilen Einsatzkommandos wurde die Amnesty-Zentrale über Nacht geräumt.

Am 1. November protestierten 30 Menschen mit Sprechchören und Spruchbändern in der Hamburger St. Jacobi-Kirche gegen die "Vernichtungshaft" und forderten "Freiheit für alle politischen Gefangenen". Auf der Kanzel verbreitete sich gerade der erste politische Geschaftsführer des westdeutschen Imperialismus Helmut Schmidt über das Thema "Staat und Kirche". In feinabgestimmter Zusammenarbeit zwischen brausendem Orgelklang, dem Choral "Ein' feste Burg ist unser Gott" und ein paar Polizeiknüppeln wurde gleich vorgeführt, wie's mit dem Verhältnis von Staat und Kirche ausschaut.
Inzwischen haben sich in Westberlin über 30 Menschen in einen Solidaritätshungerstreik begeben, darunter der bekannte Theologie-Professor Hellmut Gollwitzer. Das Sozialistische Büro Offenbach hat sich ebenfalls mit den Forderungen der streikenden Gefangenen solidarisiert "vor allem", wie es in einer Presseerklärung heißt, "um zu verhindern, daß unmenschliche Haftbedingungen und Maßnahmen, die der Folter gleichkommen, zur alltäglichen und "normalen" Praxis gegen mißliebige Personen werden können."

–H.V.–

Personalrat der Feuerwehr gekündigt

Frankfurt. Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt will seine Ankündigung wahrmachen, bei dem Polizeiüberfall auf die von Jugendlichen besetzte leerstehende Bockenheimer Sozialstation angetroffene Mitglieder des öffentlichen Dienstes zu entlassen. Rudi Weser, Mitglied des Personalrats bei der Feuerwehr, Honorarkraft im Jugendheim Bornheim und deshalb unter den Jugendlichen bei ihrer Aktion, wurde gekündigt. Der Personalrat hat aber der Kündigung nicht zugestimmt, so daß sie nicht rechtswirksam ist.
Gegen zwei Lehrlinge der städtischen Lehrlingsausbildungswerkstätte laufen Ermittlungen. Ein Solidaritätsstreik aller Lehrlinge wurde nach massiven Drohungen des Personaldezernenten Jäckel nach einem Tag abgebrochen.

massiven Drohungen des Personaldezernenten Jäckel nach einem Tag abgebrochen.

6 Monate ohne Bewährung

Betzdorf. Zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wurden in Betzdorf (Siegerland) die Genossen R. Heuzeroth und G. Will verurteilt. Sie zeichneten verantwortlich für einen Artikel, in dem die Polizei als "Büttel" und als "Kapitalistenknechte" gekennzeichnet worden war. Wegen dieses Artikels, der in der in Siegen erscheinenden Zeitung der KDP/ML "Die Wahrheit" erschienen ist, standen sie vor Gericht.
Mit dieser Strafe überschritt der Richter Wolff noch bei weitem den Antrag des Staatsanwalts, der auf 2 bzw. 3 Monate gelautet hatte.

Freiheit für Dieter Kunzelmann

120 Wissenschaftler, Anwälte, Journalisten und Verleger unterzeichneten eine "Stellungnahme zur Haftverlängerung für Dieter Kunzelmann". Dieser saß, wie ein Gericht inzwischen feststellen mußte, 31 Monate unschuldig in Untersuchungshaft. Inzwischen wurde er in einem anderen Verfahren zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt, ohne daß die Untersuchungshaft darauf angerechnet wurde. Die Unterzeichner fordern weiterhin die Aufhebung jeder Sonderbehandlung der politischen Gefangenen.

Der Terror gegen fortschrittliche Koreaner in der BRD nimmt zu

Frankfurt/West-Berlin. Mitglieder der koreanischen "Glückauf-Gesellschaft", einer Organisation, die im Auftrag der Regierung Südkoreas die Koreaner bespitzelt, die in der BRD leben und arbeiten, haben den koreanischen Pfarrer Lie halbtot geschlagen in Anwesenheit des koreanischen Konsuls in Mainz. Der Pfarrer hatte öffentlich die Vermutung geäußert, die "Glückauf-Gesellschaft" würde von der koreanischen Botschaft unter Druck gesetzt.
Wegen einer ähnlichen Sache wurde in West-Berlin der Chefredakteur der koreanischen Zeitschrift Dju Dsche bewußtlos geschlagen, so daß er mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Tatsache, daß diese koreanischen Terrorbanden in Westdeutschland unbehelligt ihren Terror gegen fortschrittliche Landsleute ausüben können, zeigt eindeutig die Kumpanei der Bundesregierung mit dem faschistischen Park-Regime in Südkorea.

Elternproteste und Schülerstreik

Breiter Widerstand gegen die Entlassung der Lehrerin Karin Maier

In der KVZ Nr.22 wurde über die Suspendierung der Bremer Lehrerin Karin Maier berichtet. Gegen diese Maßnahme der Bremer Schulbürokratie entwickelte sich ein breiter Widerstand. Inzwischen, am 4.10., wurde Karin Maier endgültig aus dem Dienst entlassen.

Um die Eltern in den Widerstand gegen die Entlassung einzubeziehen, hatte die Schülervertretung des Gymnasiums, an dem Frau Maier unterrichtet, alle Eltern zu einem Informationsabend eingeladen. Unterstützt wurde sie dabei von der GEW-Betriebsgruppe und von einigen Elternvertretern. Als Ort wurde das Jugendfreizeitheim Neustadt gewählt, weil Frau Maier in der Schule Hausverbot hat.

Als erstes erfuhren die Eltern nun gleich, was es mit der Versammlungsfreiheit auf sich hat. Die SPD-Bildungsbehörde, die den Eltern gegenüber zu ihren Entscheidungen Stellung nehmen sollte, ließ über ihren Senatskollegen für Jugend und Sport die Veranstaltung im Jugendfreizeitheim verbieten und dieses Verbot auch in der Zeitung ankündigen. Dennoch versammelten sich 60 Eltern in einer nahegelegenen Gaststätte und ließen sich von Frau Maier – ein Senatsvertreter war nicht erschienen – über die Vorgänge ausführlich berichten. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der festgehalten wird, daß sich die anwesenden Eltern durch den Bericht von Frau Maier ein klares Bild von den Vorgängen machen könnten. Daß sie zu der Überzeugung gelangt seien, die Maßnahmen der Behörde gegen Frau Maier seien ungerechtfertigt. Und daß sie es bedauerten, daß sich die Behörde zu ihren Maßnahmen nicht öffentlich äußere und auf Schreiben von Eltern nicht antworte. Bei 9 Gegenstimmen wurde diese Resolution von 50 Eltern namentlich unterschrieben.

Auf Verständnis stießen die Maßnahmen der Behörde während der Versammlung fast nur beim anwesenden Schulelternsprecher Hoffmann. Weshalb ihn auch gleich ein Vater fragte, ob er nun Behördenvertreter sei oder ob er die Eltern vertrete. Als die Eltern einstimmig beschlossen, die nächste Elternbeiratssitzung solle öffentlich sein und den Fall verhandeln, war wiederum Herr Hoffmann darüber unzufrieden. Sein Vorschlag, "die Entwicklung dem beamtenrechtlichen Gang zu überlassen", fand keine Zustimmung. Eine Mutter darauf: "Dann ist sie am 15. draußen und wir sind die Dummen."

Aber nicht nur die Eltern setzten sich zur Wehr. Die Schülervollversammlung faßte den Beschluß, am Freitag, dem 1.11. zu streiken. Kaum war der Beschluß bekannt, reagierte der Senat. Am nächsten Tag mußte in jeder Klasse ein Schreiben des Senats verlesen werden, in dem er den Streik für illegal erklärte und Strafen androhte. Die Eltern derjenigen Schüler, die schon einen Verweis wegen eines Streiks im Jahre 1973 weg hatten, wurden sogar einzeln angerufen und auf entsprechende Konsequenzen aufmerksam gemacht. Einzelne reaktionäre Lehrer erfüllten ein Übersoll als Behördenbüttel: Angekündigte Klassenarbeiten wurden auch auf Bitten der Schüler hin nicht verschoben. Im Gegenteil: Herr Maack in der 8. Klasse: "Wer nicht da ist, kriegt eine 6!"

Die Einschüchterungsversuche hatten den Erfolg, daß sich am Freitag früh nur insgesamt 250 Schüler versammelten, um in einem Demonstrationszug zum Bildungssenator Thape zu marschieren und eine Resolution zu übergeben. Zirka 300 weitere Schüler streikten passiv. Sie blieben zu Hause, mit eigener Entschuldigung oder mit Entschuldigung der Eltern. Vor dem Senatsgebäude versuchten die Schüler dann, die Resolution durch eine Delegation dem Senator zu übergeben. Sie wurden gar nicht erst reingelassen. Stattdessen "erbot" sich ein Herr ohne Namen, mit Sonnenbrille und tiefem Hut, die Resolution nach oben zu tragen.

Für die Schüler bedeutet dieser Streik nicht das Ende ihrer Aktivitäten. Noch vor dem Senatsgebäude kündigten sie die Ausweitung ihres Kampfes gegen die Schulmisere und Lehrerrausschmisse auf alle Schulen an.

–m.k., Bremen–

Doppelter Betrug

Die materielle Lage der Studenten verschlechtert sich

"Heute war ich beim Ausbildungsförderungsamt", schreibt uns eine Studentin, "um Widerspruch gegen den Ausbildungsförderungsbescheid einzulegen. Nach den Berechnungen des Ausbildungsförderungsamtes stehen mir nur noch 287 DM im Monat zu (bei 193 DM Miete). Nach diesen Berechnungen hat sich das Jahreseinkommen meiner Eltern in einem Jahr um 8 000 DM erhöht. Da so etwas in den Kreisen meiner Eltern (mein Vater ist Frührentner, meine Mutter Putzfrau. Sie ist 62 Jahre alt und fast blind. Sie arbeitet, um sich eine Rente zu sichern) äußerst unwahrscheinlich ist, wollte ich also Widerspruch einlegen. Ich erfuhr bei der Angestellten, die sehr nett und hilfsbereit war, daß ich damit im Moment gar nichts erreichen kann, weil die Berechnungsunterlagen immer noch bei der Datenverarbeitung sind und frühestens Ende Oktober zurückkommen. Überhaupt wäre der Bescheid ja ein vorläufiger. Der endgültige, der auf der neuen gesetzlichen Bestimmung beruht, käme erst im März. Das "neue" Gesetz, das den Höchstbetrag auf 500 DM und den Elternfreibetrag auf 1 200 DM erhöht, wurde aber schon im Frühjahr beschlossen. Es tritt ab 1. Oktober in Kraft. Die Studenten merken aber nichts davon. Die Erhöhung, die sowieso nicht ausreicht, um mit den davonlaufenden Preisen mitzukommen, wird ihnen ein halbes Jahr lang vorenthalten. Während dieser Zeit müssen sie selbst sehen, wie sie über die Runden kommen."

Völlig zu Recht haben die Studenten gegen dieses neue Gesetz protestiert. Die Erhöhung der Stipendien um 80 DM wird den Studenten, die keine reichen Eltern haben, durch das neue Gesetz nur als Darlehen gewährt, wird ihnen durch das bürokratische Verfahren teilweise vorenthalten und sie wird ihnen gleich wieder abgenommen durch Preis- und Gebührensteigerungen bei zahlreichen studentischen Sozialeinrichtungen. Diese Erfahrung machten z.B. die Studenten der Frankfurter Fachhochschule:

"Als wir aus den Semesterferien wieder an die Fachhochschule kamen, konnten wir schon wieder tiefer in die Tasche greifen. Der Mensapreis für ein Essen wurde von 1,70 DM auf 1,90 DM erhöht, damit die schlechte Qualität des Essens erhalten werden kann. Die Preise für belegte Brötchen und für Getränke sind ebenfalls gestiegen. Am Anfang letzten Semesters mußten wir plötzlich 30 DM bezahlen, weil wir an ein Studentenwerk angegliedert wurden, von dem wir nichts haben. Außerdem bekamen viele Studenten eine geringere Berufsausbildungsförderung. Ich bekam z.B. 270 DM weniger, so daß ich jetzt mit 130 DM auskommen soll!"

Es sind dies keine einzelnen Erfahrungen. In Hamburg und Niedersachsen z.B. wurden die Mieten in den meisten Studentenwohnheimen unter direkter Berufung auf die Erhöhung der Stipendien um 20 bis 25 DM heraufgesetzt. Zugleich gehen die Landesregierungen zügig daran, ihren Einfluß auf die studentischen Sozialeinrichtungen zu erweitern und die Mittel, die die Studenten zu ihrer Finanzierung aufbringen müssen, zu erhöhen. Das jüngste Beispiel hierfür ist Nordrhein-Westfalen, wo die Landesregierung eine Erhöhung der Sozialbeiträge der Studenten mit Druck und Erpressung gegen den erklärten Willen und die Forderungen Zehntausender von Studenten durchgesetzt hat.

So werden die Studenten, kaum daß sie die Schwellen der Hochschulen zum neuen Semester überschritten haben, eines doppelten Betrugs gewahr: Die versprochene Stipendienerhöhung wird ihnen nur als Darlehen gewährt, und eh' sie das Geld überhaupt sehen, ist sie infolge der zahlreichen Gebühren-, Miet- und Preiserhöhungen bereits wieder aufgefressen.

–H.J.–





Etwa 1 500 Menschen demonstrierten am Samstag, den 26. Oktober, in Frankfurt gegen die schlechte Situation im Schulwesen. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration Frankfurter Schüler (vgl. KVZ Nr. 21), die damit gegen die "Bildungsmisere" protestierten. Gefordert wurde u.a. eine einheitliche Ausbildung aller Schüler bis zum 18. Lebensjahr.

Der Frankfurter GEW-Vorstand war im Zusammenhang damit zurückgetreten, weil er nicht bereit war, den Beschluß der Mitglieder, die Demonstration zu unterstützen, durchzuführen.

Die Erhöhung der Stipendien um 80 DM wird den Studenten, die keine reichen Eltern haben, durch das neue Gesetz nur als Darlehen gewährt, wird ihnen durch das bürokratische Verfahren teilweise vorenthalten und sie wird ihnen gleich wieder abgenommen durch Preis- und Gebührensteigerungen bei zahlreichen studentischen Sozialeinrichtungen. Diese Er-
zum neuen Semester überschritten haben, eines doppelten Betrugs gewahr: Die versprochene Stipendienerhöhung wird ihnen nur als Darlehen gewährt, und eh' sie das Geld überhaupt sehen, ist sie infolge der zahlreichen Gebühren-, Miet- und Preiserhöhungen bereits wieder aufgefressen.
–H.J.–

Folgen eines Versagens

Wie die Schulbürokratie ihre Funktionäre behandelt

Mannheim. Während einer Dienstbesprechung auf dem Oberschulamt erlitt der Rektor der Geschwister-Scholl-Grundschule in Mannheim einen Kreislaufkollaps. Kurz darauf konnte man in einer Presseerklärung des Oberschulamtes im "Mannheimer Morgen" lesen, daß die "fortgesetzte Hetze" außerschulischer Kräfte gegen den Rektor Schuld an dessen Zusammenbruch sei.

Rektor Schönhals hatte zuvor durch Einschüchterungen, Drohungen und Versetzungen versucht, die Unruhe unter den Schülern, Eltern und Lehrern dieser Schule zu unterdrücken. Dies war ihm nicht gelungen. Auf's Oberschulamt gerufen hoffte er wohl, die Früchte für seine Disziplinierungsversuche kassieren zu können. Offensichtlich war es aber so, daß ihn das Oberschulamt fallen ließ, weil er versagt hatte und daß mit ihm über seine Versetzung geredet wurde. Erst benützt und dann fallengelassen zu werden, war allerdings für den Kreislauf des Rektors zuviel. Daß das Oberschulamt jetzt noch den Kreislaufkollaps des Rektors nimmt, um gegen jene zu hetzen, die sich berechtigterweise über die Lage an den Schulen empören, zeigt, daß diesen Herren kein Mittel zu schäbig und zu schlecht ist.

Stimmrecht aberkannt

SPD-Studenten als Handlanger der bayrischen Staatsregierung /Zentralratssitzung des VDS

Am 21.10. sollte eine Zentralratssitzung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) stattfinden. (Der VDS ist der Zusammenschluß der Studentenschaften der Pädagogischen Hochschulen und Universitäten in der BRD und Westberlin. Einmal im Jahr findet eine Mitgliederversammlung statt. Der Zentralrat faßt wichtige Beschlüsse zwischen den Mitgliederversammlungen und kontrolliert den VDS-Vorstand.) Diese Sitzung ist geplatzt, weil die SPD-Studenten (Juso-Hochschulgruppen) sich weigerten, das Stimmrecht zweier Studentenschaften anzuerkennen.

Folgendes steckt dahinter: die bayrische Staatsregierung hat zum 1.10.1974 die Studentenschaften in Bayern aufgelöst. Das heißt, die Studenten sollen sich laut Gesetz keine Studentenparlamente und ASten mehr wählen, sollen ihre Politik nicht mehr auf Vollversammlungen diskutieren und beschließen. Die Studenten haben aber über ihre ASten und mit Vollversammlungsbeschlüssen gegen staatliche Maßnahmen zur Verschärfung des Studiums, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und gegen die politische Knebelung an den Hochschulen gekämpft. Oft haben die Studenten auch über AStA und Vollversammlung auf der Seite des Volkes Partei gegen den bürgerlichen Staat ergriffen, z. B. wenn es gegen Fahrpreiserhöhungen bei städtischen Verkehrsmitteln ging und dgl.. Daß die Studenten eine solche Politik treiben und sich dabei nicht darauf beschränken, Beschlüsse zu fassen, sondern aktiv tätig werden: dagegen soll die Maßnahme der bayrischen Staatsregierung ein Mittel sein.

Die bayrischen Studenten haben sich in zahlreichen Aktionen für den Bestand ihrer Studentenschaft ausgesprochen. Der Zentralrat des VDS hat dementsprechend auf seiner letzten Sitzung Anfang Oktober die gewählten Studentenvertretungen in Bayern aufgefordert, auch nach dem 1.10. im Amt zu bleiben und sich nicht einfach durch einen Federstrich für nichtexistent erklären zu lassen. Damals hatten schon nicht alle SPD-Studenten im Zentralrat für diesen Aufruf gestimmt. Und auf der Sitzung am 21.10. erklärten sie nun, laut Satzung des VDS hätten die bayrischen Studentenschaften im Zentralrat kein Stimmrecht mehr, weil es sie ja jetzt juristisch gar nicht mehr gäbe.

Zu recht stieß diese Absicht auf Empörung bei den anderen Zentralratsmitgliedern. Sie machten den SPD-Studenten klar, daß dies nichts anderes bedeutet, als den bayrischen Studenten von Seiten des VDS in den Rücken zu fallen, indem man sie bzw. ihre Vertreter im VDS entmündigt. Daß dies bedeutet, daß der VDS entschieden geschwächt wird, weil die Studenten so kein zuverlässiges Instrument haben, den Kampf um ihre Rechte bundesweit zu organisieren. Die SPD-Studenten ließen sich jedoch nicht von ihrem Standpunkt abbringen, worauf die Mehrheit der Zentralratsmitglieder die Sitzung verließ, unter ihnen auch DKP-Studenten. Die kommunistischen Studenten fordern, damit das wichtige Instument VDS nicht verkommt:

1. die bayrischen ASten bleiben stimmberechtigt wie zuvor;
2. die Satzungsbestimmung, die tatsächlich die Mitgliedschaft im VDS von staatlichen Gesetzen abhängig macht, wird schnellstmöglich geändert.

Und dafür werden sie die Studenten zu gewinnen versuchen.

–H.J., R.G.
(AStA Uni Kiel)–

»Aus Gnade und Barmherzigkeit«

Trier. Daß die Bourgeoisie nicht im geringsten ein Interesse daran hat, daß in den bürgerlichen Schulen die Kinder dazu erzogen werden, selbständig ihre Interessen zu vertreten, sondern daß sie genau das Gegenteil erreichen will, zeigt ein Beispiel aus der gewerblichen Berufsschule in Trier, das sich kürzlich ereignete:

Ein Referendar hat eine Lehrprobe in einer Klasse von Schreinerlehrlingen zu halten. Er kennt die Klasse und weiß, daß alle Schüler aus kleinen Dörfern aus der Eifel oder aus dem Hunsrück kommen, daß sie alle Arbeiter- und Bauernkinder sind und Schwierigkeiten haben, dem Lehrer in seinem Stoff zu folgen und ihn zu verstehen, und erst recht fällt es ihnen schwer, sich in Hochdeutsch auszudrücken.

Damit die Schüler etwas von der Stunde profitieren sollten, trug der Referendar seinen Stoff in Eifel-Platt vor, was die Schüler sehr gut verstanden; zum ersten Mal entstand in dieser Klasse auch eine Diskussion über den Stoff.

Nach der Stunde jedoch weigerte sich der Mentor, diese Stunde zu bewerten. Mit welcher Begründung? 'So etwas wäre für eine Prüfung untragbar'! Die anwesenden Referendare unterstützten ihren Kollegen und forderten vom Mentor eine Begründung. Dieser wich der Frage aus mit der Drohung, bei der Hauptlehrprobe (Prüfung) sei dieser Kandidat ja sowieso durchgefallen; er würde ja 'aus Gnade und Barmherzigkeit' diese Lehrprobe gar nicht bewerten!

Dies zeigt ganz eindeutig, daß die Bourgeoisie und ihre Vertreter in den Schulämtern und Studienseminaren es verhindern, daß den Schülern und Jugendlichen Kenntnisse über die wirklichen Verhältnisse in der Gesellschaft vermittelt werden.

KBW-Sympathisantengruppe Trier

Schulstreik in der Vahr

Bremen. Im Oktober wurde in den Schulen Witzlebenstraße und Wilhelm-Leuschner-Straße in der Vahr in Bremen ein eintägiger Proteststreik durchgeführt. 1 400 Schüler blieben zu Hause. Der Protest der Eltern, Schüler und Lehrer richtete sich gegen den Unterrichtsausfall und dagegen, daß trotz dieser Lage Lehrer aus diesen Schulen versetzt werden.

Universitätsstreik

Konstanz. Seit Montag dieser Woche befinden sich die Angehörigen der Universität Konstanz in einem Streik, der von der Mehrheit der Studenten beschlossen wurde. Der Streik richtet sich gegen den Schieß-Erlaß bzw. die Berufsverbote im öffentlichen Dienst, und gegen die Einreiseverbote für Chile-Flüchtlinge, von denen einige Universitätslehraufträge erhalten sollten.

Viele Mieter setzen sich zur Wehr

Nicht durch Krieg oder Naturgewalt, sondern allein durch die Wirkung des Gesetzes der kapitalistischen Profitwirtschaft werden heute in Westdeutschland ganze Stadtviertel zerstört und Hunderttausende von Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben. Gut erhaltene oder leicht renovierbare Straßenzüge im inneren Kreis der Städte werden bewußt dem Verfall preisgegeben, wenn die Bewohner allmählich fliehen, werden eine Zeitlang ausländische Arbeiter zu skandalösen Mieten in den Häusern zusammengepfercht. Schließlich kommen die Bulldozer und nach einiger Zeit bestimmen Bürosilos, Banken und Warenhäuser das Bild. Die Ausplünderung der Werktätigen in den billigeren Wohnungen war unrentabel geworden, die Büropaläste boten den Grundstücksbesitzern einen höhreren Gewinn. Die Stadträte wollen höhere Gewerbesteuer. Den Vertriebenen werden Wohnungen weit vom Stadtzentrum angeboten, die häufig mehr als das dreifache an Miete kosten, "saubere Ställe für Menschenhaltung". Wer nicht zahlen kann, bleibt auf der Strecke und findet sich leicht in einem Obdachlosenasyl wieder. Daß die Produktion von Wohnungen vom Gesichtspunkt des Profits und nicht vom Gesichtspunkt der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen betrieben wird, deckt die Krise noch deutlicher auf. Inzwischen stehen über 750 000 Wohnungen leer, weil sie keiner bezahlen kann, während über eine Million Menschen ohne ein Obdach dahinvegetieren müssen.

In den letzten Jahren sind insbesondere in den neuen Vierteln des "sozialen" Wohnungsbaus Mieten und Nebenkosten ständig gestiegen. 30 % des Lohnes für die Miete einer engen Behausung ist überhaupt keine Besonderheit mehr.. Bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit stehen die Haushalte schnell vor unlösbaren Problemen. Gegen diesen Wucher haben sich, wie wir aus den zahlreichen Korrespondenzen ersehen können, in der letzten Zeit immer mehr Widerstandsnester gebildet. Die Ausbreitung dieser Front wird nicht bloß durch den Lohnabbau und die allgemeine Preistreiberei begünstigt. Der Tatbestand, daß in diesen neuen Vierteln oft Tausende von Mietern einer einzigen Wohnungsgesellschaft gegenüberstehen, erleichtert ihren Zusammenschluß. Die Rebellion wird genährt, wenn diese Gesellschaften, allen voran die Neue Heimat, ihre Monopolstellung schamlos ausnutzen und den Mietern durch betrügerische Kalkulationen und Tricks oft in übelster Weise mitspielen.

Besonders erbittert die Mieter, wenn sie in den Aufsichtsräten diese Gesellschaften unter dem betrügerischen Etikett: "Gemeinnützig" ihre Stadträte wiederfinden, die da ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Gerade die städtischen und halbstädtischen Gesellschaften spielen gerne den Vorreiter in der Ausplünderung der Werktätigen auf dem Wohnungsmarkt.

Wenn es den Mietern gelingt, eine einheitliche Front gegen solche Gesellschaften aufzubauen, die regelmäßig auftauchenden Angriffe der Gerichte gegen einzelne Mieter abwehren, die Verweigerung der Zahlung geschlossen durchzuführen und sich sofort der öffentlichen Unterstützung im Viertel und gewerkschaftlichen und betrieblichen Organe zu versichern, sind Erfolge gegen die Wohnungskapitalisten möglich, auch wenn sie immer nur vorübergehend sein können.

Nicht losgelöst werden dürfen diese Kämpfe von der hauptsächlichen Lösung der Mietfrage für die Arbeiter und die arbeitenden Massen, die darin besteht, einen Lohn durchzusetzen, der die Wirkung der Prellerei wieder ausgleicht. Daß beide Lösungen immer nur vorübergehend sein können und eine grundsätzliche Lösung der Wohnungsnot nur möglich ist, wenn die Grundlage dieses Übels abgeschafft, die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die Herrschenden beseitigt ist, diese Erkenntis in den Gefechten mit den Wohnungskapitalisten zu verbreiten ist unbedingte Voraussetzung, wenn die Rebellion nicht nutzlos bleiben und von jeder Niederlage in Resignation getrieben werden soll.

– H.V. –

Giftkippe zu!

Malcher Deponie von Bevölkerung besetzt

Am Montag, den 26. Oktober, morgens früh um sechs Uhr, begannen Bewohner von Malschenberg, Malsch und Umgebung mit der Sperrung der "Sondermülldeponie Malsch" (bei Wiesloch). Mit PKW's, Stellschildern, Transparenten und einem Wohnwagen blockierten sie in Schichten Tag und Nacht die Zufahrt zur Deponie. Die anfahrenden LKW's konnten ihre Fässer mit Chemierückständen und Industriemüllcontainer nicht länger auf der Deponie abladen.

Der Beschluß, die Giftmüllkippe zu sperren, war zwei Tage zuvor einstimmig auf einer Bürgerversammlung in Malschenberg gefaßt worden. Das zuständige Landratsamt Heidelberg wurde durch die Aktion gezwungen, die Deponie vorläufig zu schließen. Aber dieser erste Erfolg wird die Arbeiter, Angestellten und Bauern in dieser Gegend nicht davon abhalten, bis zur vollständigen Erfüllung ihrer Forderungen nach endgültiger Schließung der Deponie und Abtransport und Vernichtung des Giftmülls auf Kosten der Verursacher weiterzukämpfen. Vor der Deponie wird weiter abwechselnd Wache geschoben.

Die Malscher Sondermülldeponie wird bereits seit 1971 von der "Westdeutschen Abfallbeseitigungsgesellschaft" (WESTAB) auf dem Gelände einer stillgelegten Tongrube betrieben. Die Bevölkerung war lange Zeit überhaupt nicht darüber informiert, daß dort z.T. hochgiftige Industrieabfälle und Chemierückstände tonnenweise abgelagert wurden. "Harmlose Sperrmüllkippe" hieß es anfangs von Seiten der Gemeindeverwaltung.

Im Sommer 1972 wurden dann im Zusammenhang mit einem hessischen Giftmüllskandal die ersten Tatsachen bekannt: Auf der Malscher Deponie waren Hunderte von Fässern mit giftigem Säureteer abgelagert worden. Die Bevölkerung hatte sich zu diesem Vorgehen entschlossen, nachdem vor wenigen Wochen bekannt wurde, daß auf Antrag der WESTAB und mit Unterstützung des Landratsamtes das Verwaltungsgericht Karlsruhe nachträglich das Abpumpen des Deponiewassers von der Giftkippe genehmigte. Schließlich billigten noch alle Fraktionen des Rhein-Neckar-Kreistags die von Landrat Neckenauer im Zusammenhang mit der Deponie in Malsch getroffenen Maßnahmen; aus Stuttgart ließ Umweltminister Brünner verlauten, er "wünsche eine weitere Verfüllung der Deponie".

P.L., Ortsgruppe Wiesloch
(von der Redaktion gekürzt)

Wem nutzt die »Gemeinnützige«?

Offenbach. Am Montag, 28. Oktober, versammelten sich über 300 Mieter der Lauterbornsiedlung, um ihrer Empörung über überteuerte Sozialmieten und katastrophale Mißstände in den Häusern gegenüber dem Oberbürgermeister und Vertretern der "Gemeinnützigen Baugesellschaft" Ausdruck zu verleihen. Eine Dreizimmerwohnung kostet mittlerweile 495 DM. Hinzu kommen Nachzahlungen und Extraausgaben. 400 bis 500 DM mußte jede Mietpartei kurz vor dem Sommer hinlegen, weil die Gesellschaft nach knapp drei Jahren feststellt, daß die Baukosten überschritten wurden. Mancher Mieter mußte daraufhin die Urlaubsreise aufgeben.

Als bekannt wurde, daß im nächsten Jahr die Quadratmeterpreise für Sozialwohnungen im Bundesgebiet um 20-30 Pfennig angehoben werden sollen, hatten die Mieter der Eschstraße 21 die Nase voll. In einer Erklärung an den Oberbürgermeister Buckpesch bekundeten 45 (inzwischen 48) Mieter des Hauses, daß sie keine weitere Mietsteigerung hinnehmen würden. Ein Mieterrat wurde gewählt. Andere Häuser folgten dem Beispiel und gaben in der örtlichen Presse Solidaritätserklärungen ab.

Auf der Versammlung legte der Mieterrat die Forderungen vor:

- Die Miete muß auf ein erträgliches Maß zurückgesetzt werden. Das bedeutet für die Eschstraße: Zahlung der Miete vor dem 1.6.74 (für eine 3-Zimmer-Wohnung etwa 75,– DM pro Monat weniger).
- Die Stadt soll einen öffentlichen Versammlungsraum für den Mieterrat zur Verfügung stellen, weil diese öffentlich und für jeden Bewohner erreichbar sein soll.

Oberbürgermeister Buckpesch sah sich gezwungen, die überteuerten Sozialmieten als "Schweinerei" zu bezeichnen. Hintenrum fragte er einen Vertreter des Mieterrats: "Ist es wirklich so schlimm?" Daran kann man sehen, wie weit entfernt diese Volksvertreter von der wirklichen Lage der Bevölkerung sind.

Aus der Versammlung erhoben sich immer wieder Vertreter von Häusern und schilderten die katastrophalen Zustände. Oberbürgermeister Buckpesch versuchte durch allgemeine Bemerkungen von den konkreten Mißständen abzulenken und die Forderungen zu überhören. Als ihm dies nicht recht gelingen wollte, ging Bundestagsabgeordneter Coppik ans Mikrophon. Die Mieter sollten sich nicht zu weit engagieren, es wären eben die Gesetze, die schlecht seien. Er fahre morgen wieder nach Bonn ...

Der Mieterrat beendete die Versammlung mit den Worten: Der Oberbürgermeister solle eine Chance bekommen, sich um die Senkung der Sozialmiete zu kümmern. In 3 Monaten sei die Frist abgelaufen, dann solle er auf einer erneuten Bürgerversammlung zu den Forderungen Stellung beziehen. Sei die Antwort negativ, dann würden die Mieter des Hauses Eschstraße 21, und sie bestimmt nicht allein, dazu übergehen, die alte Miete zu zahlen und den Rest auf ein Sperrkonto einzahlen, bis die Forderung durch sei. Jetzt kommt es darauf an, daß sich in anderen Häusern ebenfalls Mieterräte bilden und daß bis zum 15. Januar alle Forderungen auf den Tisch kommen.

–J.F., Stadtteilzelle Lauterborn–

Mieterdemonstration vor dem Gericht in Neustadt

Am 17. Oktober demonstrierten Mieter aus dem zum "sozialen" Wohnungsbau gehörenden Berenbostler Wohngebiet "Kronsberg" vor dem Amtsgericht in Neustadt am Rübenberge gegen eine erneute (die dritte innerhalb von zwei Jahren) Mieterhöhung ihres Bauherrn, der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft (NWDS).

Sie machten so wiederholt – schon im April veranstalteten sie eine Demonstration in Hannover – auf die Misere im sozialen Wohnungsbau aufmerksam und solidarisierten sich mit einem ihre Interessen vertretenden Mieter, der gegen die NWDS (inzwischen zu 70 % der "Neuen Heimat" gehörend) prozessiert. Gegenstand dieses Prozesses ist die Frage, ob die erhöhte Mietforderung der NWDS gerechtfertigt ist oder nicht.

Innerhalb von zwei Jahren wurden die Mieten auf dem Kronsberg von der NWDS um mehr als 25 % erhöht. Um sich gegen diese Ausplünderung zur Wehr zu setzen, hatten sich die Mieter organisiert und schon im Juli 1973 eine Mieterinitiative gebildet.

D.V., Berenbostel

Mietgesetz gegen Mieter

Mieterhöhung und Kündigung leichter gemacht

Am 17. Oktober 1974 verabschiedete der Bundestag mit nur einer Gegenstimme das "Zweite Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum", (im folgenden: WoKSchG)

Nach dem 2. WoKSchG kann ein Vermieter seinen Mietern "nur" noch dann kündigen, wenn

- der Mieter schuldhaft seinen Vertrag verletzt
- der Vermieter die Wohnräume für sich oder seine Familienangehörigen benötigt
- der Vermieter das Grundstück wirtschaftlich besser nutzen möchte als bisher.

Eine Kündigung allein zum Zweck der Mieterhöhung ist ausgeschlossen. Verlangt der Vermieter eine höhere Miete, so muß er nun drei Wohnungen (Vergleichsobjekte) heranziehen, um nachzuweisen, daß diese Miete die "ortsübliche Vergleichsmiete" nicht überschreitet. Mit dieser Regelung soll – so will man uns weismachen – erreicht werden, daß außergewöhnlich hohe Mietsteigerungen nicht mehr drin seien. Die Bundesregierung preist die Änderung des Mietrechts deshalb als "soziale Großtat", weil angeblich das 1. WoKSchG dafür gesorgt habe, daß die Mieten in den letzten zwei Jahren geringer als die allgemeinen Lebensbedingungen gestiegen seien.

Wie verhält es sich wirklich?

1. Richtig ist, daß die statistisch errechnete Durchschnittsmiete in den letzten beiden Jahren ein bißchen geringer gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten. Das besagt aber nichts über die tatsächlich gestiegenen Mieten vor allem in den Ballungsräumen

Außerdem ist es nicht das 1. WoKSchG, das die horrenden Mietpreissteigerungen etwas gebremst hat, sondern es war vor allem die Unmöglichkeit, noch viel mehr aus den Mietern herauszupressen.

2. Über das 2. WoKSchG soll keinesfalls der Mietpreis eingefroren und die Rentabilität des Haus- und Grundbesitzes beschnitten werden. Im Gegenteil: Mit dem Verweis auf die Vergleichsmiete dreier Wohnungen wird geradezu eine juristisch hieb- und stichfeste Begründung zur Mietpreiserhöhung gegeben. Welchem Haus- und Grundbesitzer fiel es nicht leicht, drei Objekte zu benennen, bei denen eine höhere Miete verlangt wird. Außerdem genießen die Mieter, die neu in eine Wohnung ziehen, den "Kündigungsschutz" nicht. Der neue Mietpreis der Wohnung dürfte in den meisten Fällen wesentlich über der alten Miete liegen. Schließlich dürfen nach dem 2. WoKSchG erhöhte Hypothekenzinsen – wesentlicher Mietsteigerungsgrund in Zeiten des hohen Zinses – ab 1975 auf den Mieter umgelegt werden, was bisher nur für den "Sozialen Wohnungsbau" galt. Auch dürfen jetzt legal bis 14 % Modernisierungskosten auf den Mietpreis aufgeschlagen werden.

3. Der Kündigungsschutz versagt völlig, wo er im Interesse der Mieter am notwendigsten wäre, nämlich dann, wenn der Hauseigentümer sein Grundstück ökonomisch höher nutzen will als bisher (Beispiel: Im Frankfurter Westend soll anstelle eines Wohnhauses ein Bürohochhaus gebaut werden). Der Vermieter darf unter Berufung auf das WoKSchG kündigen!

–M.H., Frankfurt–



Göttingen. Keine Erhöhung der Gaspreise! Schluß mit der Ausplünderung durch den Stadtrat! – Unter diesen Parolen demonstrierten am Freitag, dem 1. November, rund 600 Menschen zur Sitzung des Göttinger Stadtrats. Am Samstag zuvor war bekannt geworden, daß der Rat eine 17 bis 20 prozentige Gaspreiserhöhung beschließen wollte. Zu der Demonstration hatten neben verschiedenen Vertretungskörperschaften von Studenten und Schülern die Ortsgruppe des KBW und seine Massenorganisationen aufgerufen. Gegen die Erhöhung der Gaspreise waren im Laufe der Woche etwa 30 Resolutionen und Unterschriftensammlungen erstellt worden in Betrieben (so der Vertrauensleutekörper von ISCO), staatlichen Institutionen, im Stadtteil und in einzelnen Häusern.

Als der Demonstrationszug vor das Jugendfreizeitheim kam, wo der Stadtrat tagte, war das Jugendfreizeitheim von Polizisten abgeriegelt. Der kleine Sitzungssaal war mit Lehrlingen der Stadtverwaltung besetzt, die auf Anweisung ihrer Ausbildungsleiter dorthin beordert waren. Das war also die öffentliche Ratssitzung, wie sie sich der Stadtrat vorstellt. Eine Delegation der Demonstration wurde vom Oberbürgermeister Levi zwar empfangen, aber nicht zum Rat gelasssen. Unter der Parole: Der Stadtrat scheut die Öffentlichkeit, er hält die Polizei bereit!, zog der Demonstrationszug zurück in die Innenstadt, um der Bevölkerung zu berichten.

Ein Jugendoffizier als MAD-Spitzel auf Schülerversammlung entlarvt

Olt Schmincke ließ Wortmeldungen und Namen von Soldaten aufschreiben/ Die Schüler protestierten

Auf Initiative von Schülern der 10. Klassen der Gesamtschule Lohfelden wurde am 23.10. eine Podiumsdiskussion mit einem Jugendoffizier der Bundeswehr (Oberleutnant Schmincke), mit Zivildienstleistenden aus Lohfelden und Soldaten aus dem "Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel" durchgeführt. 50 Schüler, einige Lehrer und andere interessierte Menschen diskutierten zum Thema: "Bundeswehr auf dem Prüfstand – pro und contra".

Anfänglich wurde über Kriegsdienstverweigerung und das Anerkennungsverfahren gesprochen. In der weiteren Diskussion wurde von Zivildienstleistenden und Schülern die Frage aufgeworfen, welche Funktion die Bundeswehr im Inneren wahrnimmt und welche Aufgaben sie im Rahmen der Notstandsgesetze zu erfüllen hat.
Ein Soldat aus dem Komitee berichtete von Manövern und Planspielen der Bundeswehr, wo Einsätze gegen streikende Arbeiter geübt wurden und wo Soldaten, die selbst der Arbeiterklasse und dem Volk angehören, im Ernstfall gezwungen werden, gegen ihre Kollegen und gegen ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Gezwungen werden sie von Offizieren, die zu 90 % nicht aus der Arbeiterklasse kommen.
Oberleutnant Schmincke versuchte sich damit herauszureden, daß die Bundeswehr nur im Notstand (und die Notstandsgesetze seien ja demokratisch beschlossen) und nur gegen "bewaffnete Verbände" eingesetzt würde und daß es im übrigen in der BRD keine Klassengegensätze mehr gebe. Großes Gelächter – diese Argumentation zog nicht, weil sie ganz einfach den Realitäten widerspricht.

Da sich der Jugendoffizier Schmincke immer wieder auf das Grundgesetz berief, wenn er offensichtlich gegen das Volk gerichtete Aufgaben der Bundeswehr rechtfertigte, fragte plötzlich ein Schüler: "Sie berufen sich hier dauernd auf das Grundgesetz, können wir uns nicht genauso auf das Grundgesetz berufen, oder für wen gilt das eigentlich?" Ein weiterer Schüler stellte unwidersprochen fest, daß die Bundeswehr die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verteidigen und auch schon Ansätze zur Veränderung im Keim ersticken soll. So kamen mit Zweifeln über die Nützlichkeit der Bundeswehr für das Volk auch erste Zweifel auf über die Nützlichkeit des Grundgesetzes, auf dessen Boden die Bundeswehr ja steht.

Ein Soldat aus dem Komitee erklärte, daß es viele Soldaten gibt, die etwas dagegen unternehmen möchten, daß die Bundeswehr gegen die eigenen Kollegen eingesetzt werden kann, daß in Manövern Millionenschäden zu Lasten des Volkes angerichtet werden, daß Soldaten gezwungen werden, übermüdet Panzer, Kraftfahrzeuge und Waffen zu bedienen, was zu vielen, oft tödlichen, Unfällen führt. Da sich aber der Soldat in und außerhalb der Kaserne nicht frei politisch betätigen darf, ist er stets Bespitzelungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seiner Offiziere und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) ausgesetzt, wenn er die Öffentlichkeit über die Bundeswehr informiert. Um dagegen entschieden auftreten und gegen die entrechtete Lage der Soldaten kämpfen zu können, haben sich mehrere Soldaten aus der Kasseler Gegend im "Soldaten- und Reservistenkomitee" zusammengeschlossen.
Oberleutnant Schmincke versuchte gegen das Komitee zu hetzen. Entrüstet wiesen die Diskussionsteilnehmer die Angriffe Schminckes zurück.

Ein Diskussionsteilnehmer hatte bemerkt, daß der Jugendoffizier Schmincke bestimmte Namen und politische Äußerungen der Soldaten und Zivildienstleistenden von seinem mitgebrachten Gehilfen notieren ließ.
Er sagte dem Jugendoffizier auf den Kopf zu, daß er die Informationen an den MAD weitergeben würde, da sie für ihn persönlich ohne Wert wären. Schmincke stritt das ab, denn die Leute seien dem MAD sowieso schon bekannt. Nach längerem Hin und Her wurde klar, daß der Jugendoffizier Schmincke ein MAD-Spitzel ist, so daß ein Lehrer offen in Frage stellte, ob jemals wieder ein Vertreter der Bundeswehr an die Schule geholt würde, wenn daraus Überwachungsmaßnahmen des MAD gegen Lehrer und Schüler zu befürchten seien.
Ein Soldat teilte die Befürchtung und berichtete von einer ähnlichen Schülerveranstaltung in Sontra, wo Schüler Wochen später von MAD-Leuten namentlich angesprochen wurden. Die spontane Empörung der Schüler und Lehrer drückte sich so aus, daß sie die Soldaten um Benachrichtigung baten, falls Offiziere oder der MAD ihnen aus ihrer Teilnahme an der Diskussion einen Strick drehen wollen.
Ein Soldat sagte: "Ich werde weiterhin im Komitee mitarbeiten, und sollten wir noch so viel Druck kriegen, weil wir nur gemeinsam gegen unsere Rechtlosigkeit im Bund kämpfen können." Es ist richtig, auch in der Bevölkerung offen aufzutreten und den Vertretern der Bundeswehr in Diskussionen offen entgegenzutreten, denn außerhalb der Kaserne, wenn sie sich unters Volk begeben, haben sie es immer schwerer, die Bundeswehr als Verteidiger der Freiheit des Volkes hinzustellen. Andererseits haben es die Soldaten immer leichter, sich mit der Bevölkerung zusammenzuschließen und die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu verfolgen.
Aus dieser anschaulichen Diskussion haben die Schüler, aber auch ihre Lehrer, sicher viel über die Bundeswehr, ihre Aufgaben und ihre "Kampfmethoden" gelernt.

–M.S., Schülerin,
G.Z., Vater einer Schülerin,
Bo, Lehrerstudent
Lohfelden/Kassel–

würde und daß es im übrigen in der BRD keine Klassengegensätze mehr gebe. Großes Gelächter – diese Argumentation zog nicht, weil sie ganz einfach den Realitäten widerspricht.

Da sich der Jugendoffizier Schmincke immer wieder auf das Grundgesetz berief, wenn er offensichtlich gegen das Volk gerichtete Aufgaben der Bundeswehr rechtfertigte, fragte plötzlich ein Schüler: "Sie berufen sich hier dauernd auf das Grundgesetz, können wir uns nicht genauso auf das Grundgesetz berufen, oder für wen gilt das eigentlich?" Ein weiterer Schüler stellte unwidersprochen fest, daß die Bundeswehr die bestehenden gesellschaftlichen Verhält-

über die Bundeswehr informiert. Um dagegen entschieden auftreten und gegen die entrechtete Lage der Soldaten kämpfen zu können, haben sich mehrere Soldaten aus der Kasseler Gegend im "Soldaten- und Reservistenkomitee" zusammengeschlossen.
Oberleutnant Schmincke versuchte gegen das Komitee zu hetzen. Entrüstet wiesen die Diskussionsteilnehmer die Angriffe Schminckes zurück.

Ein Diskussionsteilnehmer hatte bemerkt, daß der Jugendoffizier Schmincke bestimmte Namen und politische Äußerungen der Soldaten und Zivildienstleistenden von seinem mitgebrachten Gehilfen notieren ließ.

Diskussionen offen entgegenzutreten, denn außerhalb der Kaserne, wenn sie sich unters Volk begeben, haben sie es immer schwerer, die Bundeswehr als Verteidiger der Freiheit des Volkes hinzustellen. Andererseits haben es die Soldaten immer leichter, sich mit der Bevölkerung zusammenzuschließen und die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu verfolgen.
Aus dieser anschaulichen Diskussion haben die Schüler, aber auch ihre Lehrer, sicher viel über die Bundeswehr, ihre Aufgaben und ihre "Kampfmethoden" gelernt.
–M.S., Schülerin,
G.Z., Vater einer Schülerin,
Bo, Lehrerstudent
Lohfelden/Kassel–

KVZ-Lesen erlaubt

Erfolg einer Beschwerde: Der Refü–Gehilfe darf die KVZ weiter im Büro lesen, weil die KVZ öffentlich erworben werden kann, und der KP–Chef nicht das Zeitunglesen überhaupt verboten hat

Während meiner Bundeswehrzeit in Münster war ich zuletzt Rechnungsführergehilfe, also im Innendienst. Das letzte halbe Jahr hatte ich die KVZ in die Kaserne bestellt und mir keine Mühe gegeben, meine Ansichten zu verbergen. Das geht auch gar nicht, denn die Kameraden werden mißtrauisch, wenn man sich versteckt, und es ist ein gutes Mittel im Kampf um Rechte, auch vor den Vorgesetzten darauf zu bestehen, die KVZ zu lesen und seine Ansichten zu vertreten.
Ich hatte meistens eine KVZ auf dem Rechnungsführerzimmer liegen und las darin, wenn ich Zeit hatte. So konnte ich gut mit manchen Kameraden, die hereinkamen, darüber diskutieren. Im August verbot mir der Kompaniechef, die Zeitung offen in dem Rechnungsführerzimmer liegen zu lassen. Dagegen habe ich mich beschwert, weil ich es mir nicht verbieten lasse, die Zeitung zu lesen, die ich für gut halte. Auch ein großer Teil meiner Kameraden fand es richtig, daß ich mich gegen das Verbot beschwert hatte.
Der Beschwerde wurde vom Kommandeur stattgegeben. Das heißt, ich erhielt praktisch die Erlaubnis, die KVZ offen liegen zu lassen. Im Beschwerdebescheid heißt es:

"Ihre Beschwerde ist zulässig und begründet.
Meine Ermittlungen haben ergeben, daß der Sachverhalt, den sie vorbringen, richtig ist.
Die von Ihnen angeführte "KVZ" ist eine Zeitung, die öffentlich erworben werden kann, wie andere Zeitungen auch. Da der KpChef nicht allgemein durch Befehl verboten hat, Zeitschriften jeglicher Art offen liegen zu lassen, war es nicht gerechtfertigt, Ihnen den Befehl zu erteilen, die Zeitung zu entfernen. . . ."

Im Kampf gegen die Unterdrückung bei der Bundeswehr muß man auch die geringen legalen Möglichkeiten, die man als Soldat hat, ausnutzen, wie es in unserer Militärresolution festgelegt ~~ist~~, "um den Übermut des Offiziersgesindels zu dämpfen und den Soldaten derart einen gewissen Spielraum zu verschaffen." (Militärresolution S. 11) Auf keinen Fall darf man sich einschüchtern lasssen und lieber den Mund halten, anstatt gegen die Unterdrückung zu protesieren. Das kann man hieran gut sehen.

–W.F.–

Die Ausbildung in der 3/1

Zugführer verhindert Erste Hilfe – Leistung an einem Soldaten

An den folgenden Beispielen will ich zeigen, wie wenig Rücksicht in der Bundeswehr auf die Würde des Menschen und die Gesundheit der Soldaten Wert gelegt wird. Während meiner Grundausbildung, die am 1.7.74 in der Ausbildungskompanie 3/1 der Leutnant-Müller-Kaserne begann, mußten wir eine Hindernisbahn, die aus je drei einzelnen Hindernisbahnen bestand, überwinden. Unser Zugführer, Feldwebel Hanisch, machte sich folgenden Spaß: Je drei Rekruten mußten um die Wette die Hindernisbahn überwinden. Der jeweils letzte mußte wieder von vorn anfangen. Dieses Spiel trieb er so lange, bis ein Kamerad mit einem Kreislaufkollaps zusammenbrach. Als wir ihm helfen wollten, da kein Sanitäter kam, verbot uns dies der Zugführer. Die Empörung war groß und ein Kamerad sagte: "Die Vorgesetzten wollen bloß nicht, daß wir jetzt hören, was er über sie sagt."

Ebenfalls während meiner Grundausbildung passierte folgendes: Wir behandelten das Problem Kriegsgefangene. Dazu erklärte der Gruppenführer, Stabsunteroffizier Wolff, daß im Ernstfall die Gefangenen erschossen werden. Ein Kamerad beschwerte sich darüber und der Kompaniechef konnte nicht umhin, der Beschwerde stattzugeben. Von da an bekam der Kamerad zu spüren, was es heißt, in der Bundeswehr für die elementaren Menschenrechte der einfachen Soldaten einzutreten. Zusatzdienste auch an Wochenenden, besonders scharfe Spind- und Anzugskontrollen waren die Folge.
Ein anderes Mal wurde ein Kamerad nach dem Stubendurchgang beim Rauchen erwischt und wurde deswegen vom UvD, Unteroffizier Michaelis, vorläufig festgenommen und für eine Nacht in den Knast gesteckt.
Die obenstehenden Beispiele, die übrigens keine Ausnahme, sondern die Regel in der Bundeswehr sind, zeigen deutlich, daß die in Uniform gepreßten Jugendlichen durch blinden Gehorsam, bedingungslose Annahme der Befehle zuWerkzeugender Unterdrückung erzogen werden sollen.

L.T.

Die Ausbildung in der 3/1

Zugführer verhindert Erste Hilfe – Leistung an einem Soldaten

An den folgenden Beispielen will ich zeigen, wie wenig Rücksicht in der Bundeswehr auf die Würde des Menschen und die Gesundheit der Soldaten Wert gelegt wird. Während meiner Grundausbildung, die am 1.7.74 in der Ausbildungskompanie 3/1 der Leutnant-Müller-Kaserne begann, mußten wir eine Hindernisbahn, die aus je drei einzelnen Hindernisbahnen bestand, überwinden. Unser Zugführer, Feldwebel Hanisch, machte sich folgenden Spaß: Je drei Rekruten mußten um die Wette die Hindernis-

gefangene. Dazu erklärte der Gruppenführer, Stabsunteroffizier Wolff, daß im Ernstfall die Gefangenen erschossen werden. Ein Kamerad beschwerte sich darüber und der Kompaniechef konnte nicht umhin, der Beschwerde stattzugeben. Von da an bekam der Kamerad zu spüren, was es heißt, in der Bundeswehr für die elementaren Menschenrechte der einfachen Soldaten einzutreten. Zusatzdienste auch an Wochenenden, besonders scharfe Spind- und Anzugskontrollen waren die Folge.

Die politische Meinung wird unterdrückt

Munster: KVZ–Artikel am Schwarzen Brett verboten / Kommandeur: "Über den Wahrheitsgehalt habe ich nicht zu entscheiden"

Ich bin Ende September aus der Bundeswehr entlassen worden. Vor kurzem erhielt ich nun vom Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9 in Münster den Bescheid auf eine weitere Beschwerde, die ich ein paar Tage vor meiner Entlassung eingelegt hatte.

Ich hatte während meiner Bundeswehrzeit drei Artikel aus der KVZ Nr. 16/74 namentlich unterschrieben an das Mannschaftsinformationsbrett meiner Kompanie, der Panzerjägerlehrkompanie 90 in Münster, gehängt: "General Steinhoff bei Dornier", "Todesurteile in Chile" und "Bundesregierung finanziert Chile-Junta". Das Mannschaftsinformationsbrett war ein Brett, an dem wir Mannschaften mit unserer Unterschrift versehene Artikel aushängen konnten. Der Kompaniechef hatte die Artikel vom Brett abgenommen mit der Begründung, das Brett sei nicht für "linke oder rechte Propaganda". Ein großer Teil der Mannschaft war darüber empört, denn was für einen Sinn sollte ein zensiertes Mannschaftsinformationsbrett für uns haben? Ich beschwerte mich deswegen über den Kompaniechef und drei andere Soldaten der Kompanie beschwerten sich, weil sie durch das Abnehmen der Artikel in ihrer Informationsfreiheit eingeschränkt wurden. Damals wurden wir alle vier sehr ausführlich vernommen. Die Brigade wußte wohl nicht recht, was sie mit den Beschwerden anfangen sollte. Alle vier Beschwerden wurden dann vom zuständigen Kommandeur der Brigadeeinheit abgelehnt.
In der Begründung zur Ablehnung meiner Beschwerde hieß es zunächst, der Kompaniechef habe laut Vorschrift das Recht gehabt, die Artikel abzunehmen. Weiter: die Artikel ließen eine klare politische Richtung erkennen und schienen mit § 7 ("Der Soldat hat die Pflicht, der BRD treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen") und § 8 ("Der Soldat muß die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen . . .") des Soldatengesetzes nicht vereinbar, weswegen der Kompaniechef "rechtmäßig und pflichtmäßig gehandelt" habe. Damit nicht genug: es wurde mit auch ganz klar gesagt: "Inwieweit Sie sich eines Dienstvergehens nach § 15 SG (politische Betätigung) schuldig gemacht haben, wird Ihr Kompaniechef noch prüfen."
In den Beschwerdebescheiden der drei anderen Soldaten wurde ganz frech erklärt, ihre Informationsfreiheit sei durch das Abnehmen der Artikel gar nicht eingeschränkt, da noch andere Informationsquellen in der Kompanie vorhanden seien (damit war z. B. die "Welt" und die Lokalpresse gemeint). Nirgends hatten die Vorgesetzten gesagt, der Inhalt der Artikel sei unwahr. Da ich von den Herren aber klipp und klar wissen wollte, was ihnen an den Artikeln nicht paßt, schrieb ich eine weitere Beschwerde, daß ich den Inhalt der Artikel für richtig halte und mir auch nicht ganz erklärlich sei, "daß es mit den §§ 7 und 8 des Soldatengesetzes nicht vereinbar ist, die Wahrheit zu vertreten".

Der Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9 antwortere darauf im Bescheid auf die weitere Beschwerde, den ich jetzt erhielt: "Über den Wahrheitsgehalt der durch Sie ausgehängten Artikel habe ich nicht zu entscheiden. Es handelt sich hierbei jedoch um eine gezielte und bewußt einseitige Information mit dem Ziel, politische Meinungsbeeinflussung zu Gunsten einer politischen Richtung zu erreichen. Dies widerspricht dem § 15 Soldatengesetz, der vorschreibt, daß sich der Soldat im Dienst nicht zu Gunsten oder Ungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen darf." Und ich habe "durch den Aushang der Zeitungsartikel mit einseitiger politischer Meinungsbeeinflussung" gegen das Soldatengesetz verstoßen.
So einfach ist die Unterdrückung mißliebiger politischer Meinungen für die Offiziere also: über den Wahrheitsgehalt der Artikel hat der Herr Oberst nicht zu entscheiden, aber die Artikel sind politisch und deswegen verboten.
Der Kommandeur schreibt weiter, die Artikel seien "einseitig". Gewissermaßen hat er damit natürlich recht, denn in den Chile-Artikeln z. B. wird "einseitig" für das chilenische Volk Stellung genommen.
Nur zu deutlich wird hier, was mit dem Verbot politischer Betätigung bezweckt wird: es soll jede Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Standpunkten unter den Soldaten verhindert werden. Denn es ist klar, daß hinter dem Verbot politischer Betätigung auch eine bestimmte Politik steht. Oder ist es nicht auch "politische Betätigung zu Gunsten oder zu Ungunsten einer bestimmten Richtung", die Auseinandersetzung mit den Inhalten der Artikel zu verbieten? Und die "Welt" oder die "Bild" z. B. sind meines Wissens nicht in den Kasernen verboten worden.
Im § 7 des Soldatengesetzes heißt es so schön, die Soldaten müssen "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer" verteidigen. Genau das will ich und deshalb bin ich für freie politische Betätigung bei der Bundeswehr. Denn im Interesse des Volkes ist es nicht, die politische Auseinandersetzung zu verbieten. Dieses Verbot dient wie die ganze Militärverfassung vielmehr dazu, die Ordnung der herrschenden Kapitalistenklasse in der Armee durchzusetzen und jeden Widerstand dagegen zu unterdrücken. Der Klassenkampf soll aus den Kasernen herausgehalten werden und die Soldaten sollen daran gehindert werden, sich über ihre Lage klar zu werden, was jedoch immer schlechter gelingt.
Ich bin, wie gesagt, inzwischen aus der Bundeswehr entlassen, aber ich habe mir das, was mir dort passiert ist und die betreffenden Offiziere, die dort als Büttel der Bourgeoisie fungieren, gut gemerkt.

Gefreiter der Reserve
W.F., Peine

Die erste Woche der Grundausbildung

Ahlen/Westfalen. Am 1. Oktober begann für uns die Grundausbildung als Nachschubsoldaten in Ahlen. Für alle war es ein schroffer Wechsel zu ~~ihrem~~ bisherigen Leben, und gerade in den ersten Tagen erfährt man die alltägliche Unterdrückung am stärksten. Wir sind ein typischer Abiturientenzug als Nachschubsoldaten, die Arbeiterjugendlichen werden als Panzerschützen usw. ausgebildet, und deswegen ist unsere Ausbildung noch relativ schlaff. In den ersten Tagen laufen wir alle im Trainingsanzug 'rum und üben die ersten Kommandos. Marschieren – Ausrichten – Stillgestanden. Die Brüllerei und das dauernde Wiederholen der Kommandos erscheint einem noch unwirklich, aber schnell wird einem die Realität der Unterdrückung klar.
Jeden Morgen geht es um halbsechs raus, dreimal am Tag müssen die Stube und das Revier gereinigt werden. Natürlich auch wenn gar kein Dreck da ist. Am dritten Morgen dann der erste Haarappell. Obwohl sich alle die Haare kurz geschnitten haben, fallen von 18 Kameraden 6 durch, im Laufe des Tages noch 2 weitere. Jeder soll die Macht der Vorgesetzten spüren lernen, jeder soll im Bundeswehr-Pißpottschnitt rumlaufen. Am vierten Morgen fallen immer noch vier durch, weil die Koteletten nicht aus Haupthaaren, sondern "nur aus Haaren, die aus dem Ohr kommen", sein dürfen. Dabei versucht man die Soldaten zu spalten und gegeneinander auszuspielen. "Wenn morgen noch einer die Haare zu lang hat, bleibt der ganze Zug am Wochenende hier." Die Kameraden sollen sich untereinander disziplinieren; ein Unterdrückungsprinzip, das laufend angewandt wird.
Dann gibt es Sport im Regen. Zuerst 2 000 Meter Lauf, wobei einige noch unheimlich losziehen, bei den anderen ist es schon so, daß man sich nach dem Letzten richtet und zusammen durchs Ziel geht. Ein erster kleiner Schritt, sich gemeinsam Anstrengungen leichter zu machen.
Vorher steht noch "Einüben der Marschlieder" auf dem Dienstplan. Alle treten auf dem Flur an und müssen auf der Stelle Marsch treten. Dann werden dumme patriotische Lieder eingeübt. Zitat: "Drum frisch auf Kameraden, den Becher zur Hand, zwei Sechser auf den Tisch. Der eine ist für's Vaterland, der andere ist für dich. . . Und noch bei Petrus wollen wir den Würfelbecher schwingen, und noch im himmlischen Revier die alten Lieder singen." Besonders "Vaterland" soll laut und hoch gesungen werden. Immer wieder wird gebrüllt "lauter, lauter!", bis auch die Ausbilder genug haben.
Am letzten Tag der Woche "Stuben- und Revierkontrolle". Nachdem wir eineinhalb Stunden geputzt und saubergemacht haben, der erste Durchgang. Kommt der Leutnant mit seinem Gefolge, dann muß "Achtung" gebrüllt werden, so lange, bis es dem Leutnant gefällt. Die Spindschubladen werden herausgerissen, durch die letzten Ecken ziehen die Ausbilder ihre Finger, ob nicht vielleicht etwas Staub hängenbleibt, die Hosentaschen werden auf ein kleines Sandkörnchen untersucht, die Spinde werden von der Wand gezogen, alles begleitet von Anschissen. Natürlich bleibt keiner ohne Beanstandungen.

Schütze d. NchSchKp 190 Ahlen

Die Entwicklung der Landwirtschaft in Albanien

Eine sozialistische Landwirtschaft, ohne Zwang und zum Nutzen des ganzen Volkes

Auf unserer Reise nach Albanien mit der 'Gesellschaft der Freunde Albaniens' (8 München 1, Postfach 321) – an deren Fahrten teilzunehmen jedem Interessierten offensteht – wurde uns auch eine Staatsfarm gezeigt. In Albanien gibt es Staatsfarmen und Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften – dem Namen nach das gleiche wie in der DDR. Aufgrund der Zwangsenteignung der Bauern und des schlechten Funktionierens der Landwirtschaft in der DDR, herrscht in der BRD eine starke Voreingenommenheit gegenüber der sozialistischen Landwirtschaft. Der folgende Artikel zeigt, daß die Entwicklung in Albanien wesentlich anders verlief als in der DDR: Das albanische Volk befreite sich 1944 selbst von der faschistischen Besetzung und vollzog seine soziale Revolution aus eigener Kraft. Seitdem hat dort das Volk die Macht in Händen und daher ist dort, im Gegensatz zur DDR, auch tatsächlich eine sozialistische Landwirtschaft, ohne Zwang und zum Nutzen des ganzen Volkes, entstanden.



Eine albanische Bäuerin aus der Landschaft Mirdita bei einem Folklorefest.

Die Anreise nach Albanien per Flugzeug erfolgt über Jugoslawien; so bietet sich (beim Blick aus dem Kabinenfenster) ein Vergleich an: Jugoslawien ist über weite Gebiete hin verkarstet; wo es Felder gibt, sind sie kleinflächig. Obzwar die geologischen Gegebenheiten in Albanien gleich ungünstig sind, bietet sich ein ganz anderes Bild: (die Bebauung oder Bewaldung reicht vielerorts die Hügel und Berge ganz hinauf) selbst in den zerklüftetsten Gegenden ist recht wenig Fels zu sehen, stattdessen viele Terrassen mit (jungem) Baumbestand; die Felder sind großflächig und steigen aus den Ebenen weit empor: Albanien, das etwas kleiner als Baden-Württemberg ist und nur ein Viertel seiner Einwohnerzahl hat, nutzt auch den letzten Flecken des Landes.

Bei den Fahrten übers Land fällt vieles mehr auf: die Straßen sind fortwährend begleitet von teilweise gemauerten Bewässerungskanälen und von Überlandleitungen; dann und wann liegen Maschinen-Traktoren-Stationen an der Straße; an einer Paßstraße liegt das Spital für die umliegenden Dörfer (und immer wieder terrassierte Hügel und Berge).

Der Stand der albanischen Landwirtschaft wurde noch deutlicher beim Besuch der Staatsfarm "8.November" (an diesem Tag wurde 1941, als Ausdruck des sich entwickelnden Befreiungskampfes, die KP Albaniens in Tirana gegründet), die nahe der Hafenstadt Durres liegt.

STAATSFARMEN UND LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

Staatsfarmen sind die höchste Form sozialistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Land: Grund und Boden, das Vieh etc. gehören dem Staat; die Bauern sind Staatsangestellte so gut wie jeder Fabrikarbeiter und haben die gleiche Stellung wie diese z. B. bezüglich Lohn, Urlaub, Versicherung, Rente, gewerkschaftlicher Organisierung. Daneben gibt es Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs): Boden, Vieh etc. gehören hier den jeweiligen Genossenschaftsbauern als Kollektiveigentum; das Einkommen der Bauern bestimmt sich nach dem Jahresertrag der LPG. Außer den auf ein einziges Dorf beschränkten LPGs gibt es zunehmend solche, die mehrere Dörfer einbeziehen; ein weiterer Schritt sind LPGs mit Lohn wie Staatsfarmen.

DIE STAATSFARM "8.NOVEMBER"

Die Staatsfarm "8.November" wurde am 10.12.1944, also keine zwei Wochen nach der Befreiung Albaniens, auf dem Besitz eines italienischen Unternehmens gegründet. Ebenso wie alle damals gegründeten Staatsfarmen (die auf den Besitzungen von Großgrundbesitzern, Kollaborateuren und ausländischen Kolonialisten entstanden) sollte sie den Einzelbauern die Vorzüge kooperativer Arbeit vor Augen führen (die Kollektivierung fand unter Ausschluß jeden Zwanges statt; nach Jahrzehnten der Überzeugungsarbeit haben sich heutzutage längst alle Bauern in LPGs oder Staatsfarmen zusammengeschlossen). Die Vorteile sind offensichtlich, wie dieses Beispiel zeigt:

Das Hauptziel der heute 13 000 Mitglieder dieser Staatsfarm ist die Vermehrung des bebaubaren Landes und die Verbesserung der Erträge. Statt der 900 ha bei der Gründung umfaßt die Farm heute 10 000 ha, die durch Rodung und insbesondere Entsumpfung gewonnen wurden. Im Vergleich zu 1960 (dem Jahr, wo die Crutschtschow-Clique Albanien zu zwingen versuchte, Zitronenplantage und Badestrand fürs Comecon zu werden, und dann, als das nicht gelang, alle Hilfe kurzerhand abzog) sind fast alle Erträge mindestens verdoppelt worden, so daß 1973 4,5 t Mais statt 1,7 je ha, 3,2 t Weizen statt 1,4 und 9 bis 10 t Weintrauben (wahrscheinlich Müller-Thurgau, bestragender Wein) statt 5,2 geerntet wurden; ebenfalls stieg die Leistung der Milchkühe durch neue Züchtungen von 1.800 Liter auf 3.000 Liter im Jahr. (Bei diesen Zahlen muß man bedenken, daß Albanien vor 30 Jahren noch eine halbfeudale Kolonie war, das rückständigste Land Europas. Albanien ist ein Entwicklungsland; daher liegen die Durchschnittserträge in der BRD etwas höher. Wichtig ist die rasche Entwicklung in Albanien, die – im Vergleich zur BRD – eben nicht zu Lasten unzähliger Kleinbauern geht.)

Auch im sozio-kulturellen Bereich ist diese Farm ausgezeichnet vorangekommen: heutzutage verfügt sie über Kinderkrippen und -gärten, Kantinen, Kino, obligatorische 8-Jahresschule, Mittelfachschule für Landwirtschaft (mit Tages- und Abendunterricht), Ambulanzen, Kulturgruppen und Sportmannschaften; ein großer Kulturpalast ist gerade im Bau.

DAS SOZIALISTISCHE DORF

Diese Staatsfarm ist für die bisher nur in LPGs organisierten Bauern (das ist etwa die Hälfte) ein großes Vorbild. Das heißt aber nicht, daß sie sich in Bezug auf die Lebensbedingungen grundsätzlich von den LPGs unterscheidet, vielmehr ist es gerade Ausdruck jeden Dorfes in Albanien als eines sozialistischen, daß die werktätigen Bauern in sozialer und kultureller Hinsicht einen gewaltigen Schritt voran zum Ausgleich mit der Stadt gemacht haben. So hat heute jedes Dorf eine Ambulanz mit Krankenschwester und Hebamme (und auf Kreisebene ein Spital); ist seit 1970 auch das letzte Haus auf den Bergen ans Stromnetz angeschlossen; verfügt jedes Dorf über eine 8-Jahresschule und Einkaufsmöglichkeiten wie in der Stadt; sind die Dörfer untereinander und mit dem Umland durch Straßen und Telefon verbunden liegt die Lebenserwartung auch auf dem Land bei ca. 68 Jahren statt wie früher, als die Ebenen malariaverseucht waren, bei teilweise nur 25 Jahren. Wie wurde dieser gewaltige Fortschritt möglich?

"AUF BEIDEN BEINEN GEHEN"

Dieser Fortschritt wurde allein möglich durch die Politik des "auf beiden Beinen"-Gehens: Albaniens Wirtschaft konnte nicht, wie die der kapitalistischen Länder, durch Raub von billigen Agrarprodukten, von Rohstoffen und Arbeitskräften entwickelt werden, sondern nur **aus eigener Kraft**. Grundlage ist dabei die Landwirtschaft, deren Entwicklung den Akkumulationsfond (die Anhäufung von Kapital, die nötig ist, um Investitionen vorzunehmen) für die Industrie schafft und ihr Rohstoffe, Arbeitskräfte (planmäßig, nach Maßgabe des 5-Jahresplans, nicht durch Landflucht wegen Vernichtung der bäuerlichen Existenz!) ,und Absatzmärkte zur Verfügung stellt. **Ihre** Probleme müssen zuvörderst gelöst werden, um den Bedarf des Volkes zu decken und so als Basis für die allseitige Entwicklung der Wirtschaft zu dienen. Hierbei ist die Industrie eine große Hilfe für die Landwirtschaft, indem sie ihr Maschinen, Kunstdünger, Elektrizität, Baustoffe etc. in immer größeren Mengen liefert. So nimmt die Industrie ihre führende Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaft wahr und nur so ist die allseitige Entwicklung der Industrie und besonders der Schwerindustrie **in Übereinstimmung** mit der Landwirtschaft möglich.

(Die Entwicklung der Wirtschaft Albaniens war von der Befreiung an von dieser Zweigleisigkeit bestimmt. So konnten diese beiden Hauptzweige der Wirtschaft ausgewogen entwickelt werden mit der Folge für das Dorf, daß der Unterschied zwischen ihm und der Stadt bezüglich Produktivität und Lebensstandard beständig verringert wurde.)

Dagegen ist die Entwicklung der Wirtschaft in kapitalistischen und revisionistischen Ländern gekennzeichnet durch Überbetonung der Industrie (besonders Schwerindustrie) auf Kosten der Landwirtschaft. Dies führt zu extremer Ausbeutung der Landwirtschaft, zur Zersplitterung der Bauern in arm und reich und untergräbt das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern.

BÜNDNIS VON ARBEITERKLASSE UND BAUERN

Daß Albanien nicht diese Entwicklung eingeschlagen hat, liegt daran, daß dort auf der Grundlage des Bündnisses von Proletariat und werktätigen Bauern (noch heute lebt die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande) die Diktatur des Proletariats herrscht unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens (PAA). Im selbständigen Kampf, unter der Führung der Kommunisten, hatten die albanischen Massen (unter großen Opfern 1944) ihr Land (von Feudalismus und Kolonialismus) befreit und die Volksmacht errichtet. Daher wurde von Anfang an vom Standpunkt der **weiteren Festigung** der Diktatur des Proletariats aus an die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Industrie und damit an die Beziehung zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern herangegangen. Die seitdem eingeschlagene politische Linie des Gehens "auf beiden Beinen" zeugt davon, daß in Albanien die Massen, als Produzenten allen gesellschaftlichen Reichtums, ihr **gemeinsames** Interesse durchgesetzt haben, indem sie dieser Linie folgten, die Ausdruck einer den Arbeitern und Bauern **gleichermaßen** zugute kommenden Politik der Entwicklung der Produktion und der Lebensverhältnisse der Massen ist.

Diese Linie wurde von der PAA festgelegt und von ihr den Massen erklärt und so ein sozialistisches Bewußtsein bei ihnen geschaffen. ("Die Entwicklung der Landwirtschaft vertieft und stählt das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern, zwischen Stadt und Land, wodurch die politische Grundlage der Diktatur des Proletariats in unserem Land gestärkt wird." Mehmet Shehu, Ministerpräsident der VR Albanien) Die Verfolgung dieser Linie und die Erfolge dabei sind zugleich **praktischer** Ausdruck dessen, was es heißt, daß das Proletariat und seine Partei die Führung innehat.

NICHT KONKURRENZ, SONDERN UNTERSTÜTZUNG

Hier noch einige alltägliche Beispiele, wie Industrie und Landwirtschaft Hand in Hand arbeiten: Im Rahmen des weitentwickelten Systems der sogenannten "Patronage" zwischen weiter und weniger weit entwickelten Betrieben hat die Staatsfarm "8.November" Beziehungen zu zwei LPGs. Dorthin werden öfters Arbeitergruppen geschickt, um die Genossenschaftsbauern mit fortgeschrittnerem Wissen und mit Maschinen zu unterstützen; ebenso schicken die beiden LPGs Bauern auf die Staatsfarm, damit sie dort besser qualifiziert werden können. Arbeiter des Kupferdrahtwerks in Shkoder bereiteten in ihrer Freizeit Plastikabfälle auf, um den Anschluß umliegender Dörfer ans Telefonnetz vorfristig zu ermöglichen; und im Traktorenersatzteilwerk in Tirana entwickelten die Arbeiter einfache Maschinen für die Bergbauern (und schickten Arbeitergruppen aus, um die Brauchbarkeit der Maschinen zu überprüfen).

"QUALITÄT HÄNGT VOM BEWUSSTSEIN AB"

Das bisher Gesagte schildert anhand einiger Beispiele, welch wichtige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Albanien bereits erzielt wurden. Besonders wichtig dabei scheint mir das zu sein, was uns in einem Gespräch ein Bauer sagte: "Nur wenn wir wirtschaftlich unabhängig sind, sind wir auch politisch unabhängig. Darum ist unsere Hauptaufgabe jetzt, die Qualität unserer Erzeugnisse zu verbessern. Qualität hängt aber vom Bewußtsein ab (und nicht bloß von Maschinen). Daher bemühen wir uns langfristig, uns ideologisch immer besser zu schulen. Bewußtsein, Organisation und feste Disziplin bei der Arbeit sind der Schlüssel zur Lösung aller Aufgaben in der Landwirtschaft. Unsere Erfolge sind **praktische** Erfolge im Kampf gegen den Revisionismus." – Ich glaube, dies zeigt klar, daß die Menschen in Albanien wissen, was sie tun und warum.

M.R., Heidelberg

Streiks in Frankreich

Breite Bewegung bei Post und Bahn und im verstaatlichten Bergbau

Seit über zwei Wochen streiken die Beschäftigten der französischen Post. Ebensolange streiken die Bergarbeiter in Lothringen. Die Eisenbahner haben einen Streik beschlossen, der zunächst abwechselnd in den einzelnen Regionen Frankreichs durchgeführt werden soll. Die Beschäftigten der Gas- und Elektrizitätswerke werden sich stundenweise dem Streik anschließen. Die in der Lehrergewerkschaft FEN organisierten Teile der Lehrer haben sich dem Streik angeschlossen. Schließlich wollen Teile der Heizölhändler den Verkauf einstellen, um einen Steuernachlaß zu erzwingen.

In der vergangenen Woche haben zeitweise sämtliche Journalisten gestreikt aus Solidarität mit den 500 Kollegen, die beim staatlichen Sender ORTF rausgeschmissen werden sollen. Aus Protest gegen diese Entlassungen haben die Fernsehjournalisten zeitweise lediglich Nachrichtensendungen zugelassen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fordern wirksame Erhöhungen der Löhne und Gehälter. Für die unteren Lohngruppen bei der Post steht die Forderung nach 200 Francs (140 DM) mehr im Monat. Außerdem ist eine ihrer Hauptforderungen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um der Arbeitshetze zu begegnen.

Die Bergarbeiter der staatlichen Kohlegruben in Lothringen setzen sich zur Wehr gegen die beabsichtigte Stillegung der Zechen. Sie halten die Gruben besetzt. Als vor zehn Tagen die Polizei sie mitten in der Nacht aus dem Verwaltungsgebäude zu vertreiben versuchte, gingen die Arbeiter freiwillig. Sie sangen die Internationale, das Kampflied der internationalen Arbeiterbewegung, und sagten zu den Polizisten: Kommt ihr nur auf unseren Pütt!

Die Gewerkschaften erwägen, den Streik auf sämtliche Kohlegruben auszudehnen, um, wie sie erklären, die Regierung zu einer veränderten Kohlepolitik zu zwingen.

Ein Erfolg dieser Aktionen des öffentlichen Dienstes steht schon fest: Die Regierung hat in der vergangenen Woche zugesagt, den Status der Hilfskraft abzuschaffen. Das gilt für eine Million Beschäftigte in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Diese Beschäftigten bekommen weniger Lohn als andere und sind jederzeit von Kündigung bedroht gewesen, weil sie einen Zeitvertrag hatten. Jetzt sollen sie entsprechend ihrer Ausbildung den anderen Beschäftigten angeglichen und mit ihnen gleichgestellt werden. Um der Forderung nach Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen, soll am Dienstag eine Demonstration in Paris stattfinden. (Bei Redaktionsschluß lagen noch keine Informationen darüber vor.)

g.j.–

Prozesse gegen Putschisten

Italien: Die Suche der Bourgeoisie nach einem Ausweg

In Italien hat eine Reihe von politischen Prozessen begonnen. In diesen Prozessen geht es um die Putschversuche von Teilen des Offizierskorps der italienischen Armee in Verbindung mit dem italienischen Geheimdienst SID und den Neofaschisten. Es hat sich auch gezeigt, daß der amerikanische Geheimdienst CIA und Teile der in Italien stationierten NATO-Kommandozentralen die Putschpläne unterstützten. In der Enthüllung dieser Pläne konkurrieren die Gerichte miteinander.

Zum Beispiel so, daß der frühere Geheimdienstchef Miceli in Rom als Zeuge vernommen werden sollte. Doch kurz vor seiner Aussage wurde er auf Grund eines Haftbefehls, ausgestellt von einem Gericht in Padua, wegen Hochverrats verhaftet.

Die Prozesse verstärken weiter das große Durcheinander und die Unordnung, wodurch die gegenwärtige Lage in Italien gekennzeichnet ist. Die Bourgeoisie erweist sich als immer unfähiger, die Ausübung der Macht mittels ihrer Parteien und des Parlamentarismus vorzunehmen. Eine handlungsfähige Regierung bringt sie schon seit Wochen nicht mehr zusammen.

Auf der anderen Seite sind die Arbeiterklasse und das Volk immer weniger bereit, ihre schlechte Lebenslage, ihre Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie hinzunehmen. Sie führen in allen Teilen des Landes breite Streiks gegen die Kapitalisten durch, die sie verantwortlich machen für Inflation und Entlassungen und von denen sie eine wirksame Erhöhung der Löhne fordern. Ebenso gibt es eine immer breiter werdende Bewegung, die sich direkt gegen den italienischen Staat richtet. Diese Bewegung trägt den Namen "Aktion Ziviler Ungehorsam". Die Aktion hat den Zahlungsboykott der Stromrechnungen organisiert. In Rom, Mailand und Turin weigern sich über 100 000 Familien, die Lichtrechnungen zu zahlen. In Mailand allein haben zirka 40 000 Familien beim letzten Zahlungstermin nur die Hälfte der Lichtrechnung bezahlt. Weitere 60 000 Mailänder Familien haben angekündigt, daß sie es das nächste Mal genauso machen werden.

Man sieht: Der Klassenkampf in Italien entwickelt sich sehr rasch, er spitzt sich immer mehr zu. Wenn unter diesen Bedingungen die Bourgeoisie sich mit Putschversuchen beschäftigt, so ist das nur normal und ganz natürlich und gar nichts Besonderes. Wenn die Bourgeoisie aber diese Pläne aufdecken, der Öffentlichkeit preisgeben und die Urheber vor Gericht stellen muß, so ist das wohl etwas Besonderes: Es zeigt nämlich, daß die Bourgeoisie zunächst auf diesem Weg gescheitert ist. Sie ist an der Kampfstärke der Arbeiterklasse und des Volkes gescheitert, an der Wachsamkeit der Massen und an ihrem organisierten Vorgehen gegen solche faschistischen Lösungsversuche. Das ist eine Tatsache.

Aber genau so eine Tatsache ist: Die Bourgeoisie ist nur vorläufig gescheitert. Sie hält nach wie vor die Macht in ihren Händen. Sie kontrolliert die Fabriken und sie besitzt mit dem Staatsapparat und der Armee die entscheidenden Gewaltinstrumente, mit denen sie die Unterdrückung des Volkes fortführt und die Ausbeutung sichert. An ihrer Ausbeuterherrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk hält die Bourgeoisie fest, freiwillig wird sie dieses Ziel niemals aufgeben. Über diese Tatsache darf sich durch die aktuell stattfindenden Prozesse gegen die Putschisten niemand täuschen lassen.

Die Revisionisten und Reformisten von KPI und PSI aber verbreiten gezielt und bewußt diese Täuschung. Sie stimmen ein großes Geschrei in der Öffentlichkeit an über die Putschversuche, aber unter diesem Deckmantel bieten sie den bürgerlichen Parteien die Zusammenarbeit bei der Lösung der Krise an. Die revisionistische KPI bezeichnet das als den "historischen Kompromiß". Die KPI-Führer sind bereit, die bürgerlichen Parteien, besonders die Christdemokraten, zu unterstützen, auch ohne den Eintritt in die Regierung, wenn diese nur einen Reformkurs einschlagen wollten.

–g.j.–



Die Karikatur fanden wir in der marxistisch-leninistischen Zeitung Guardian, die wöchentlich in den USA erscheint. Die Genossen haben sie offenbar aus Mexiko. Die Karikatur wird direkt bezogen auf das Vorgehen des amerikanischen Geheimdienstes CIA bei der Beherrschung der Völker durch die US-Imperialisten. Die Beispiele sind endlos: u. a. Korea, Vietnam, Kambodscha, Iran, Griechenland, Brasilien, Dominikanische Republik, Bolivien, Chile. Neuerdings wurde beobachtet, wie eine große Zahl von CIA-Agenten in Spanien zusammengezogen wird, und daß der CIA hinter dem Putschversuch in Italien steckt.

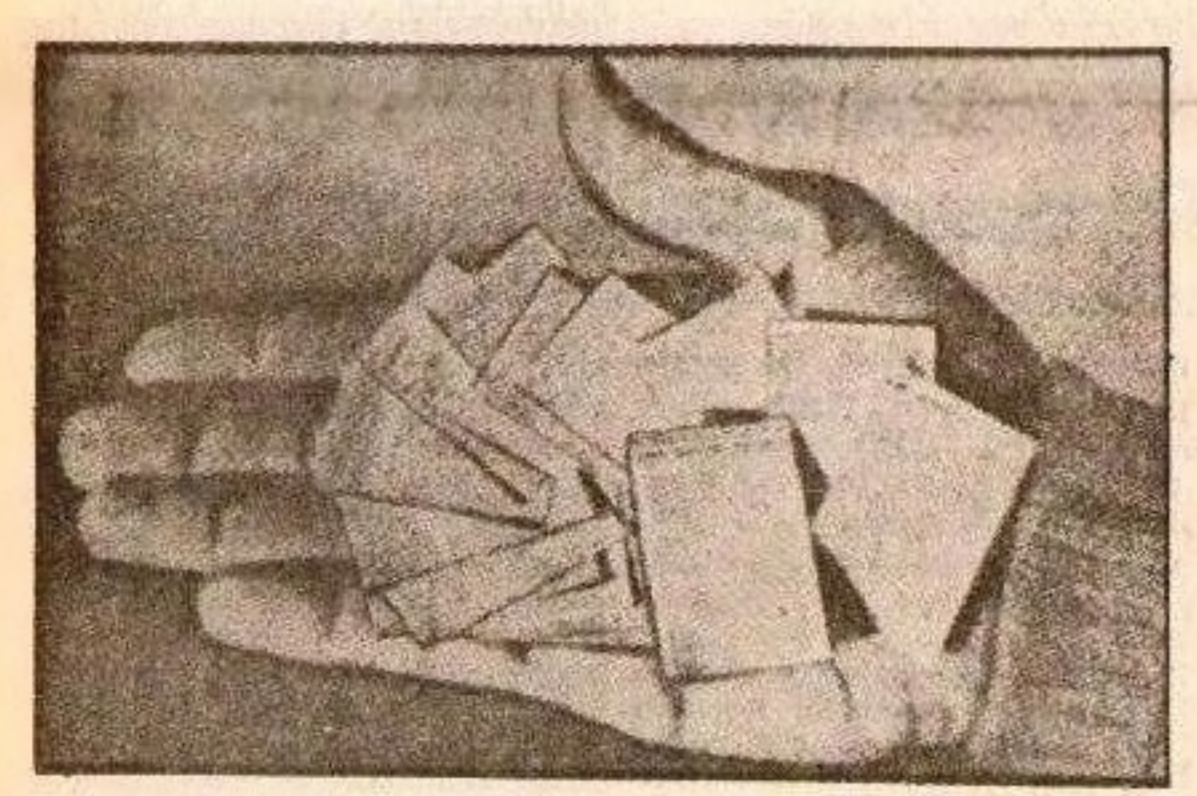
Immer mehr politische Gefangene in Chile

Juntachef Pinochet erklärt, in größerem Umfang politische Gefangene freilassen zu wollen. Dies kann man in der letzten Woche häufig in der bürgerlichen Presse lesen. Gleichzeitig behauptet er, es gäbe in Chile nur noch 748 politische Gefangene.

Aus den Aussagen der Internationalen Juristenkommission in Genf geht klar hervor, daß sich am politischen Terror in Chile nichts geändert hat: nach wie vor finden Razzien, Verhaftungen und Verfolgungen in Arbeitervierteln statt, bei denen in den letzten Monaten bis zu 115 000 Menschen gefangen genommen wurden und ein Großteil der Verhafteten in KZ's verschleppt wurde. Am 30. August wurden z.B. bei einer einzigen Razzia in Santiago 6 000 Menschen auf einen Fußballplatz getrieben, die Wohnungen systematisch durchkämmt und über 500 Menschen in Lager abgeführt. Die Juristenkommission stellt fest: *"Für jeden in den letzten Monaten aus der Haft Entlassenen hat es mindestens zwei neue Festnahmen gegeben."* Weiter sagt sie: *"Es ist nunmehr klar, daß die Erklärungen des Generals Pinochet (...) lediglich für das Ausland bestimmt waren."*

Die Militärjunta kann die Solidaritätsbewegung, die weltweit über den Terror der Junta aufklärt und die Freilassung aller politischen Gefangenen fordert, nicht mehr ignorieren und sieht sich gezwungen, durch solche Meldungen an die ausländische Presse zu reagieren. Sie sollen der internationalen Solidaritätsbewegung in der Frage der politischen Gefangenen den Wind aus den Segeln nehmen und der Empörung über solche Terrormaßnahmen die Grundlage entziehen. Klar wird aber durch die Aussagen der Juristenkommission, daß sich der Terror in Chile im Gegenteil weiter verschärft. Es ist jetzt unsere Aufgabe, verstärkt für die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile einzutreten.

—B.M., H.H.



Flugblätter des chilenischen Widerstandes, die so klein sind, daß sie in einer Hand verborgen werden können. Bewaffnete Auseinandersetzungen mit dem Widerstand gibt jetzt Junta-Chef Pinochet selber zu. So berichtete am 14.10. die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG, Pinochet habe die Widerstandorganisation MIR und MAPU beschuldigt, eine "bewaffnete revolutionäre Avantgarde" geschlossen zu haben. Das seien Organisationen, die "Pläne zu Zerstörung, Terror und Chaos vorbereiten".

Von bewaffneten Auseinandersetzungen berichteten die Zeitungen schon in der vergangenen Woche. So wurde im Süden des Landes eine Militärstreife angegriffen.

Chile` Die Militärjunta fürchtet Judo

Durch einen amtlichen Erlaß sind jetzt der Unterricht und die Anwendung von Selbstverteidigungsmethoden im ganzen Land unter Strafe gestellt worden. 5 bis 20 Jahre Gefängnis stehen auf Kenntnisse in Judo oder Karate.

Ausgenommen von diesem Verbot sind natürlich die Schergen der Junta, nämlich Angehörige der Polizei und der Streitkräfte.

(Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 18.10.74)

Keine Einreise für chilenische Flüchtlinge

Konstanz. Die vier chilenischen Flüchtlinge, für die die Einreise nach Baden-Würrtemberg beantragt worden war, dürfen nicht einreisen.

Die Einreise war in Konstanz von breiten Teilen der Bevölkerung gefordert worden. Auch die Universität hatte sich für die Flüchtlinge eingesetzt und zum Teil Lehrstellen zur Verfügung gestellt. Das Chile-Komitee Konstanz hatte Protestaktionen organisiert.

Weitere 70 Millionen von der Bundesregierung an die Junta in Chile

In einem Artikel der DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" vom 4.10.74 heißt es, daß das Wirtschaftsministerium zusätzlich 70 Millionen DM an Kapitalhilfe für Chile aus dem Entwicklungshilfeministerium herausholen will. In diesem Zusammenhang ist auch die – bisher unbestätigte – Meldung zu sehen, daß der chilenische Finanzminister Viörhabe demnächst nach Bonn kommen soll, um über Bedingungen und über weitere Kredite zu verhandeln.

In der Kreditfrage gibt es augenblicklich Auseinandersetzungen in der SPD/FDP-Koalition. Die FDP ist für die Fortsetzung der Kapitalkredite. Die SPD-Fraktion hatte unter dem Eindruck der großen Chile-Solidaritätsdemonstration vom 14. September in Frankfurt eine Resolution in den Bundestag einzubringen beschlossen, die eine Verhinderung von weiteren Krediten zum Inhalt hat. Bisher hat die SPD-Fraktion das jedoch nicht gewagt.

Den Vorgängen in Indochina und in der UNO volle Aufmerksamkeit schenken

In Indochina entwickelt sich derzeit die Lage immer rascher zu Gunsten der Völker von Kambodscha und Vietnam und zu Ungunsten der von den US-Imperialisten eingesetzten und ausgehaltenen Marionettenregimes in Saigon und Pnom Penh. Das Thieu-Regime in Saigon kann sich militärisch kaum noch halten, und in Saigon wächst die breite oppositionelle Front derer, die den Rücktritt Thieus fordert. Die Lon Nol-Clique ist in Kambodscha vollständig isoliert und jetzt droht ihr der Rausschmiß aus der UNO und die internationale Isolierung. Sicher ist: Sollte die Mehrheit der UNO-Vollversammlung den gerechten Standpunkt der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha unter Prinz Sihannouk unterstützen, die GRUNK wieder einsetzen in ihre legitimen Rechte in der UNO und die Lon Nol-Clique hinauswerfen, dann wird das den Sturz der Lon Nol-Clique auch in Pnom Penh beschleunigen. Sicher ist weiter: Wenn es in der UNO-Vollversammlung eine solche Mehrheit gibt und die Lon Nol-Clique fällt, dann hat das auch Auswirkungen auf die Lage in Südvietnam. Der Untergang des Saigoner Regimes wird sich noch rascher vollziehen. Sicher aber ist auch: DieUS–Imperialisten werden dem Sturz ihrer Kreaturen nicht untätig zusehen. Sie werden ihre eigene Niederlage nicht hinnehmen und mit neuen Aggressionen gegen die Völker Indochinas drohen und ihre Kriegshandlungen verstärken. Es ist deshalb notwendig, daß wir unsere volle Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Indochina richten ebenso wie auf die UNO-Vollversammlung und daß wir keinen Augenblick nachlassen in der Solidarität mit den Völkern Indochinas. —Red.—

Das Thieu-Regime muss fallen

Nach zwei aufeinanderfolgenden Demonstrationen in Hue, an denen über 30 000 Menschen teilnahmen, häufen sich die Demonstrationen und Protestkundgebungen in denen vom Thieu-Regime beherrschten Städten Südvietnams. Die zentralen Forderungen lauten: Stürzt den korrupten Nguyen van Thieu! Anwendung des Pariser Friedenabkommens!

Bisheriger Höhepunkt war eine Massendemonstration am 31.10. in Saigon. Die Polizei griff die Demonstration mit Waffengewalt an und traf dabei auf den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung. Nach ersten offiziellen Angaben forderten die Straßenkämpfe 180 Schwerverletzte, davon 60 Polizisten (Tagesschau vom 31.10.).

Der Hauptgrund für den raschen Zerfall von Thieus Macht liegt in seiner Fortsetzung des Krieges gegen die befreiten Gebiete. Bei dem Versuch, mit immer neueren und mehr US-Waffen die revolutionären Stützpunkte in den ländlichen Gebieten auszulöschen und bereits befreite Gebiete zurückzuerobern, hat sich Thieu blutig gestoßen.

Die Folge ist der totale wirtschaftliche Ruin. Die Inflationsrate beträgt 70 %. Millionen von Menschen sind dem Hunger ausgeliefert: sie können sich pro Tag nur noch eine Reismahlzeit und dünne Reissuppe leisten. Gleichzeitig werden immer neue Korruptionsfälle bekannt, vor allem auch solche, in die der Diktator Thieu selbst verstrickt ist. Dieses Marionettenregime setzt sich notwendigerweise aus lauter zwielichtigen Elementen zusammen, die sich selbst ebenfalls auf gekaufte Agenten stützen müssen. Im Volk haben sie keine Basis. Die organisierte Front derjenigen, die den Rücktritt Thieus fordern, wird täglich breiter.

Thieu ist bereits schwer angeschlagen: Er hat 4 Minister aus seiner Regierung entlassen, in der Hoffnung, das Volk würde sich damit zufrieden geben. Außerdem wurden 377 Offiziere in den Ruhestand versetzt wegen Korruption. Die US-Imperialisten versuchen einstweilen, nach außen das Regime zu stützen. Eilends wurde der ehemalige Botschafter Cabot Lodge und CIA-Chef Colby nach Saigon entsandt. Aber sie haben die Zeichen der Zeit erkannt; ihr tatsächlicher Auftrag lautet anders: hinter den Kulissen suchen sie nach einem neuen Mann. Die Bewegung des Volkes versuchen sie zu spalten. Sie setzen dabei auf reaktionäre Elemente, die bisher noch wenig an die Öffentlichkeit getreten sind. Sie hoffen diese Werkzeuge zu finden in der vorwiegend vom katholischen Bevölkerungsteil getragenen "Front gegen die Korruption, für die Rettung der Nation und für den Frieden". Diese Leute fordern Thieus Rücktritt nur wegen der Korruption und zwar mit der Begründung, daß dadurch das Land dem Kommunismus preis gegeben werde. Daß die CIA hier am Werk ist, ist wohl sicher, denn wie man hört, prahlen einige Vertreter dieser Front bereits damit, daß der CIA sie unterstützt (Spiegel 43/74).

1964 sind die US-Imperialisten mit ihrer damaligen Marionettenregierung Diem ganz ähnlich verfahren. Diem wurde im Auftrag des CIA ermordet. Diem gehörte dem katholischen Glauben an, so versuchten die US-Imperialisten sich auf die buddhistische Bewegung zu stützen. Ob ihnen heute dieses Spiel noch einmal in umgekehrter Weise gelingt, ob sie Teile der katholischen "Front" zum Hebel ihrer Interessen machen können, ist keinesfalls sicher.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams unterstützt alle Bestrebungen, Thieu zu stürzen und die US-Einmischung zu beenden. Sie hat offen zum Sturz Thieus aufgefordert und erklärt, sie werden erst die gemäß dem Pariser Vietnam-Abkommen durchzuführenden Gespräche über die Zukunft des Landes wiederaufnehmen *"nach dem Sturz von Thieu mit jeder Regierung, die gewillt ist, mit uns gemeinsam das Pariser Abkommen zu erfüllen und den Frieden in Vietnam wiederherzustellen"*.

—M.L., Indochina-Komitee Heidelberg—

Die GRUNK muß in die UNO

New York. Eine Gruppe von Antiimperialisten besetzte letzte Woche die Büros der kambodschanischen Mission bei der UNO. Sie forderten, daß die GRUNK, die königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas ihren rechtmäßigen Platz bei den Vereinten Nationen einnehmen soll und daß die US-Marionettenregierung von Kambodscha aus der UNO ausgeschlossen wird. Diese Meldung zeigt, wie in der ganzen Welt der Protest gewachsen ist gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Kambodschas, deren Ausdruck die Anwesenheit ihrer Marionetten in der UNO ist.

Eine gute Aktion: Fernseher für Vietnam

Das Indochina-Komitee Heidelberg hat einen Aufruf für die Sammlung von gebrauchten Fernsehapparaten zugeschickt. Die Fernsehapparate sollen an die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam geschickt werden zur Unterstützung des Aufbaus eines eigenen Fernsehnetzes. Der Aufbau des eigenen Fernsehens ist unbedingt notwendig, um den Bestrebungen, die das Thieu-Regime und seine Hintermänner, die US-Imperialisten, auf diesem Gebiet unternehmen, entgegenzuwirken. Thieu und die US-Imperialisten versuchen seit dem Pariser Abkommen von 1973 mit dem Fernsehen ihren Einfluß auf das Volk zu vergrößern. Angeregt wurde die Sammlung durch ein Aktion des "Initiativkomitees zur Unterstützung des Film- und Fernsehwesens in Vietnam e.V." in Köln. Diesem Komitee ist es gelungen, einen Übertragungswagen, eingerichtet als mobiles Fernsehstudio für die Verhältnisse in Vietnam, bereitzustellen. Der Wagen soll am **20. November** verschifft werden. **Es besteht die Möglichkeit, in derselben Ladung Fernsehapparate mitzuschicken.**

Das Indochina-Komitee Heidelberg schreibt:

"Eine besonders gute zusätzliche Unterstützung wäre es, wenn mit diesem Transport bereits eine besonders große Zahl von Fernsehapparaten nach Vietnam gelangen würde. Wer hat Schwarz-Weiß-Fernseher, die nicht mehr gebraucht werden? Es können auch defekte Apparate sein, sie werden von Technikern repariert."

Diese Sammlung wird von weiteren Indochinakomitees unterstützt, so daß die Apparate bei folgenden Adressen abgeliefert werden können:

IK Bochum: K.Pritzel, 463 Bochum, Am Pappelbusch 10
IK Frankfurt M.Merckens, 6 Frankfurt Jungstr. 18
IK Freiburg M. Riebschläger, 78 Freiburg, Talstr. 3
IK GöttingenS.Hausknecht, 34 Göttingen–Weende Hannoversche Str. 116
IK Hamburg M. Meyer, 2 Hamburg 19 Rellinger Str. 25
IK Heidelberg M.Linke, 69 Heidelberg, Werderstr. 8
IKHildesheim H.Hammecke, 32 Hildesheim Butterborn 69
IK Kiel AStA Uni Kiel, 23 Kiel Westring/Studentenhaus
IK Mannheim S.Schmid, 68 Mannheim 24 Rickertstr. 4
IK Wiesbaden P.Weber, 62 Wiesbaden Rheinstr. 95
IK Wuppertal P.Hahner, 56 Wuppertal 1 Brillerstr. 50

Indochina-Information Nr.5 – 30 Pfennig

Berichte, Analysen zu den Kämpfen der Völker in Kambodscha und Südvietnam, über die Verschleuderung deutscher Steuergelder für die korrupten US-Marionetten. Das Kampflied der Befreiungsfront FUNK von Kambodscha.

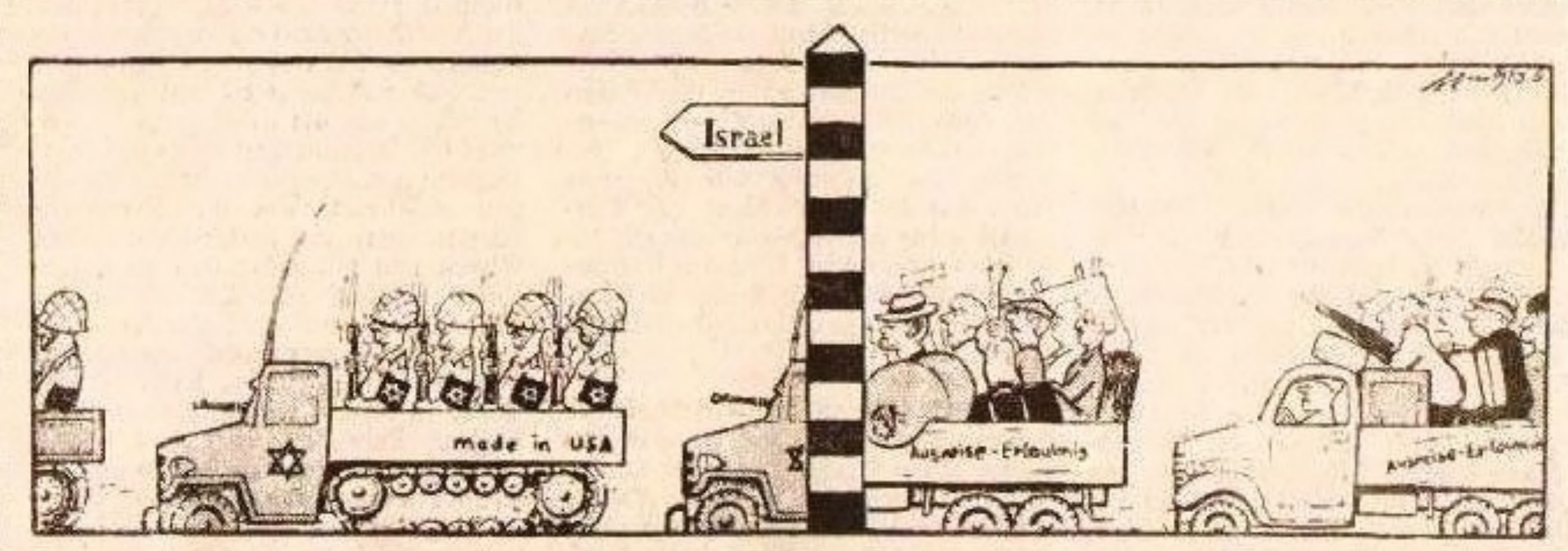
In zwei Wochen erscheint eine Kambodscha-Broschüre, die auf die Fragen eingeht, die den Mitgliedern der Indochina-Komitees in der Diskussion mit der Bevölkerung gestellt wurden und die die Lügen der Imperialisten entlarvt.

Laos-Broschüre: erscheint Mitte November – Dokumente und Analysen der laotischen Revolution.

Zu beziehen über: Indochina-Komitee Heidelberg, M.Linke, 69 Heidelberg, Werderstr.8

Satzfehlerberichtigung 'Iran-Wochen" (KVZ 22, S.15)

Der letzte Satz des Artikels muß heißen: "Wir können uns ihrer Ansicht **dann** nicht anschließen."



60 000 Ausreisegenehmigungen für sowjetische Juden jährlich. Die eine Supermacht liefert die Menschen und die andere Supermacht liefert die Waffen und das militärische Gerät zur Aufrechterhaltung des israelischen Unterdrückungsregimes im Nahen Osten.

Imperialisten schützen Südafrika

Die Imperialisten verhindern den Rauswurf des südafrikanischen Siedlerregimes aus der UNO / v. Wechmar lügt vor der UNO–Vollversammlung

In der UNO-Vollversammlung hat eine Reihe von Staaten der Dritten Welt einen Antrag auf Ausschluß der Südafrikanischen Republik gestellt. Der Antrag wurde begründet mit der Rassentrennungspolitik des Vorster-Regimes in der Südafrikanischen Republik sowie mit der Tatsache, daß das weiße Siedlerregime der SAR völkerrechtswidrig seine Herrschaft ausübt über Namibia, das ehemalige Südwestafrika. Namibia steht völkerrechtlich als ehemalige Kolonie seit dem Ende des Ersten Weltkriegs unter der Kontrolle des Völkerbundes und später der UNO. Dadurch sollte gewährleistet werden, für das Volk von Namibia, seinen eigenen unabhängigen Staat zu errichten. Das hat jedoch das südafrikanische Siedlerregime bisher mit allen Mitteln hintertrieben. Der Antrag auf Ausschluß der Südafrikanischen Republik aus der UNO ist aber ein gerechter Antrag. Der Sicherheitsrat aber, der zuerst über einen solchen Ausschlußantrag befinden muß, hat ihn zu Fall gebracht. Die Supermacht USA und die imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich haben ihr Veto dagegen eingelegt. Sie begründeten ihr Veto damit, daß die Fragen in Bezug auf die Südafrikanische Republik besser zu klären seien, wenn die SAR Mitglied der UNO bleibe. Keinesfalls, so beteuerten die Imperialisten, stünden sie hinter der Rassenpolitik des Vorster-Regimes.

Warum wollen die Imperialisten dann trotzdem diese Regierung in der UNO behalten? Das hat drei Gründe:

1. Dieses Regime sichert für die imperialistischen Konzerne die uneingeschränkte Ausplünderung der Naturreichtümer von Südafrika und Namibia.
2. Dieses Regime sichert mit seinem hochgerüsteten Polizei- und Militärapparat die Bedingungen für die Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung durch die imperialistischen Konzerne.
3. Südafrika ist für die Imperialisten und besonders für die Supermacht USA in ihrer Rivalität um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen UdSSR, ein günstiges militärisches Aufmarschgebiet, von wo aus der gesamte südliche afrikanische Kontinent beherrscht werden kann und die beiden Meere, der Indische und der Atlantische Ozean. Wer Südafrika besitzt, kontrolliert die Kap-Route, eine der wichtigsten internationalen Schiffahrtslinien.

Wegen dieser großen Bedeutung versuchen **die Imperialisten selbst das** NATO-Bündnis auf die Südafrikanische Republik auszudehnen (vgl. KVZ Nr. 22/74). Die Bundesregierung steht voll und ganz hinter diesen Zielen. Der UNO-Vertreter Westdeutschlands, Rüdiger von Wechmar, hat vor der Vollversammlung Ende Oktober offen die Beziehungen zu rechtfertigen versucht, die die Bundesregierung und die westdeutschen Konzerne mit dem südafrikanischen Siedlerregime unterhalten. Unter dem Druck der Vertreter der Dritten Welt ging Wechmar dabei jedoch so weit, zu behaupten, die Bundesregierung lasse keine Waffentransporte aus Westdeutschland in dieses Gebiet zu. Der westdeutsche UNO-Sprecher erklärte: Wer etwas anderes behaupte, der verbreite 'absichtlich oder unabsichtlich' eine Lüge (Frankfurter Rundschau vom 30. Oktober). Wer in diesem Fall die Völker der Welt belügt, zeigt der untenstehende Kasten, der einen guten Überblick verschafft über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an das südafrikanische Siedlerregime an der Ausplünderung Südafrikas. Daß diese Waffenlieferungen auch heute noch stattfinden, darauf läßt eine LKW-Ladung im Hamburger Hafen schließen, der ein Korrespondent der KVZ nachgegangen ist.

g.j.

Die BRD stützt das rhodesische Siedlerregime

Das Jahr 1973, das Jahr des Eintritts der Bundesrepublik in die UNO, hat für die Bundesrepublik Ausfuhren nach Rhodesien in Höhe von 6,2 Millionen DM gebracht. Die Einfuhren aus Rhodesien hatten einen Wert von 2,4 Millionen DM. Das sind die offiziellen Angaben. Diese Zahlen sind sicher gefälscht. Der Grund ist der Boykottbeschluß der UNO gegen das weiße rhodesische Siedlerregime. Dieser Beschluß verbietet den Mitgliedsstaaten der UNO jede Form des Austausches und der Unterstützung gegenüber diesem Regime.

Die Bundesregierung hat die Überprüfung der Beziehungen zu Rhodesien durch eine Regierungskommission angekündigt. Es soll u.a. untersucht werden, in welcher Weise zwei deutsche Stahlkonzerne am Bau eines Stahlwerkes in Rhodesien beteiligt sind. Diese Beteiligungen haben im vergangenen Sommer in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt. Die Bildung der Kommission ist ein reines Manöver, um Zeit zu gewinnen und um nicht im Mittelpunkt der Kritik auf der diesjährigen UNO-Vollversammlung zu stehen. Die Beteiligungen nämlich und wie das Geschäft abgewickelt wird, sind seit langem bekannt. Der folgende Bericht darüber wurde der Redaktion der KVZ bereits im Frühsommer zugeschickt.

Das Stahlgeschäft der Neunkirchner Eisenwerke/Saar und der Klöckner AG Duisburg mit Rhodesian Iron and Steel Company

Ein Mitarbeiter der rhodesischen Finanzierungsgesellschaft Neficrho Acceptances Ltd., Kenneth McIntosh, ist wegen Wirtschaftsspionage zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte über seinen Schwager in London der "Sunday Times" Dokumente zur Verfügung gestellt, die die internationale Finanzierung des Erweiterungsprojektes des Stahlwerks der Rhodesian Iron and Steel Company (RISCO) in Que-Que offenlegten. Die RISCO-Stahlwerke sollen von einer Kapazität von 410 000 Tonnen pro Jahr auf 1 Million Tonnen erweitert werden, wobei europäische Firmen den Stahl abnehmen und internationale Finanzkonsortien die Finanzierung der Ausbaukosten von 24 Millionen Pfund tragen werden. Neben der Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG finanziert das Neunkirchner Eisenwerk/Saar mit 21 Millionen DM (3,5 Millionen Pfund) das Projekt, wofür es Stahllieferungen erhalten soll. Die Klöckner AG Duisburg soll 1973/74 100 000 Tonnen Stahl und in den folgenden Jahren 400 000 Tonnen Stahl jährlich beziehen. Die European-American Finance (Bermuda), an der u.a. die Deutsche Bank beteiligt ist, hat RISCO einen Kredit in Höhe von 72 Millionen DM (2 Millionen Pfund) gegeben, der durch die deutschen Stahlfirmen, die den rhodesischen Stahl kaufen, garantiert wird. Über die Handelsgesellschaft in Zürich AG (HGZ) – die Schweiz ist nicht UN-Mitglied – soll dieser Handel mit den westdeutschen Firmen abgewickelt werden.

B.R.

Ein Mitarbeiter der rhodesischen Finanzierungsgesellschaft Neficrho Acceptances Ltd., Kenneth McIntosh, ist wegen Wirtschaftsspionage zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte über seinen Schwager in London der "Sunday Times" Doku-
desischen Stahl kaufen, garantiert wird. Über die Handelsgesellschaft in Zürich AG (HGZ) – die Schweiz ist nicht UN-Mitglied – soll dieser Handel mit den westdeutschen Firmen abgewickelt werden.
B.R.

Militärische Hilfe der BRD
Wohin mit den Militär–LKWs im Hamburger Hafen?
Hamburg. Im Hamburger Freihafen das schon seit einigen Wochen dort
Fiasko für das Smith-Regime
Während ihres verzweifelten Kampfes
haben die Smith-Verbrecher

Militärische Hilfe der BRD

Wohin mit den Militär–LKWs im Hamburger Hafen?

Hamburg. Im Hamburger Freihafen steht seit einiger Zeit eine größere Anzahl Militär – LKWs, deren Bestimmungshafen laut Frachtanweisung Lourenco Marques, Mozambique, ist. Es handelt sich im Schuppen 77 um 36 fabrikneue, vollständig montierte Daimler-Benz, im Schuppen 75 um Räder, Rahmen und etwa 60 Kisten, die nach der Aufschrift 39 komplette LKWs ergeben (Fahrgestell-Nummer, Liefernummer und weitere genaue Angaben liegen der Redaktion vor). Aus Farbe und Ausführung ist eindeutig zu sehen, daß es sich um Militärmaterial handelt.

Auch für den Fall, daß dies Material, das schon seit einigen Wochen dort lagert, in Anbetracht der veränderten Kräfteverhältnisse im südlichen Afrika gar nicht mehr verschifft werden sollte und in irgendeinem Bundeswehr-Depot verschwindet, ist klar, daß es sich hier um einen Verstoß gegen die "Endverbleibs-Klausel" handelt. Denn ein Liefervertrag muß ja mal abgeschlossen worden sein. Interessant wäre noch zu wissen, wer der Empfänger sein soll. Dafür kommen nur die Portugiesen bzw. die reaktionären Regimes von Südafrika und Zimbabwe (Rhodesien) in Frage, die schärfstens die Befreiungsbewegungen in ihren Ländern bekämpfen.

Mancher Optimist könnte glauben, daß die Bundesregierung neuerdings auch an die FRELIMO (Volksfront für die Befreiung Mozambiques) Kriegsmaterial liefere. Aber die Übergangsregierung in Mozambique, an der auch die FRELIMO beteiligt ist, kommt schon allein deswegen nicht als Vertragspartner in Frage, weil das Packdatum der Kisten der 20. August 1974 ist, diese Regierung aber erst seit dem 25. September besteht. Und bisher hat die Bundesrepublik der FRELIMO lediglich Medikamente angeboten, um die Wunden zu kurieren, die dem Volk von den portugiesischen Kolonialisten mit westdeutschen Waffen geschlagen wurden.

Die Nachforschungen haben bisher – wie in solchen Fällen üblich – nicht viel ergeben: Die zuständige "Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG" (HHLA) verweigert jede Auskunft. Das "Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft" (Frankfurt) schreibt, es sei verpflichtet, über Angelegenheiten, die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt geworden sind, Verschwiegenheit zu bewahren (also scheint ihm diese Angelegenheit schon bei seiner Tätigkeit bekannt geworden zu sein!). Das Bundesministerium für Wirtschaft schreibt: "Durch das für die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen zuständige Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt, wird zur Zeit geprüft, ob in dem von Ihnen geschilderten Fall ein ungenehmigter Export vorliegt. Über das Ergebnis werde ich Sie unterrichten."

Warten wir ab! Die KVZ wird auf jeden Fall ihre Leser weiter unterrichten.

Westdeutsche Lieferungen an die Südafrikanische Republik

Zur Zeit werden "**Milan**"-**Infanterie-Panzerabwehrwaffen** nach Südafrika geliefert, welche anteilgleich eine deutsch-französische Koproduktion sind. (Nach: Wehrkunde Nr. 9, 13. Jahrgang, München Sept. 1974) Ihre Entwicklung wurde von der Bundesregierung finanziert.

Im Mai 1974 wurden 137 schwere **Sattelzugmaschinen der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz** von Bremen nach Durban verschifft (Ankündigung in Wehrdienst Nr. 461/74 vom 29. April 1974 / Bildbericht in der KVZ Nr. 12/74).

Die Firma **Steag, Essen**, schloß im April 1974 einen Vertrag mit der südafrikanischen Regierung über eine **Wirtschaftlichkeitsstudie** und die Errichtung einer gemeinsamen **Urananreicherungsanlage** in der Südafrikanischen Republik. (The Guardian vom 23. April 1974)

51 % der Steag sind in Händen der **Ruhrkohle AG, deren Aktien teilweise in Besitz der Regierung sind** und die 1974 mit 1 300 Millionen DM Regierungsgeldern subventioniert wurde.

Im Mai 1973 besuchte der **ehemalige Finanzminister Möller** die Südafrikanische Republik. Dort führte er u.a. Verhandlungen über die Errichtung einer **Munitionsfabrik** durch ein westdeutsches Unternehmen (Süddeutsche Zeitung vom 26. Mai 1973).

1970/71 wurden **9 Transall-Militärtransportflugzeuge** an die Südafrikanische Republik verkauft (The Star, Johannesburg, vom 24. Januar 1970).

An der Ausbeutung von **Erdöl und Erdgas** in Namibia, das unter der Herrschaft der Südafrikanischen Republik steht, ist die **Tiefbohr** beteiligt.

An der Ausbeutung der **Uranvorkommen** in Namibia ist die **Krangesellschaft** beteiligt. Ein Teil der **Aktien** dieser Gesellschaft hält die **Bundesregierung.**

Fiasko für das Smith-Regime

Während ihres verzweifelten Kampfes
haben die Smith-Verbrecher
unser Volk und unsere Kämpfer eingekerkert.
Sie töteten, bombardierten und erschlugen unser Volk.
Aber der Kampf geht weiter!

Sie versuchten, unsere Anhänger zu kaufen,
sie versuchten, die Massen zu kaufen
und jene, die uns unterstützen,
aber die Kämpfe dauern an!

Sie haben vergeblich unser Vieh
und unsere Hunde abgeschlachtet,
unsere Häuser bombardiert
und unsere Kornspeicher verbrannt.
Sie haben unsere Frauen vergewaltigt
und in Konzentrationslager gesteckt.
Aber der Befreiungskampf ist nicht aufzuhalten!

Welch' Fiasko für das Smith-Regime!
Was für ein Fehlschlag!
Zimbabwe wird unter der ZANU siegen!

aus: Zimbabwe News Nr. 2/1974
Offizielles Organ der ZANU

Smith, der Häuptling des rhodesischen Siedlerregimes, antwortet auf die Frage eines Journalisten nach dem Wahlrecht

Wie lange wird es Ihrer Meinung nach dauern, bis Rhodesien gleiches Wahlrecht für alle und eine daraus resultierende Regierung haben wird?

Antwort: Ich hoffe, niemals. Ich hoffe, daß wir nie so tief sinken, daß wir die Köpfe wie die Schafe zählen. Ich meine, regieren ist eine sehr wichtige Sache. Ich meine, es bedeutet eine große Verantwortung, das Wahlrecht zu haben, und wenn man hohe Maßstäbe und unsere westliche Zivilisation beibehalten will, dann glaube ich, daß wir bei unseren Maßstäben bleiben müssen. Ich würde es lieber sehen, wenn die Maßstäbe in Rhodesien erhöht statt gesenkt würden. Und in der Tat, wenn man sich in der Welt umsieht und das Chaos erblickt, das in so vielen Teilen herrscht, dann denke ich, man kann nur zu dem Schluß kommen, daß es schade ist, daß eine Reihe anderer Länder ihre Maßstäbe für die Qualifikation zur Wahl einer Regierung nicht heraufschrauben. Das ist meines Erachtens eines der wichtigsten Dinge in der Welt. Die meisten Leute beachten dies, glaube ich, zu wenig. Und deshalb antworte ich Ihnen: hoffentlich nie.

Südafrikanische Polizei- und Militäreinheiten in Rhodesien

Das weiße Siedlerregime in Südafrika hat beschlossen, alle Polizisten, die jünger als 50 Jahr sind, drei bis sechs Monate an der Grenze zum Bruderstaat Rhodesien einzusetzen. Sie sollen die Einheiten unterstützen, die dort bereits im Einsatz sind gegen das Volk von Zimbabwe, das unter der Führung der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) den Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime führt.

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!



Die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) hat alle Menschen in Westdeutschland aufgefordert, konkrete Hilfe für den Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime zu leisten. In dem Aufruf, der an den KBW gerichtet ist, heißt es dazu: "Bei unseren militärischen Operationen sind wir auf zuverlässige Transportmittel angewiesen; deshalb brauchen wir dringend mindestens vier Landrover. (...) Die ZANU und mit ihr alle freiheitsliebenden Menschen Zimbabwes wären sehr dankbar wenn Ihr uns zumindest zwei Landrover besorgen könntet..." (Vollständiger Abdruck des Aufrufs sowie Material über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe in KVZ Nr. 21 vom 16. Oktober 1974)

Der KBW hat sich verpflichtet, zur Beschaffung der dringend benötigten Landrover beizutragen. In seiner Stellungnahme heißt es: "Diese Landrover, die neu sein müssen und feste Dächer haben müssen, werden zusammen rund 50 000 DM kosten. Im Namen unserer Organisation, im Namen unserer Sympathisanten und Freunde haben wir uns verpflichtet, diese Summe bis zum Januar aufzubringen. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn jeder, der dieses Projekt für richtig hält, in seiner Umgebung die Unterstützung organisiert und selbst zu seiner Verwirklichung im Rahmen seiner Möglichkeiten beiträgt."

Spendenkonto

Zimbabwe African National Union (ZANU): Landrover für den Kampf gegen den rhodesischen Kolonialismus

Volksbank Mannheim 10 683/266

Weltmeisterschaft in Zaire

Inwiefern Muhamed Ali der Grösste ist



Protest von Studenten an einer amerikanischen Universität gegen einen Professor, der eine rassistische Vererbungstheorie vertritt.

"Ali ist der Größte", wieviele ärgern sich über diesen und ähnliche Sprüche, selbst jetzt noch, wo er wieder Weltmeister ist, und selbst Verehrer, die noch nach seiner Niederlage gegen Joe Frazier die Meinung aufrechterhalten haben, daß Ali der bessere Boxer sei, geraten mit ihrer Verteidigung Alis in Verlegenheit, wenn sein "Großmaul" zur Sprache kommt.

Doch ich will es nicht verteidigen mit solchen Begründungen, daß seine Großmäuligkeit halt seine Art von show sei, andere haben andere Maschen, um im show-Geschäft auf sich aufmerksam zu machen.

Mir macht es einfach Spaß, das braucht man nicht zu verteidigen; aber man kann es begründen, warum es vielen offensichtlich Spaß macht, die Ali gut finden – nicht trotz seiner Großmäuligkeit, sondern auch als Großmaul. Die großmäuligen Provokationen des Muhamed Ali machen Spaß, weil sie ernst gemeint sind, und weil sie eine deutliche Richtung nehmen gegen den Rassismus der herrschenden Klasse in den USA, und weil sie den Stolz und die Kampffähigkeit der Unterdrückten ausdrücken und anspornen, und schließlich, weil er sie einlöst, in seinem Metier, im Boxring. Nur dies erklärt, warum Leute seine Kämpfe ansehen, die sich sonst nie für den Boxsport interessieren, sowohl diejenigen, die seinen Sieg, als auch diejenigen, die seine Niederlage sehen wollen. Sie würden nicht schauen, wenn er nur ein Großmaul wäre, und sie würden nicht schauen, wenn er nur der beste Boxer wäre. Und auch der, der den Kampf unfreiwillig mitangesehen hat, weil Freunde oder Familienmitglieder auf die Scheibe guckten, bekommt etwas von der Auseinandersetzung zu spüren, die nicht nur dort im Ring sich abspielt.

1970 beschrieb William Burchett, einer der ersten Journalisten, der umfassend über den Krieg in Indochina geschrieben hat, den ersten Kampf Muhamed Alis nach der Aberkennung seines Weltmeistertitels und nach längerem Gefängnisaufenthalt wegen Kriegsdienstverweigerung.

Das Come back

1960 wurde Muhamed Ali 18-jährig in Rom Olympiasieger. 1964 wurde er Weltmeister durch technisches K.O. in der 7. Runde über Sonny Liston, der als härtester Schläger damals für unbesiegbar galt. Nach der Weigerung, einem Einberufungsbefehl zur US-Army nachzukommen, wurde ihm 1967 die Boxlizenz entzogen. Er kam ins Gefängnis. Es hat ihn nicht gebrochen. 1970 besiegte er Jerry Quarry. 1971 scheiterte er an Joe Frazier im Kampf um die Weltmeisterschaft. 1972 wurde er von Ken Norton in 12 Runden besiegt. Seine Boxerlaufbahn schien zuende. Doch es blieben seine einzigen beiden Niederlagen. Im Rückkampf besiegte er beide. 32-jährig holte er sich jetzt den ihm einst aus politischen Gründen aberkannten Weltmeistertitel zurück. Aber wie! Gegen einen Gegner, der zuvor alle seine 40 Profikämpfe siegreich, davon 37 durch K.O. und die meisten in den ersten Runden, beendet hatte. Ali siegte mit einer Taktik, von der man nicht nur als Boxer lernen kann. Dabei muß man vorausschicken, daß es gar nicht um den sportlichen Wettkampf geht, sondern um Sieg oder Niederlage in einem show-Kampf, der um Geld geht und der von Ali zugleich als Demonstration der Unbesiegbarkeit der Verfolgten, Mißachteten und Unterdrückten geführt wird. Es ist überaus folgerichtig, daß diejenigen, die von der Kultur der herrschenden Klasse abgeschnitten sind, von einer Kultur, die ihnen gegenüber nur feindlich und diskriminierend ist, gerade aus dem Feld der äußersten Unkultur, des Abschaumes der bürgerlichen Kultur ein Forum ihrer Propaganda machen. Denn diese Art von Boxkampf ist in ihrem Ursprung nichts anderes als eine show, bei der sich die herrschende Klasse daran ergötzt, wie sich Menschen zu Tode prügeln wie in einem Hahnenkampf. Da ist im Prinzip kein Unterschied zu den römischen Gladiatorenkämpfen, bei denen die Sklaven die Chance hatten, davon zu kommen, wenn sie ihresgleichen töteten. Doch diese show macht Ali zu einer Kampfshow der Unterdrückten, wobei er der herrschenden Klasse ins Gesicht schlägt, doch zugleich noch keinen Gegner im Ring totgeschlagen hat. Und ich erinnere mich noch an die Fernsehübertragung der talk-show mit Ali und Frazier, wo er Frazier, der ihm darin nur widerwillig zustimmte, sagte, daß sie gegenüber denen, die sich über ihren fight belustigen, immer noch zusammenstehen, weil sie beide Schwarze sind.

Aber siegen muß der, der auch die Sache der Schwarzen vertritt, nicht die angepassten Onkel Toms, heißen sie Frazier oder Foreman.

Ali zeigt, wie man siegen kann, auch gegen einen Gegner, der stärker scheint und als unbesiegbar gilt. Gegen einen solchen Gegner kann man nur siegen, wenn man sich zu verteidigen weiß, und man kann sich gegen einen solchen Gegner nur verteidigen, wenn man zugleich seine Niederlage plant, das heißt die Verteidigung so aufbaut, daß man damit die vernichtende Offensive vorbereitet. Und so tobte Foreman an der Verteidigung Alis seine Kräfte aus, während Ali immer wieder aus der Verteidigung heraus gezielte und wirkungsvolle Angriffe vortrug. Und Foreman tobte nicht nur seine Kräfte ohne Wirkung aus, er verfing sich direkt in der Verteidigung, hieb zwischen der Armdeckung durch, ohne den Kopf von Ali zu treffen, und blieb regelrecht zwischen den Armen Alis hängen oder landete seine Attacke in den Seilen, wo doch eigentlich Ali vorher stand. Der letzte Schlag traf einen Gegner, der schon vernichtet war. Nur die "Bild-Zeitung" ist dumm genug gewesen, über diesen Kampf unter der Überschrift: "War alles Schiebung?" zu berichten. Für sie wurde Foreman zu schnell ausgezählt, wenn schon Ali siegt, dann möchte sie lieber, daß Ali einen schon geschlagenen Gegner nochmal schlagen soll, um dann vielleicht über Alis Brutalität hetzen zu können.

Ist Muhamed Ali ein Rassist?

Der größte Teil der Millioneneinnahmen Muhamed Alis fließt einer mohamedanischen Sekte zu. Diese Sekte wird nicht die Organisation sein, die den Schwarzen der USA den Weg aus der Unterdrückung zeigen kann. Aber sie ist Teil und, wenn auch verschrobenen religiöse Ausdrucksform jener über hundert Jahre alten Bewegung der US-Neger gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus. Fragt man Muhamed Ali nach seinen Anschauungen, so redet er zwar einige große Sätze über Allah, aber der Kern seiner Auffassungen ist politisch. Ob er Nachfolger von Martin Luther King werden wolle? wurde er gefragt. Nein, er vertrete eine andere Richtung.

Er sei für die Trennung der Schwarzen von den Weißen, für die Errichtung eines eigenen Staates der Schwarzen, in dem die Würde ihrer Frauen geachtet werde, in dem Gerechtigkeit und Gleichheit herrscht. Ich bin nicht der Meinung, daß dies der richtige Weg ist, aber das auszuführen, paßt nicht mehr in diesen Artikel. Aber eines steht fest: Das ist kein Rassismus. Das ist nicht die Ideologie der Minderwertigkeit einer Rasse, um sie ausbeuten und unterdrücken zu können. Das ist vielmehr eine Konsequenz aus den Erfahrungen des Rassismus, ein Weg, der die Selbstachtung und Würde der unterdrückten und getretenen schwarzen Rasse wiederherstellen will, nicht, um andere zu unterdrücken, sondern um ihrer eigenen Ausbeutung ein Ende zu machen.

Die Frage, warum er den Weltmeisterschaftskampf in Kinshasa ausgetragen hat, beantwortet er so: Sie boten mehr Geld, außerdem sei es eine gute Idee Präsident Mobutus gewesen, um Zaire auf die Landkarte zu bringen. Als das Land noch von den Weißen beherrscht wurde, wußte man alles über dieses Land, nachdem es von den Schwarzen regiert wird, nichts mehr, sagte er. Er ginge auch gern in das Land, aus dem seine Vorfahren als Sklaven deportiert wurden, denen man alles und selbst noch ihre eigenen Namen genommen hat, und deutet damit auch den politischen Sinn davon an, daß er sich nicht mehr Cassius Clay, sondern Muhamed Ali nennt.

Bur.

Wie Joe Louis gegen Max Schmeling 1938

1. "Ich bin noch nie bei einem Boxkampf gewesen. Mir ist es zuwider, Menschen kämpfen zu sehen zum Vergnügen von Leuten mit guten Manieren und deren Freundinnen, die auf den besten Plätzen am Ring sitzen, Menschen, die kämpfen, um den Veranstaltern die Taschen zu füllen.

Was ich aber gestern im französischen Fernsehen gesehen habe, hat mich nicht als Boxkampf beeindruckt, sondern eher als die Vorstellung Muhamed Alis, der politisch mit dem Establishment abrechnet. Von seinem Gesichtsausdruck beim Einstieg in den Ring hin bis zur letzten geraden Rechten schien jeder Schlag einen politischen und sozialen Sinn zu haben.

Ein Schlag für My Lai . . .

Wenn es nicht stimmt, daß Muhamed Ali an dem Gesicht von Jerry Quarry einige von den Demütigungen und Ungerechtigkeiten, die er persönlich und seine afroamerikanischen Brüder ganz allgemein erdulden mußten, ausgelassen hat, wenn er also nicht in Wirklichkeit ins Gesicht des "Establishment" und der politischen Struktur geschlagen hat, dann habe ich jede Menschenkenntnis verloren: Ein Schlag für die Fälschung meines Einberufungsbefehls, einer für die Aberkennung meines Titels, der für euren Rassismus, der für die Morde an den Führern der Black Panther Partei und der noch für den Mord an Martin Luther King.

Vielleicht ging meine Einbildungskraft weiter als das Unterbewußtsein Muhamed Alis und die Tiefe seiner Gefühle gegen den Krieg in Vietnam. Weil er lieber ins Gefängnis gegangen ist und den Verlust des Weltmeistertitels hingenommen hat, als sich in Vietnam die Hände schmutzig zu machen, nahmen seine Schläge in meinen Ohren den Rhythmus an: "Diesen für My Lai, den für die Tigerkäfige, einen dafür, daß hauptsächlich Schwarze die schwersten Kämpfe führen müssen, einen weiteren für Nixons Lügen bei den Pariser Friedensverhandlungen."

Schade für Jerry Quarry. Er war der erste, der Muhamed Ali die Gelegenheit bot, sich ein wenig von der aufgestauten, gerechten Wut zu befreien und sich zu revanchieren, für sich, seine Rasse, seine farbigen Brüder in Amerika und anderswo und für seine Klasse.

Ich hatte mich schon einmal für einen großen Boxkampf interessiert und zwar zur Zeit des Kampfes zwischen Joe Louis und Max Schmeling in New York am 22.Juni 1938. Ich war damals in London und stand aktiv im Kampf gegen den Nazismus – und Max Schmeling war die arrogante Personifizierung der hitlerischen Ideologie der Herrenrasse. Vor dem Kampf plusterte sich Schmeling auf, voller Verachtung prahlte er, er werde den Schwarzen – Angehörigen einer minderwertigen Rasse – schlagen.

In den ersten Sekunden der ersten Runde wurde Schmeling niedergeschlagen, bewußtlos. Ich kannte die Einstellung Joe Louis zum Nazismus nicht, aber an der Kraft seines Angriffs konnte man sehen, daß er alles über den Rassismus wußte.

Vielleicht hat Joe Louis es nicht bemerkt, aber mit diesem Schlagregen und der totalen Zerstörung des Idols der Herren stärkte er die Gefühle einiger zehn Millionen Antifaschisten und Antinazis überall in der Welt. Ich habe das gleiche gefühlt bei Muhamed Alis Kampf gegen Quarry."

Ho Chi Minh schrieb 1922 über Siki

Burchett fährt in seinem Artikel fort: 'Seitdem der Kolonialismus besteht', schrieb er im 'Paria', vom 1. Dez. 1922, einer antikolonialistischen Zeitung in Paris, deren Verleger er war, 'werden die Weißen dafür bezahlt, die Schwarzen zu verprügeln. Zum erstenmal wurde ein Schwarzer dafür bezahlt, einem Weißen das Gleiche anzutun. Da ich gegen jegliche Gewaltanwendung bin, verurteile ich beide Verfahren.'

Mit einem Fausthieb – wenn auch nicht wissenschaftlich exakt, aber dennoch gut gezielt – hat Siki Carpentier endgültig von seinem Podest geholt, um selber draufzusteigen. Der Titel ist in andere Hände gefallen, aber der nationale Sportruhm hat nicht darunter gelitten, denn Siki, ein Kind Senegals, ist deswegen ein Sohn Frankreichs, also Franzose. Es scheint aber, daß jedesmal wenn Carpentier siegt, er dies natürlich seiner Tüchtigkeit und seinem Können verdankt. Aber jedesmal wenn er geschlagen wird, liegt das an der Gewalttätigkeit eines Dempsey oder an der tückischen Beinarbeit eines Siki. Deshalb war man im Buffalo-Stadion (damals war es das größte in Paris) der Meinung – manche waren sich sogar ganz sicher –, daß Siki, obwohl er gesiegt hatte, 'eigentlich' verloren habe. Aber das Publikum wollte es nicht so verstehen. Und die Volksgerechtigkeit siegte: Siki wurde zum französischen und Weltmeister ausgerufen. Nachdem er von einem Schwarzen besiegt war, ging Carpentier in aller Ruhe nach Rußland, um das Land der Roten zu besichtigen. Wir beglückwünschen Carpentier zu seinem hellen Kopf.

'Wir erfahren aus den Zeitungen', schrieb Ho, 'daß Siki 9 Monate Boxverbot in allen Ringen Frankreichs bekommen hat. Grund: Er hat Herrn Cuny (wahrscheinlich irgendein Kolonialist) eine allzu derbe Antwort gegeben. Was geschieht hier? Zuvor war Siki hochgelobt, weil er Carpentiers Nase hatte schwellen lassen, heute, ohne daß er Herrn C. ein Haar gekrümmt hat, ist er in Ungnade gefallen. Wir denken folgendes: Siki, einem Schwarzen, wird niemals verziehen, Carpentier, einen Weißen geschlagen zu haben, und wenn Carpentier ihm auch nicht böse ist, ist ihm auf alle Fälle der Chauvinismus der anderen böse.'

An der Art der Behandlung, die ihm zuteil wurde, weil er Schwarzer und Sieger ist, kann Muhamed Ali sehen, daß er historische Vorläufer hat. Und dies konnte den Augen des Verteidigers der Gerechtigkeit und Rassengleichheit, des zu früh verstorbenen Onkel Ho, nicht entgehen."

William Burchett
(aus: Africa Asia, Nr. 28, 7.12.1970,
nachgedruckt in:
Neues Rotes Forum Nr. 1/71, 8.2.71)

In einem Teil unserer Auflage sind Prospekte des Buchvertriebs Offenbach und der Kühl KG Verlagsgesellschaft "Kommunismus und Klassenkampf" beigelegt.